



ENTWURF

**Operationelles Programm des Landes Berlin
für den
Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
in der Förderperiode 2007-2013**

Stand: 02. November 2006



Bearbeitung:

MR Gesellschaft für Regionalberatung mbH

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH

GEFRA - Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen GbR

Inhalt

1.	Einleitung und Gesamtstrategie.....	3
2.	Situationsanalyse und SWOT.....	6
2.1	Die sozioökonomische Situation in Berlin.....	6
2.2	Die Entwicklungsfaktoren in den zentralen Handlungsfeldern.....	7
2.2.1	Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wissen.....	7
2.2.2	Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft.....	11
2.2.3	Handlungsfeld Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung.....	15
2.3	Situationsanalyse der Querschnittsziele.....	19
2.3.1	Nachhaltige Entwicklung.....	19
2.3.2	Chancengleichheit von Männern und Frauen.....	20
2.4	Zusammenfassung der Situationsanalyse: Stärken und Schwächen.....	24
2.5	Rahmenbedingungen der zukünftigen Entwicklung: Chancen und Risiken.....	26
2.6	Zentrale Erkenntnisse der Halbzeitbewertung.....	29
2.7	Fazit: Ableitung von strategischen Handlungsansätzen.....	31
3.	Zielsystem und regionale Entwicklungsstrategie.....	35
3.1	Europäischer und nationaler Bezugsrahmen.....	35
3.2	Die Berliner Gesamtstrategie für den Einsatz der Strukturfonds.....	37
3.3	Die Entwicklungsstrategie des Operationellen Programms.....	39
3.4	Das Zielsystem des Operationellen Programms.....	41
4.	Die Prioritätsachsen und ihre spezifischen Ziele.....	45
4.1	Prioritätsachse 1: Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und von Gründungen.....	47
4.1.1	Investitionen für eine höhere Produktivität und mehr Innovationen.....	48
4.1.2	Förderung von Neugründungen für Innovationen und strukturelle Modernisierung.....	50
4.1.3	Unterstützung der Markterschließung und Stärkung der internationalen Orientierung.....	52
4.1.4	Abbau von Engpässen bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur.....	53
4.1.5	Indikatoren.....	55
4.1.6	Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm.....	55
4.2	Prioritätsachse 2: Innovationen und wissensbasierte Wirtschaft.....	56
4.2.1	Innovations- und Technologieförderung in Unternehmen.....	58
4.2.2	Förderung der Informations- und Wissensgesellschaft.....	60
4.2.3	Förderung von Innovationsnetzwerken und Technologietransfer.....	62

4.2.4	Indikatoren	64
4.2.5	Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm	64
4.3	Prioritätsachse 3: Integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung	65
4.3.1	Integrierte Stadtentwicklung und Kulturwirtschaft	67
4.3.2	Nachhaltige Stadtentwicklung.....	69
4.3.3	Indikatoren	70
4.3.4	Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm	70
4.4	Prioritätsachse 4: Technische Hilfe	71
5.	Die Querschnittsziele des Programms.....	72
5.1	Chancengleichheit von Frauen und Männern	72
5.2	Nachhaltigkeit.....	75
5.3	Integration und Migration.....	76
6.	Kohärenz des Operationellen Programms mit nationalen und gemeinschaftlichen Zielsetzungen.....	77
6.1	Kohärenz mit nationalen und europäischen Strategien.....	77
6.1.1	Nationaler Strategischer Rahmenplan	77
6.1.2	Strategischen Leitlinien zur Kohäsionspolitik und Lissabon-Strategie.....	78
6.1.3	Nationales Reformprogramm Deutschland	81
6.2	Kohärenz mit der Entwicklungsstrategie des ESF	82
6.3	Abstimmung mit der Entwicklungsstrategie des Landes Brandenburg.....	84
7.	Finanztabellen.....	87
8.	Indikative Liste der Großprojekte.....	88
9.	Verwaltungs- und Kontrollsystem	88
10.	Beteiligung der Partner.....	88
11.	Ex-ante Bewertung.....	88
12.	Strategische Umweltprüfung	88

1. Einleitung und Gesamtstrategie

Berlin steht vor der Herausforderung, seine künftige Entwicklung aus einer problematischen ökonomischen Lage mit einer Reihe struktureller Schwächen und unbefriedigender Trends heraus positiv zu gestalten. Dabei kann sich die Stadt auf ausgeprägte Stärken in Wissenschaft und Kultur und auf hohe kreative Potenziale in der Bevölkerung stützen.

Die problematische ökonomische Situation zeigt sich im innerdeutschen Vergleich, besonders aber im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen: Beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, der Erwerbstätigkeit und des Einkommens liegt Berlin jeweils an letzter Stelle von 25 europäischen Metropolen. Der Abstand zum Durchschnitt ist teilweise sehr groß. Auch die Investitionstätigkeit als zentrale Grundlage zukünftigen Wachstums ist schwächer ausgeprägt als in jeder Vergleichsstadt.

Die Notwendigkeit eines konzentrierten politischen Handelns ist in Berlin seit langem erkannt. Die europäischen Strukturfonds sind hier ein zentrales Instrument, um die ökonomische und soziale Entwicklung zu stärken. In diesem Kontext steht auch das vorliegende Programm zum Einsatz der Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung. Mit Hilfe des Programms sollen deutliche Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt gegeben werden.

Das Programm wurde auf der Grundlage der einschlägigen Unterlagen erstellt. Insbesondere sind dabei die "Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999" sowie die Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999" zu nennen. Des Weiteren wurden als strategische Rahmenvorgaben die kohäsionspolitischen Leitlinien und der Nationalen Strategische Rahmenplan zu Grunde gelegt.

Berliner Gesamtstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung

Um den Einsatz der Strukturfonds auf die zentralen Probleme zu fokussieren und zu konzentrieren, um Synergien zwischen EFRE und ESF zu schaffen und um so die Effektivität des Mitteleinsatzes zu optimieren, hat das Land Berlin eine Gesamtstrategie für den Einsatz der Strukturfonds erarbeitet – die Berliner Gesamtstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Gesamtstrategie wurde im September 2006 vom Berliner Senat verabschiedet.

Die Gesamtstrategie basiert auf einer ausführlichen Analyse der Stärken und Schwächen der Stadt und auf einem Vergleich mit anderen europäischen Metropolen. Sie berücksichtigt als Rahmensetzung die Kohäsionsleitlinien und die Lissabon-Strategie der Europäischen Gemeinschaft sowie das nationale Reformprogramm und den nationalen strategischen Rahmenplan. Sie berücksichtigt auch die spezifische gesamtwirtschaftliche Situation und die anderen strukturpolitischen Strategieansätze Berlins.

Vor dem Hintergrund der schwachen Entwicklung zentraler ökonomischer Zielgrößen konzentriert sich die Gesamtstrategie auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der Stadt. Das Oberziel der Gesamtstrategie heißt dementsprechend:

„Berlin in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität stärken“

Dieses Oberziel wird durch drei strategische Ziele konkretisiert:

1. Innovations- und Anpassungsfähigkeit und Produktivität der privaten Wirtschaft stärken - Beschäftigung schaffen
2. Wissen und Kreativität als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung nutzen
3. Durch ökologische Entwicklung und gesellschaftliche Integration neue Potenziale erschließen

Diese strategischen Ziele werden in den drei Handlungsfeldern „Wirtschaft“, „Wissen“ und „Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung“ umgesetzt, welche aus der Situationsanalyse abgeleitet wurden. Zu jedem der drei Handlungsfelder werden sowohl der ESF als auch der EFRE einen Beitrag leisten.

Die Gesamtstrategie bestimmt auch die Querschnittsziele des Einsatzes von Strukturfondsmitteln in Berlin: In allen Handlungsfeldern soll die Förderung so gestaltet werden, dass ein nachhaltiger Entwicklungsprozess unterstützt wird, die Chancengleichheit von Frauen und Männern erhöht wird und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund verbessert wird.

Die Berliner Gesamtstrategie stellt die gemeinsame strategische Basis für die Operationellen Programme des ESF und des EFRE dar. Das Operationelle Programm des EFRE steht daher an verschiedenen Stellen in enger Beziehung zur Berliner Gesamtstrategie:

- Die Situationsanalyse des EFRE-Programms greift Ergebnisse der sozio-ökonomischen Analyse der Gesamtstrategie auf und führt diese weiter.
- Die Zielformulierungen und Definition von Prioritätsachsen im Operationellen Programm des EFRE berücksichtigen auch die Festlegungen der Gesamtstrategie.
- Die in der Gesamtstrategie beschriebene allgemeine Zielsetzung der Strukturfondsförderung, die dort vorgenommene Definition des Verhältnisses zu zentralen nationalen Politikansätzen sowie die Definition von Querschnittszielen werden im EFRE-Programm aufgegriffen und konkretisiert.
- Schließlich greift das EFRE-Programm auch bei der Definition von Indikatoren und Zielwerten auf die Gesamtstrategie zurück.

Im Folgenden werden die zentralen Stärken und Schwächen als strategische Ansatzpunkte für das Programm hergeleitet. Daraus leiten sich im Weiteren die Entwicklungsstrategie, das Zielsystem und die inhaltlichen Prioritäten des Programms ab.

2. Situationsanalyse und SWOT

Im folgenden Abschnitt wird die sozio-ökonomische Ausgangslage im Land Berlin dargestellt, soweit sie für die Aktionen des Programms relevant ist.¹ Die Situationsanalyse gibt zunächst kurz die allgemeine Lage wieder. Anschließend werden die Entwicklungsfaktoren in drei zentralen Handlungsfeldern (Wissen, Wirtschaft, Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung) untersucht. Zudem wird die Situation bezüglich der Querschnittsziele dargestellt. Die zentralen Empfehlungen der Halbzeitbewertung (und ihrer Aktualisierung) sowie die relevanten allgemeinen Herausforderungen für die Entwicklung der Stadt werden als weitere Grundlage der zukünftigen Strategie aufgenommen. Die Situationsanalyse mündet in einer zusammenfassenden Ableitung von strategischen Handlungsansätzen.

2.1 Die sozioökonomische Situation in Berlin

Die jüngste Entwicklung der Berliner Wirtschaft zeigt einige ermutigende Anzeichen: Für 2006 wird erstmals seit 2002 wieder ein BIP-Wachstum erwartet (1,5 Prozent).² Auch die Erwerbstätigkeit soll geringfügig - um etwa 0,3 Prozent - steigen. Das für Berlin prognostizierte BIP-Wachstum liegt allerdings etwa einen Prozentpunkt unter den Prognosen für Deutschland insgesamt.

In der Vergangenheit ist die ökonomische Situation in Berlin von einer länger andauernden unbefriedigenden Entwicklung in zentralen Zielgrößen geprägt:

- Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr, sondern verharrt mit geringfügigen Schwankungen auf gleichem Niveau. Die Entwicklung ist damit deutlich schwächer als im nationalen Durchschnitt; auch die Neuen Länder zeigen ein stärkeres Wirtschaftswachstum.
- Die Erwerbstätigkeit in Berlin ist über die 1990er Jahre mit leichten Schwankungen bis 2005 tendenziell gesunken - insgesamt um 8 Prozent. Im gleichen Zeitraum blieb die Erwerbstätigkeit auf nationaler Ebene in etwa konstant (+0,4 Prozent).
- Die Zahl der Arbeitslosen steigt seit Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich an. Seit 2003 liegt die Arbeitslosenquote in Berlin über dem Durchschnitt der Neuen Länder und erreichte 2005 21,5 Prozent.

¹ Eine ausführliche Darstellung der regionalwirtschaftlichen Situation findet sich im Anhang.

² Vgl. Investitionsbank Berlin (2006): Konjunktur Berlin - Berlin im Aufschwung. 6. September 2006.

- Die Produktivität, die Auskunft über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gibt, hat sich in Berlin dauerhaft schlechter entwickelt als im Bundestrend: Die Wachstumsrate der Produktivität lag in Berlin seit 1996 nie über dem Bundesdurchschnitt.

Abbildung 2.1: Beschreibung der allgemeinen sozio-ökonomischen Situation

	Entwicklungsrichtung der letzten Jahre	Aufhol tendenz im Vergleich zum Bund	Bewertung der Entwicklung seit 2000
Bruttoinlandsprodukt	→	↘	unbefriedigend
Produktivität	↗	↘	unbefriedigend
Erwerbstätigkeit	↘ (seit 2004 ↗)	↘	unbefriedigend
Arbeitslosigkeit	↘	↓	sehr unbefriedigend

Im Metropolenvergleich (vgl. ausführlich im Anhang) schneidet Berlin in den betrachteten Größen ebenfalls schlecht ab: Als einzige der betrachteten Metropolregionen hat Berlin zwischen 1995 und 2003 einen Rückgang des BIP (- 6 Prozent) und der Erwerbstätigkeit (- 5 Prozent) zu verzeichnen. Der Spitzenreiter Dublin konnte im gleichen Zeitraum ein BIP-Wachstum von knapp 90 Prozent und Wachstum der Erwerbstätigkeit von gut 45 Prozent verzeichnen. Die meisten anderen Metropolen weisen ein BIP-Wachstum von 5 bis 15 Prozent und einen Zuwachs der Erwerbstätigkeit von bis zu 10 Prozent auf.

2.2 Die Entwicklungsfaktoren in den zentralen Handlungsfeldern

Vor dem Hintergrund der skizzierten Ausgangssituation wurde in der Gesamtstrategie für die Strukturfonds festgelegt, als Oberziel die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität Berlins zu stärken. Die Strategie definiert dazu die drei Handlungsfelder Wissen, Wirtschaft sowie Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung. Um die konkreten Einsatzfelder des EFRE abzuleiten, werden im Weiteren zunächst für jedes der drei Handlungsfelder die Entwicklungen der zentralen Potenzialfaktoren dargestellt.

2.2.1 Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wissen

Für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung ist die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren von herausragender Bedeutung. Das in der Region vorhandene

Forschungspotenzial sowie insbesondere die FuE-Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich beeinflussen die wirtschaftliche Entwicklung ganz erheblich mit.

Forschungslandschaft und -potenziale sind in Berlin stärker als im Bundesschnitt auf Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen konzentriert. Bundesweit sind 64 Prozent der FuE-Beschäftigten im Wirtschaftsbereich tätig, in Berlin nur 49 Prozent. Der Wirtschaftsanteil an den Ausgaben beträgt in Berlin nur 55 Prozent, während er bundesweit bei 70 Prozent liegt.

Die Stadt verfügt über leistungsfähige **Forschungseinrichtungen** an den **Hochschulen** und im außeruniversitären Bereich. Berlin ist mit 56 Mitarbeitern in außeruniversitären Forschungseinrichtungen je 10.000 Einwohner äußerst gut ausgestattet und liegt auch deutlich vor anderen Stadtstaaten. Nach einem Rückgang seit Mitte der 1990er Jahre, konnte das FuE-Personal der Hochschulen seit 2000 - vor allem durch erfolgreiche Drittmittelinwerbungen - wieder ausgebaut werden. Die Berliner Hochschulen haben von 1999 bis 2004 bundesweit am meisten Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingeworben. Allerdings gingen die Studentenzahlen - und damit auch das für den regionalen Arbeitsmarkt unmittelbar verfügbare Potenzial an Hochqualifizierten - zuletzt zurück. In Berlin ist dieser Rückgang aber schwächer als in anderen Ländern.

Um die Bedeutung der guten Ausstattung im universitären und außeruniversitären Forschungsbereich zu würdigen, muss allerdings berücksichtigt werden, dass nicht alle in Berlin stark vertretenen Wissenschaftsdisziplinen (Geistes- und Sozialwissenschaften) einen direkten Beitrag zu Innovationen in der Wirtschaft leisten können.

Auch wenn Berlin somit ein herausragender Forschungsstandort ist, ist damit nicht automatisch gewährleistet, dass es ein ähnlich herausragender Innovationsstandort wird. So sehen nur gut 40 Prozent der in einer Studie für Berlin Partner befragten Wissenschaftler die Wirtschaft als relevante Zielgruppe ihrer Forschungsarbeiten.³ Nur einzelne Fachrichtungen wie Pharmazie, Biotechnologie oder Medizin heben sich von dieser eher selbst bezogenen Einschätzung der Wissenschaftler positiv ab. Auf der Seite der Wirtschaft wird das bestehende Potenzial an Forschungseinrichtungen nur im Ausnahmefall als relevant eingeschätzt. Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ergeben sich in Berlin eher individuell-zufällig als systematisch-strategisch.

Im regionalen Innovationssystem kommt den **Transfereinrichtungen**, die als Mittler zwischen Forschung und Wirtschaft agieren eine zentrale Bedeutung zu. Mit der

3 Stechow, Friedrich Leopold von (Hrsg.): Eine Marke und ihre Vermarktung. Berlin Wissenschaft 2015: Teil 1 Bestandsaufnahme Stärken und Schwächen des Wissenschaftsstandortes Berlin. Februar 2005. S. 16-21.

Technologiestiftung Berlin, dem Technologie Coaching Centre, den Technologietransfer-beauftragten der Hochschulen, dem Forschungsverbund Berlin e.V., mehreren Innovationsparks, Technologie- und Gründerzentren, Branchen- und technologie-spezifischen Transfereinrichtungen (etwa Steinbeis-Zentren) oder der ipal Gesellschaft für Patentverwertung Berlin GmbH existieren eine ganze Reihe von Einrichtungen, die im Transferprozess auf unterschiedliche Art tätig werden können. Durch das Fehlen eines übergreifenden, koordinierten Zugangs und einer abgestimmten Vermarktung entsteht jedoch ein unübersichtlicher und inkohärenter Eindruck: Berlin verfügt über viele wissenschaftliche Leuchttürme, ihre Vielzahl erschwert aber die Navigation.⁴

Die Berliner Wirtschaft zeigt einen eher unterdurchschnittlichen Besatz mit **Hochtechnologieunternehmen**. In Hochtechnologiebranchen arbeiten in Berlin 1,52 Prozent der Beschäftigten, bundesweit sind es 1,65 Prozent. Die Mittel- bis Hochtechnologiebranchen haben in Berlin einen Anteil von 3,77 Prozent, bundesweit von 8,78 Prozent aller Beschäftigten. Im Verarbeitenden Gewerbe ist Berlin somit nicht durch besondere Schwerpunkte im Hochtechnologiebereich geprägt.

Anders ist das Bild im Dienstleistungsbereich. Bei den wissensintensiven **Hightechdienstleistungen** wie auch bei den Marktdienstleistungen hat Berlin überproportional hohe Beschäftigungsanteile (6,04 vs. 3,35 bzw. 13,10 vs. 8,24 Prozent). Auch bei anderen wissensintensiven Dienstleistungen liegt Berlin über dem Bundesschnitt. Dabei sind die wissensintensiven Dienstleistungen auch der Bereich, in dem am meisten Beschäftigungspotenzial geschaffen wurde: Zwischen 2000 und 2005 nahm die Zahl der Beschäftigten um gut ein Drittel zu. In allen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes - auch in den Hochtechnologiebranchen - wurde dagegen Beschäftigung abgebaut. Nur bei der Entwicklung des wissensintensiven Hightech-Dienstleistungen konnte sich Berlin positiv vom Bundestrend abheben.

Zwischen 1995 und 2001 wurden die **FuE-Kapazitäten im wirtschaftlichen Bereich** in Berlin deutlich ausgebaut: Das FuE-Personal wuchs um 41 Prozent - im Bundesschnitt waren es nur 5 Prozent, die FuE-Ausgaben Berlins stiegen um 79 Prozent, während es im Bundesschnitt nur 35 Prozent waren. Allerdings ging das FuE-Personal bis 2003 erheblich zurück. Bei den Anteilen der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten (10,5 Prozent), wie auch den FuE-Aufwendungen am Umsatz (4,5 Prozent) erreicht Berlin jeweils mit Abstand nationale Spitzenwerte. Allerdings darf bei der Interpretation dieser Zahlen nicht der erhebliche Beschäftigungsabbau und Umsatzrückgang bei den Unternehmen übersehen werden, der in Berlin seit Mitte der 1990er Jahre von staten ging.

⁴ Berlin Partner GmbH (Hrsg.): Kreativ – lebendig – grenzenlos. Berlin Wissenschaft 2015. Teil 2 Symposium zur Markenbildung. November 2005. S. 23f.

Der Schwerpunkt der gewerblichen FuE in Berlin liegt eindeutig auf dem Sektor "Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Feinmechanik und Optik" - gut die Hälfte der FuE-Beschäftigten in der Berliner Wirtschaft arbeiten in diesem Bereich. Weitere wichtige Bereiche sind chemische Industrie (etwa 15 Prozent) und Unternehmensdienstleistungen (gut 10 Prozent). FuE im Maschinenbau und Fahrzeugbau haben in Berlin ein deutlich unterdurchschnittliches Gewicht.

Während der FuE-Einsatz im Wirtschaftsbereich nationale Spitzenwerte erreicht, ist das Ergebnis - gemessen an den **Patentierungen** - weniger herausragend. Bei der Patentintensität (Patentanmeldungen je 100.000 Beschäftigte) liegt Berlin nur auf dem siebten Platz im Ländervergleich. Die Anmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt sind stetig rückläufig und erreichten mit 866 (2005) nur noch weniger als zwei Drittel des Höchststandes von 1.405 (1998).

Abbildung 2.3: Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wissen

	Lage (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt)	Trend (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt)	Stärke oder Schwäche?
FuE-Personal und FuE-Aufwendungen an Forschungseinrichtungen und Hochschulen (2002)	++	→	Grün
Transfersystem	intransparent		Gelb
Besatz mit Hochtechnologieunternehmen	-	↘	Gelb
Besatz mit wissensintensiven Dienstleistungen	++	↗	Grün
FuE-Intensität des Verarbeitenden Gewerbes	++	→(↘)	Grün
Patentgeschehen	O	↘	Gelb
Breitbandanschlüsse und Internetnutzung	++	↗	Grün

Rot: Schwäche und Entwicklungshemmnis, Grün: Stärke und Entwicklungschance, Gelb: durchschnittliche Ausprägung. ++: sehr positiv, +: positiv, O: durchschnittlich, -: negativ, -- sehr negativ.

Zentrale Entwicklungsfaktoren im Bereich Wissen machen die Stärken Berlins in diesem Bereich deutlich: Ein wesentlicher Faktor, durch den sich Berlin positiv von anderen

Standorten abhebt, ist das enorme wissenschaftliche Potenzial. Insbesondere in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen verfügt Berlin über ein mengen- und qualitätsmäßig erhebliches Potenzial. Eine weitere Stärke der Stadt ist der dichte Besatz mit wissensintensiven Dienstleistungen – hier hat Berlin auch eine erhebliche Beschäftigungsdynamik zu verzeichnen. Die infrastrukturelle Ausstattung mit Breitbandanschlüssen sowie die Internetnutzung weisen Berlin – auch jenseits der im engeren Sinne wissenschaftlichen Nutzung - als Stadt des Wissens aus. Für den gewerblichen Bereich konnten diese Stärken allerdings bislang nicht in vollem Umfang nutzbar gemacht werden. Zwar ist die FuE-Intensität des Verarbeitenden Gewerbes im nationalen Vergleich sehr hoch, zumindest beim FuE-Personal ist zwischen 2001 und 2003 jedoch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Hochtechnologiebranchen haben – auch infolge der allgemeinen Schrumpfung des Verarbeitenden Gewerbes seit Mitte der 1990er Jahre - einen unterdurchschnittlichen Anteil an der Beschäftigung.

2.2.2 Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft

Zentraler Ansatzpunkt für die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Die grundlegenden Faktoren sind hier die Produktivität der Unternehmen, der Kapitalstock als Beschreibung der Produktionsmöglichkeiten, die Investitionen zum Aufbau und zur permanenten Modernisierung des Kapitalstocks und die Exporttätigkeit der Unternehmen. Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft wird weiter bestimmt durch die Wirtschaftsstruktur (sektorale Struktur, Betriebsgrößen), die Veränderungsdynamik der Wirtschaft (Selbständigenanteil, Gründungen) und die infrastrukturellen Rahmenbedingungen.

Die **Produktivität** bestimmt unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft. Nur eine hohe Produktivität ermöglicht gleichzeitig ein hohes Lohnniveau und ein preislich und qualitativ konkurrenzfähiges Angebot auf nationalen und internationalen Märkten. Die Arbeitsproduktivität der Berliner Wirtschaft ist mit einem Niveau von 85% der bundesdeutschen Produktivität schwach ausgeprägt. Die Produktivitätszuwächse lagen kontinuierlich unter dem Niveau der anderen Bundesländer. Im Jahr 2005 wies Berlin die schwächsten Produktivitätsgewinne aller Bundesländer auf.

Der gesamte **Kapitalstock** hatte in Berlin im Jahr 2003 einen Wert von gut 435 Mrd. €. Dies entspricht mit einem Anteil von 4% an dem deutschen Kapitalstock etwa dem Bevölkerungsanteil der Stadt. Seit 1991 ist der Kapitalstock in Berlin um gut 31% und damit etwa im gesamtdeutschen Durchschnitt (32%) gewachsen. Das Wachstum ist allerdings deutlich geringer als in Ostdeutschland gewesen: Seit 1995 (Beginn der Datenerhebung in Ostdeutschland) wuchs hier der Kapitalstock um 52%, in Berlin

lediglich um 18% (Deutschland ebenfalls +18%). Die **Kapitalintensität** (Kapitalstock je Erwerbstätigen) betrug in Berlin in 2003 gut 285.000 €. Sie liegt damit leicht über dem Bundesdurchschnitt (280.000 €) und leicht unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder (289.000 €). Bei der Interpretation ist allerdings die vergleichsweise niedrige Erwerbstätigkeit in Berlin zu berücksichtigen. Die Kapitalintensität ist seit 2000 (bis 2003) etwa im gesamtdeutschen Durchschnitt gewachsen.

Der Kapitalstock differenziert sich nach Bauten (inkl. Infrastrukturen) und **Ausrüstungen** (Maschinen, Geräte, Anlagen). Die Ausstattung einer Ökonomie mit modernem Ausrüstungskapital ist dabei von besonderer Bedeutung. Moderne Anlagen und Maschinen sind in der Warenproduktion und in wichtigen unternehmensnahen Dienstleistungsbereichen zentrale Voraussetzung für wettbewerbsfähige Produkte. Die Kapitalintensität in Ausrüstungen liegt in Berlin bei nur 88 Prozent des Bundesdurchschnitts. Die Zuwächse sind seit dem Jahr 2000 unterdurchschnittlich. 2004 lag die Kapitalintensität in Ausrüstungen erstmals auch unter dem ostdeutschen Niveau.

Die relativ gute Gesamtkapitalausstattung Berlins ist vor allem auf eine überdurchschnittliche Ausstattung mit **Bauten** zurückzuführen. Die Kapitalintensität bei den Bauten liegt in Berlin über dem gesamtdeutschen und dem westdeutschen Durchschnitt. Seit dem Jahr 2000 wächst dieses Vermögen genau wie in den westlichen Ländern.

Der Aufbau und die Modernisierung von Kapitalstock und Arbeitsplätzen erfolgt durch **Investitionen**. Kontinuierliche Investitionen sind notwendige Voraussetzung, um Produktivitätssteigerungen zu erzielen und die stetige schrittweise Anpassung an den Strukturwandel zu gewährleisten. Sie sind Voraussetzung für die Umsetzung von Ideen, Wissen und Technologien am Markt (Innovationen) und sichern Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der Zukunft. Von besonderer struktureller Bedeutung sind dabei Investitionen in Ausrüstungen.

Die Investitionstätigkeit ist in Berlin sehr schwach ausgeprägt. Sie erreichte in 2003 nach starken Rückgängen nur etwa zwei Drittel des Niveaus aller Bundesländer. Der Anteil der Investitionen am gesamten BIP war in Berlin in diesem Jahr mit knapp 13% der niedrigste unter allen Bundesländern (Deutschland: 18%). Seit 1997 sind die jährlichen Investitionen in Berlin – wie seit 1995 in Ostdeutschland - kontinuierlich zurückgegangen. Seit 2000 hat sich dieser Rückgang in Berlin beschleunigt – in keinem anderen Bundesland sind die Bruttoanlageinvestitionen seitdem stärker gesunken. Die schwache Investitionstätigkeit gilt sowohl für den Baubereich als auch – verstärkt - für die Ausrüstungen.

Ein wichtiger Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit einer Ökonomie sind ihre **Exporte** bzw. ihre Handelsbilanz. Hohe Ausfuhren markieren nicht nur eine gute Wettbewerbsfähigkeit, sie führen zudem direkt zu Einkommen und Beschäftigung in der Region. Berlin weist eine positive Handelsbilanz mit Ausfuhren im Wert von 9,9 Mrd. € (2005) auf. Ausfuhren und Handelsbilanzüberschüsse sind aber im Niveau unterdurchschnittlich und haben sich schwach entwickelt. Insbesondere in der Industrie besteht bei der Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe ein erheblicher Rückstand: Die Exportquote beträgt im verarbeitenden Gewerbe in Berlin etwa 30%, in den westdeutschen Ländern etwa 42%.

Wichtigste Exportländer sind die USA (gut 9% der Ausfuhren in 2005), Frankreich (8,7%), England (7,2%) und Italien (6,3%). Die russische Föderation und Polen sind mit einem Anteil von gut bzw. knapp 5% die wichtigsten Handelsländer in Osteuropa.

Zentrale Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Berliner Wirtschaft hat der **Unternehmenssektor**. Dauerhafte Arbeitsplätze und Einkommen entstehen ganz überwiegend in wettbewerbsfähigen Unternehmen. Unternehmensbestand und Größenstruktur sind - bei leichten Unterschieden in einzelnen Segmenten - in Berlin in etwa durchschnittlich. Stark ausgeprägt ist der Anteil der **Selbständigen**. Dies gilt auch für Akademiker und für Frauen.

Die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung und Dynamik einer Region wird zum wesentlichen Teil durch ihre **sektorale Wirtschaftsstruktur** bestimmt. Einem leistungsfähigen industriellen Sektor und den stark wachsenden unternehmensnahen Dienstleistungen kommen dabei besondere Bedeutung zu. Die Wirtschaftsstruktur und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Berlin sind geprägt durch die schwache Position des verarbeitenden Gewerbes und ein – für eine Großstadt – unterdurchschnittliches Gewicht der unternehmensnahen Dienstleistungen. Vergleichsweise stark ausgeprägt sind die öffentlichen und privaten Dienstleister.

Die Entwicklung der Wirtschaftsbereiche ist gemessen an der Erwerbstätigkeit insgesamt als schwach zu bezeichnen. Die Industrie ist von niedrigem Niveau aus weiter geschrumpft. Überdurchschnittliche Rückgänge verzeichnen auch Bau (von hohem Niveau) und Handel und Verkehr. Das Wachstum der unternehmensnahen Dienstleistungen ist seit 1995 deutlich unterdurchschnittlich. Insgesamt verläuft die Tertiarisierung der Wirtschaft in Berlin mit starken Verlusten im sekundären Sektor und vergleichsweise geringer Dynamik im tertiären Sektor.

Gründungen sind für eine regionale Ökonomie vor allem für die Entstehung, Adoption und Diffusion von neuen Technologien und neuem Wissen (Innovationen) von Bedeutung.

Das Gründungsgeschehen war in Berlin bisher insgesamt knapp durchschnittlich ausgeprägt. Das Geschehen wird von einer hohen Gründungsintensität bei den konsumnahen Dienstleistungen getragen. In allen anderen zentralen Wirtschaftsbereichen und in den technologie- und wissensintensiven Branchen waren die Gründungen dagegen relativ schwach ausgeprägt.

Die allgemeine **Infrastrukturausstattung** ist in Berlin in einigen Bereichen sehr gut. Gemessen an dem GA-Infrastrukturindikator liegt Berlin gut 40 Prozent über dem nationalen Durchschnitt und bildet mit drei anderen Arbeitsmarktreionen die nationale Spitzengruppe. Der Infrastrukturindikator misst vor allem die verkehrliche Erreichbarkeit und die humankapitalorientierte Infrastruktur. Er bildet die Situation damit nicht vollständig ab. Bei allgemein guter Ausgangssituation bestehen punktuelle Lücken und Defizite.

Abbildung 2.2: **Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft**

	Lage (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt)	Trend (im Vergleich zum Bundesdurchschnitt)	Stärke oder Schwäche?
Produktivität	--	↓	Rot
Kapitalausstattung	O	↘	Gelb
Bauten	O	→	Gelb
Ausrüstungen	-	↘	Rot
Investitionsquote	--	↓	Rot
Exporte	--	↓	Rot
Wirtschaftsstruktur	--	↘	Rot
Gründungsgeschehen	O	→	Gelb
Wirtschaftsnahe Infrastruktur	+	↗	Grün

Rot: Schwäche und Entwicklungshemmnis, Grün: Stärke und Entwicklungschance, Gelb: durchschnittliche Ausprägung. ++ sehr positiv, + positiv, O durchschnittlich, - negativ, -- sehr negativ.

Die Betrachtung wesentlicher Entwicklungsfaktoren im Handlungsfeld Wirtschaft (Abbildung 2.2) verdeutlicht die problematische Ausgangssituation für die zukünftige

Entwicklung der Stadt. Berlin verfügt als Großstadt über einige Stärken im infrastrukturellen Bereich. Die generelle Kapitalausstattung und das Gründungsgeschehen sind im nationalen Vergleich knapp als durchschnittlich einzustufen. In anderen Bereichen, vor allem bei Produktivität, den Investitionen und den Exporten steht Berlin dagegen vergleichsweise schlecht da. Insbesondere die unterdurchschnittliche Dynamik im Ausrüstungskapital stellt ein Entwicklungsproblem dar. Hier liegen die zentralen Schwächen, an denen die Förderstrategie ansetzen sollte.

2.2.3 Handlungsfeld Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung

Während in den Handlungsfeldern Wirtschaft und Wissen die Situation im Vergleich mit den nationalen Entwicklungen eingeschätzt werden kann, geht die Analyse im Bereich des Handlungsfeldes „Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung“ auf spezifische territoriale Aspekte ein. Die territorialen Aspekte decken sich im Fall des Stadtstaats Berlin mit den besonderen Anforderungen der „städtischen Dimension“ in den europäischen Strukturfonds. Die unterschiedlichen Entwicklungen, Potenziale und Disparitäten der einzelnen Teile der Stadt stehen daher im Folgenden im Vordergrund - weniger der Vergleich mit bundesweiten Entwicklungen.

2.2.3.1 Stadtentwicklung

Eine Strategie integrierter Stadtentwicklung beruht darauf, die Gegebenheiten vor Ort zur Grundlage der Handlungsstrategie zu machen. Dabei werden idealerweise wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische, städtebauliche und soziale Aspekte integrativ berücksichtigt. Auf der Ebene des Operationellen Programms können zum Teil kleinteilige Entwicklungsunterschiede nicht systematisch herausgearbeitet werden. Es sollen allerdings kurz Unterschiede in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung als Ansatzpunkte lokaler Strategien skizziert werden.

Hinsichtlich der **wirtschaftlichen Entwicklung** ist zunächst der Besatz mit Unternehmen von Interesse. Sie sind vorrangige Anbieter von Arbeitsplätzen vor Ort. Der Besatz mit Betrieben ist vor allem in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Tempelhof überdurchschnittlich. Knapp vierzig Prozent aller Berliner Betriebe haben ihren Sitz in diesen drei Bezirken. Für das Verarbeitende Gewerbe sind Tempelhof-Schöneberg, Reinickendorf und Neukölln von besonderer Bedeutung, bei den Beschäftigtenzahlen außerdem noch Mitte und Steglitz-Zehlendorf.

Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für lokale Entwicklungen sind die Anteile der Selbständigen wichtig. Während im Schnitt in Berlin 14,5 Prozent der Erwerbstätigen

selbständig sind, liegen die Anteile in Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Steglitz-Zehlendorf deutlich über diesem Schnitt.

Die Erwerbslosenquote, also der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtbevölkerung liegt in Berlin im Schnitt bei 11,3 Prozent. Besonders hoch ist sie in Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Mitte und Marzahn-Hellersdorf.

Aufgrund ihrer Besonderheiten nimmt die **Kulturwirtschaft** eine Sonderstellung hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Berlins ein. Die 18.570 vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen der Kulturwirtschaft hatten 2002 einen Anteil von 11 Prozent am Berliner BIP. Über 8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich.⁵ Besonders Buch- und Pressemarkt, Softwareentwicklung und Telekommunikation, Kunstmarkt, sowie Film- und Fernsehmarkt haben einen hohen Anteil.

Neben der rein wirtschaftlichen Bedeutung ist die Kulturwirtschaft aber für die Stadtentwicklung vor allem aus zwei Gründen wichtig:

- Zum einen bietet die Kulturwirtschaft, insbesondere auch die Freien Künstler, ein erhebliches lokales Innovationspotenzial. Eine ganze Reihe von Kulturakteuren und -einrichtungen (Bibliotheken, Museen, Unternehmen etc.) können außerdem lokale Entwicklungsprozesse mit unterstützen oder sogar steuern.
- Zum anderen bilden die bestehenden kulturwirtschaftlichen Cluster, wie etwa die Musikwirtschaft am Osthafen, Teile von Charlottenburg und Mitte mit der Werbebranche oder Mitte und Teile von Prenzlauer Berg für die Modebranche Kristallisationspunkte, an denen auch integrierte städtische Entwicklungsprozesse ansetzen können.

Die **soziale Stadtentwicklung** wird im Rahmen eines gesonderten Monitorings beobachtet.⁶ Dabei werden eine Reihe unterschiedlicher Indikatoren zu Mobilität, demographischer Lage, Arbeitslosigkeit etc. kleinräumig beobachtet. Mit insgesamt 17 Einzelindikatoren können soziale und wirtschaftliche Entwicklungen in relativ kleinem territorialen Zuschnitt dargestellt werden. Im Ergebnis können die Gebiete bestimmt werden, in denen sich soziale Probleme in besonderem Maße ballen. Das Monitoring

⁵ Vgl. Projekt Zukunft, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2006): Kulturwirtschaft in Berlin. Entwicklung und Potenziale 2005.

⁶ vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (2003): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004 - Fortschreibung auf der Grundlage des modifizierten Konzepts.

stellt auf der Grundlage der Einzelindikatoren mittels einer Clusteranalyse Gebiete mit vergleichbaren Entwicklungstrends zusammen. Im Ergebnis sind unterschiedliche Entwicklungstrends zwischen Ost- und Westteil der Stadt sowie zwischen Zentrum und Peripherie zu beachten, durch die die groben Muster der territorialen Entwicklung innerhalb Berlins beschrieben werden.

Im Ergebnis der Clusteranalyse konzentrieren sich soziale Problemlagen auf innenstadtnahe Gebiete im Westteil Berlins (Teile von Kreuzberg, Wedding, Tiergarten, Charlottenburg und Neukölln) mit zusammen etwa 13 Prozent der Bevölkerung. Hohe Ausländeranteile und Arbeitslosigkeit, hohe Anteile von Sozialhilfeempfängern indizieren eine Mischung aus Integrations- und Erwerbslosigkeitsproblemen.

Einen zweiten Schwerpunkt bilden die Großsiedlungen im peripheren Ostteil der Stadt (Marzahn-Hellersdorf). Bei geringen Ausländeranteilen stehen hier soziale Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und geringe Einkommen im Vordergrund. Familien mit Kindern sind hiervon besonders stark betroffen.

Daneben zeichnen sich aber auch in anderen Stadtteilen problematische Entwicklungen ab: Ein Thema mit wachsender Brisanz ist etwa die durch hohe Jugendarbeitslosigkeit schwierigere Integration von Jugendlichen, insbesondere in Verbindung mit deren höherer Gewaltneigung oder die Integration von Zuwanderern.

2.2.3.2 Umwelt

Aufgrund der hohen räumlichen Dichte im Stadtstaat ist die Umweltsituation Berlins besonders durch die intensive Nutzung verschiedener Umweltmedien geprägt:

Mit einem Anteil von 69,4 Prozent an der Gesamtfläche hat die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** in Berlin den höchsten Anteil aller Bundesländer. Mit der bundesweiten Nachhaltigkeitsstrategie wird die Zielstellung verfolgt, den Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis 2020 auf 30 ha/Tag zu reduzieren. Berlin liegt mit einer täglichen Zunahme von 0,145 ha noch deutlich über dem anteiligen Zielwert von 0,075 ha.

Zwischen 2000 und 2002 blieb der **Kohlendioxidausstoß** in Berlin in etwa gleich. Neben dem klimarelevanten Kohlendioxid spielen für die Luftqualität die Schadstoffe eine Rolle. Besonders die **Feinstaubemissionen** (PM 10) stellen in Berlin ein ernsthaftes Problem dar. Zwar wird der geltende Jahresgrenzwert eingehalten, die zulässigen 35 Überschreitungen pro Jahr des 24-Stunden-Grenzwertes werden dagegen in Nähe großer Verkehrsachsen deutlich überschritten. Problematisch ist ferner die flächendeckende Überschreitung des vorläufigen Richtgrenzwertes 2010.

Aufgrund der besonderen städtischen Situation hat für Berlin außerdem die **Lärmbelastung** eine große Bedeutung. Die in der Berliner Planung vorgesehenen Grenzwerte wurden 2004 tagsüber noch an 913 Kilometern Straße, nachts sogar an 1.218 Kilometern Straße überschritten. Davon sind tagsüber über 200.000 Personen, nachts knapp 300.000 Personen betroffen.

Die **Wasserqualität** der Berliner Oberflächengewässer liegt - mit Ausnahme des Tegeler Sees - noch über der angestrebten Gewässergüteklasse II (= mäßige Belastung). Da Berlin einen Großteil seines Trinkwassers aus Uferfiltraten gewinnt, ist die Qualitätssicherung der Oberflächengewässer von besonderer Bedeutung.

Abbildung 2.4: **Die Situation im Handlungsfeld Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung**

	Besonderheit der Lage	Stärke oder Schwäche?
Wirtschaftliche Stadtentwicklung	Stadträumliche Konzentration der Wirtschaftstätigkeit und Erwerbstätigen	 je nach lokaler Gegebenheit
Kulturwirtschaft	Potenzial für wirtschaftliche und soziale Stadtentwicklung	
Soziale Stadtentwicklung	Deutliche Disparitäten und Problemgebiete	
Umwelt	Handlungsbedarf vor allem bei Luft- und Wasserqualität sowie Lärmbelastung	

Rot: Schwäche und Entwicklungshemmnis, Grün: Stärke und Entwicklungschance, Gelb: durchschnittliche Ausprägung. ++: sehr positiv, +: positiv, O: durchschnittlich, -: negativ, -- sehr negativ.

Die innerhalb der Stadt ungleich verteilten Unternehmen und Selbständigen einerseits, sowie die ebenfalls variierende Arbeitslosigkeit andererseits markieren wichtige Aspekte der räumlichen Entwicklung innerhalb Berlins. Je nach lokaler Gegebenheit sind diese unterschiedlichen Ausprägungen eher als Stärke oder Schwäche zu interpretieren. Insgesamt zeigt Berlin in ausgewählten kleinräumigen Gebieten erhebliche soziale Problemlagen, die eine nachhaltig tragfähige Entwicklung in Frage stellen. Das Monitoring Soziale Stadtentwicklung weist innenstadtnahe Teile der Bezirke Wedding, Tiergarten, Kreuzberg und Neukölln, sowie die Großsiedlungen im Osten der Stadt als Gebiete mit besonderen sozialen Problemlagen aus. Insbesondere dort hat die Sicherstellung der dauerhaften Integration von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund oder sozialen Problemlagen große Bedeutung. Ein umfangreiches Potenzial kultureller Einrichtungen und Aktivitäten ist demgegenüber eine Stärke, die nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die soziale Entwicklung der Stadt genutzt werden kann.

Hinsichtlich der Umweltsituation zeigt sich eine relativ schlechte Lage vor allem bei der Wasserqualität und Lärmbelastung.

2.3 Situationsanalyse der Querschnittsziele

2.3.1 Nachhaltige Entwicklung

Die Inanspruchnahme der Umwelt durch Produktions- und Konsumaktivitäten der Wirtschaft sowie der privaten Haushalte spiegelt sich in den Auswirkungen auf die jeweilig beanspruchten Bestandteile der Natur wie Rohstoffe, Luft und Wasser wider. Eine Betrachtung der Produktivität dieser Stoffe durch Verrechnung mit dem Bruttoinlandprodukt Berlins kann Aufschluss über die Entwicklung in den letzten Jahren geben und ermöglicht eine Gegenüberstellung mit anderen Bundesländern.

Bei allen vier hier betrachteten Produktivitätskennziffern liegt Berlin über dem Bundesdurchschnitt. Das Berliner BIP wird somit bei durchgängig geringerem Einsatz von Energie, Rohstoffen, Fläche und Wasser erwirtschaftet als im Bundesschnitt. Allerdings sind hohe Produktivitäten typisch für hoch verdichtete Räume. Vergleicht man Berlin mit Hamburg, so liegt die Berliner Energie- und Rohstoffproduktivität höher, während Hamburg in der Verwendung von Wasser und Flächen produktiver ist.

Die Produktivitätswerte spiegeln in Teilen auch die Wirtschaftsstruktur wider: Durch das relativ geringe Gewicht der Industrie sowie die korrespondierenden hohen Anteile der Dienstleistungen werden tendenziell höhere Produktivitäten erreicht.

Abbildung 2.5: Produktivitäten der Umweltnutzung

	Lage im Vergleich zum Bundesdurchschnitt	Entwicklungstrend Berlin	Trend im Vergleich zum Bundesdurchschnitt
Energieproduktivität	+	↗	-
Rohstoffproduktivität	+	↗	+
Wasserproduktivität	+	↗	+
Flächenproduktivität	+	↘	-

Der Entwicklungstrend der letzten Jahre zeigt für die Energie-, Rohstoff- und Wasserproduktivität eine positive Tendenz. Für diese Entwicklung dürfte in Teilen auch der Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes verantwortlich sein: Die industriellen Schrumpfungsprozesse betreffen überwiegend reifere Branchen mit einer vergleichsweise niedrigen (Umwelt-)Produktivität. Gleichzeitig bilden sich in diesen Trends aber auch

Verbesserungen in der Effizienz der Nutzung der einzelnen Güter wider, die durch Modernisierung bei gleichzeitigem Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungen erreicht werden.

Bei der Flächenproduktivität ist der Ressourceneinsatz weniger direkt mit der wirtschaftlichen Entwicklung verknüpft: Die Nutzung von Siedlungs- und Verkehrsflächen ist weniger als etwa der Rohstoffeinsatz direkt an wirtschaftliche Aktivitäten gekoppelt. Vielmehr entsteht ein Nutzungsdruck auf die Fläche auch durch nicht wirtschaftsspezifische Flächennutzungen für Verkehr, Wohnen oder Freizeit. Berlin hat in den letzten Jahren einen spürbaren, seit Mitte der 1990er Jahre sogar einen deutlichen Rückgang der Flächenproduktivität zu verzeichnen.

Ein Vergleich der Berliner Entwicklung mit dem Bundestrend hilft diejenigen Bereiche zu identifizieren, denen Berlin vor dem Hintergrund der umweltverträglichen Entwicklung im Rahmen der Nachhaltigkeit besondere Beachtung schenken sollte. Besser als im Bundestrend sind die Entwicklungen der Rohstoff- und Wasserproduktivität. Demgegenüber hat Berlin bei der Energieproduktivität und insbesondere bei der Flächenproduktivität eine negativere Entwicklung als der Bundesschnitt genommen.

2.3.2 Chancengleichheit von Männern und Frauen

Die geschlechtsspezifische Chancengleichheit wird anhand von Indikatoren in den Bereichen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, beim Zugang zu Beruf und Karriere sowie anhand der Vereinbarkeit von Familie und Beruf untersucht.

2.3.2.1 Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit ist in Berlin im Zeitraum seit 1991 gegen den Trend in Westdeutschland, aber analog zu den ostdeutschen Bundesländern stark zurückgegangen. Insgesamt ist zwischen 1991 und 2004 die Erwerbstätigenzahl bei den Männern stärker gefallen als bei den Frauen (-20,0% vs. -12,8%). Der Grund liegt darin, dass in der Vergangenheit in Folge des Strukturwandels vor allem in eher von Männern dominierten Branchen Arbeitsplätze weggefallen sind.

Die gesamte Beschäftigungsquote sank im Beobachtungszeitraum von 66,3 auf 57,7%. Die Beschäftigungsquote der Frauen erreichte 2004 einen Wert von 55,9%.⁷ Sie lag damit

⁷ Die für die Lissabonziele relevante Beschäftigungsquote wird definiert als Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (jeweils 15-64 Jahre). Demgegenüber misst die in Deutschland eher übliche Erwerbstätigenquote den Anteil der 15-64 jährigen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung. Die Erwerbstätigenquote der Frauen betrug im Jahr 2004 38,6%.

um 3,5 Prozentpunkte unter der der Männer (59,4%). Beide Quoten haben sich im Zeitverlauf angenähert, wobei im Beobachtungszeitraum seit 1991 die Quote der Männer (1991: 77%) wesentlich stärker zurückging als die der Frauen (1991: 65,2%).

Der Lissabon-Zielwert der Frauenbeschäftigungsquote liegt bei 60% für das Jahr 2010 und bei 57% für das Jahr 2005. Für Berlin liegt er demnach nur knapp unter dem Soll. Aufgrund des Rückgangs der vergangenen Jahre ist aber fraglich, ob der Zielwert auch erreicht werden kann. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Frauen überdurchschnittlich in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen arbeiten und dies zu einer Verzerrung der Quote nach oben führt.⁸

Ein Blick auf verschiedene Erwerbsformen gibt das folgende Bild der Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt:

- Innerhalb der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist der Frauenanteil in den letzten Jahren gestiegen, und zwar von 49,4 % im Jahr 1999 auf 52 % im Jahr 2005. Absolut ist die Entwicklung in dieser Beschäftigungsform jedoch rückläufig. Der prozentuale Anstieg der Frauen ist auch hier darauf zurückzuführen, dass besonders Männer vom Beschäftigungsabbau betroffen waren. Dennoch muss man feststellen, dass der Frauenanteil in Berlin gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt (45,6%) hoch ist.⁹
- Die Zahl der weiblichen Selbständigen ist im Zeitraum 1999-2004 schneller gewachsen als die aller Selbständigen (37% gegenüber 22%). Im Jahr 2004 lag der Anteil der selbständigen Frauen bei 20,8 pro 1.000 Einwohner. Dies ist allerdings nur ein Drittel der Quote aller Selbständigen (60,2 auf 1.000 Einwohner).¹⁰
- Der Anteil der so genannten flexiblen (u.a. Mini-Jobs, befristet, Teilzeit) ist gegenüber den standardisierten Beschäftigungsverhältnissen in der Vergangenheit in ganz Deutschland gestiegen. Von diesem Prozess sind auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie Frauen betroffen: Mitte 2005 waren 33% der Beschäftigungsverhältnisse in Berlin flexibel ausgerichtet (Ost- und Westdeutschland: je ca. 30%). Der Anteil dieser Arbeits- an allen Beschäftigungsverhältnissen liegt in Berlin bei den Frauen mit 46% deutlich höher (Westdeutschland: 49%). Demgegenüber lag der Anteil der flexiblen

⁸ Das IAB empfiehlt deshalb die Umrechnung der Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalente, weil diese den Faktor Arbeitszeit berücksichtigen. Vgl. dazu: Beckmann, Petra (2003), EU-Beschäftigungsquote - Auch richtige Zahlen können in die Irre führen, IAB-Kurzberichte, Ausgabe Nr. 11/1.8..2003, S. 6

⁹ Statistisches Landesamt Berlin

¹⁰ Ebenda; eigene Berechnungen

Arbeitsverhältnisse bei den Männern in Berlin bei 15% (Westdeutschland: 12%).¹¹ Unter den flexiblen Beschäftigungsverhältnissen ist der Frauenanteil insbesondere bei den Teilzeitstellen extrem hoch (77%). Grundsätzlich kann man feststellen, dass „Frauen dominierte“ Branchen (u.a. Einzelhandel, Gesundheit, Soziales, Erziehung) höhere Flexibilisierungsgrade aufweisen als „Männer dominierte“.¹²

2.3.2.2 Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote der Frauen hat sich in den vergangenen zehn Jahren ebenso wie die der Männer deutlich erhöht, wobei die Wachstumsraten bei den Frauen niedriger lagen. Im Jahr 2005 betrug die Arbeitslosenquote der Frauen 19%, während die der Männer 24% erreichte. Im Zeitraum 1994-2005 ist der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen von 46,6% auf 43,3% gesunken.

Bei der Langzeitarbeitslosigkeit ergeben sich ähnliche Tendenzen: Die Frauen haben in Berlin einen unterdurchschnittlichen Anteil von 40,3%. In dieser Hinsicht ist die relative Position der Frauen in Berlin erkennbar günstiger als in Gesamtdeutschland (Frauenanteil 46,5%), vor allem aber als in Ostdeutschland (53,6%). Bei der im Vergleich zu den Männern relativ niedrigen Frauenarbeitslosigkeit muss wiederum berücksichtigt werden, dass in der Vergangenheit vor allem in den eher von Männern dominierten Branchen Arbeitsplätze weggefallen sind.

2.3.2.3 Zugang zu Beruf und Karriere

Der Frauenanteil in den einzelnen Tätigkeits-/Qualifikationsgruppen ist unterschiedlich: während bei den un- und angelernten Arbeitskräften Parität herrscht, überwiegen Frauen bei den Angestellten mit Berufsausbildung (66%). Demgegenüber erreichen sie bei Angestellten mit Hochschulabschluss nur 43% (allerdings gegenüber 33% in Westdeutschland). Bei den Facharbeitern (20%) und den Firmeninhabern (24%) sind Frauen deutlich in der Minderheit.¹³

Betrachtet man die Einstellungspolitik der Unternehmen, so entfielen im 1. Halbjahr 2005 45% der Einstellungen auf Frauen. Der Wert liegt auf der Ebene der westdeutschen Länder, aber über dem Durchschnitt Ostdeutschlands. Anzumerken ist, dass der Frauenanteil bei den befristeten Arbeitsplätzen (42%) unterdurchschnittlich ist.

¹¹ SÖSTRA/IAB (2006), Betriebspanel Berlin, Ergebnisse der zehnten Welle, Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin, S. 46

¹² Ebenda, S. 47 und S. 50

¹³ Ebenda, S. 22

Im Ausbildungsjahr 2004/2005 erhielten 46% der männlichen und 45% der weiblichen Bewerber einen Ausbildungsplatz. Beim Übergang in die Beschäftigung lag die Quote bei den Frauen im Jahr 2005 bei 47%, während sie bei den Männern nur 33% erreichte.¹⁴

Frauen sind auf den unterschiedlichen betrieblichen Führungsebenen insgesamt unterproportional vertreten. Dabei zeigt sich, dass die Übertragung von Führungsaufgaben an Frauen umso höher liegt, je tiefer die Leitungsebene gegliedert ist: Den geringsten Anteil (26%) an Leitungsfunktionen haben Frauen auf der obersten Führungsebene, während sie auf der 2. Führungsebene bereits mit 36% vertreten sind. Dabei ist bedeutsam, dass Frauen in Berlin nicht schlechter qualifiziert sind als Männer.¹⁵

2.3.2.4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der zentralen Voraussetzungen in Bezug auf mehr Geschlechtergerechtigkeit. Davon betroffen sind vor allem Frauen und darunter die Gruppe der allein erziehenden Frauen: in Berlin lag im Jahr 2004 der Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren an allen Familien mit minderjährigen Kindern bei 46%. Rd. 82% (rd. 127.600) der Alleinerziehenden sind Frauen. Für diese Bevölkerungsgruppe hängen die Erwerbstätigkeit und ein Existenz sicherndes Einkommen in erster Linie von der Möglichkeit ab, Kinderbetreuung und Beruf vereinbaren zu können.¹⁶ Der allgemeine Ausstattungsgrad mit Betreuungseinrichtungen für Kinder ist in Berlin relativ hoch.

2.3.2.5 Fazit

Die Position der Frauen hat sich auf dem Berliner Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren relativ zur Gruppe der Männer verbessert und weist auch im bundesweiten Vergleich eine überdurchschnittliche Beteiligung am Erwerbsleben auf. Gleichzeitig ist das Qualifikationsniveau der Frauen im Bundesvergleich überdurchschnittlich.

Bedingt durch die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung Berlins sind aber keine absoluten Fortschritte hinsichtlich der Beschäftigung erkennbar: die Erwerbstätigkeit ist nach wie vor rückläufig. Grundsätzlich muss man feststellen, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor benachteiligt sind. Wichtige Indikatoren sind die

¹⁴ Ebenda, S. 59

¹⁵ SÖSTRA/IAB (2005), Betriebspanel Berlin, Ergebnisse der neunten Welle, Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin, S. 61ff.

¹⁶ Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen (2005), Wirtschafts- und Arbeitsmarktbericht Berlin 2005, S. 29

unterdurchschnittlichen Anteile in Führungspositionen, der höhere Anteil an flexiblen und somit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sowie schlechtere Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

2.4 Zusammenfassung der Situationsanalyse: Stärken und Schwächen

Die Analyse der Ausgangssituation für das Operationelle Programm ergibt eine Reihe von Stärken und Schwächen der regionalen Ökonomie (vgl. Abb. 2.6). Die Stärken liegen dabei vor allem in Handlungsfeld Wissen, insbesondere in dem hohen Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung, der großen Zahl von wissensintensiven Dienstleistern und den hohen FuE-Intensitäten. Schwächen zeigen sich vor allem im Bereich der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, der Investitionstätigkeit und den Exporten.

Abbildung 2.6: Entwicklungschancen und Entwicklungshemmnisse

Stärken / Entwicklungschancen	Schwächen / Entwicklungshemmnisse
Handlungsfeld „Wissen“	
Sehr gute Ausstattung mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.	Geringer absoluter Besatz mit Unternehmen aus industrieller Spitzentechnologie und höherwertiger Technologie
Sehr hohe Anzahl von FuE-Beschäftigten an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen	
Sehr hohe Anteile der FuE-Beschäftigten an allen Beschäftigten und der FuE-Aufwendungen am Umsatz	
Hohe FuE-Intensität des Verarbeitenden Gewerbes (auch aufgrund der industriellen Schrumpfungsprozesse)	
Hoher Besatz mit wissensintensiven Dienstleistungsunternehmen.	
Hohe Anzahl von Einrichtungen des Wissens- und Technologietransfers	Zugang zu Wissens- und Technologietransfer teilweise intransparent, Kooperationsbeziehungen eher individuell-zufällig als systematisch-strategisch. Vergleichsweise wenig Patentanmeldungen mit zuletzt eher rückläufiger Tendenz
Sehr hohe Durchdringung mit Breitband und Internet-Anschlüssen	
Handlungsfeld „Wirtschaft“	
	Schwache Produktivität mit geringeren Zuwächsen Niedrige Investitionsquote, Rückgang bei den Ausrüstungsinvestitionen. Kapitalausstattung seit 2000 schwach entwickelt
Leicht überdurchschnittliche Kapitalintensität bei Bauten	Geringe Kapitalintensität bei Ausrüstungen Industrie u. unternehmensnahe Dienstleistungen unterdurchschnittlich vertreten
Hohe Gründungsintensität bei konsumnahen Dienstleistungen	Insgesamt wenig dynamisches Gründungsgeschehen Unterdurchschnittliche Exporte mit schwacher Entwicklung
Hoher Anteil von Selbständigen Gute allgemeine Infrastrukturausstattung des Wirtschaftsstandorts	
Stadteilbezogene Stärken und Schwächen (teilräumlich spezifisch)	
Einwohnerzahl weitgehend stabil, vergleichsweise geringer Rückgang der Erwerbsbevölkerung	

Gut eineinhalb Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung befindet sich Berlin weiterhin in einem schwierigen Anpassungsprozess, der von den spezifischen Problemen

einer urbanen Ökonomie überlagert wird. Bei zentralen ökonomischen Indikatoren zeigt sich ein deutlicher Rückstand gegenüber westdeutschen Regionen und dem Bundesdurchschnitt. Dies gilt insbesondere für die Beschäftigungssituation, das wirtschaftliche Wachstum und die Produktivität der Wirtschaft. Die mittelfristigen Entwicklungen waren insgesamt unbefriedigend – auch weil sich Berlin als relativ kleine und offene Volkswirtschaft nicht von gesamtwirtschaftlichen Tendenzen abkoppeln kann. Zentrale strukturelle Probleme sind die starke Schrumpfung des – vormals stark subventionierten – industriellen Sektors und die vergleichsweise verhaltene Entwicklung der unternehmensnahen Dienstleistungen.

Die Verbesserung der *regionalwirtschaftlichen* Situation ergibt sich dementsprechend als oberstes Anliegen einer regionalen Entwicklungsstrategie. Dabei kann an den deutlichen Stärken in Teilen des regionalen Innovationssystems angeknüpft werden. Hieraus folgt eine hohe Konzentration des Programms auf die Verbesserung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Berlin.

2.5 Rahmenbedingungen der zukünftigen Entwicklung: Chancen und Risiken

Die strukturellen und gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung Berlins haben sich seit den neunziger Jahren deutlich verändert. Insbesondere die deutsche Wiedervereinigung und die Osterweiterung der Europäischen Union haben die Position Berlins in den internationalen Wirtschaftssystemen grundlegend verschoben. Aus der strukturellen Neupositionierung des Wirtschaftsstandorts und verschiedenen gesamtgesellschaftlichen Trends ergeben sich eine Reihe von Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt.

Globalisierung und internationale Arbeitsteilung

Verschiedene politische, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen haben in den letzten Jahrzehnten zu einer Verstärkung der internationalen Arbeitsteilung und der internationalen Handelsbeziehungen geführt. Dabei hat sich nicht nur der Kreis der industrialisierten Länder erweitert, viele Schwellenländer entwickeln auch hohe Kompetenzen auf wissens- und technologieintensiven Märkten. Damit entstehen einerseits neue Konkurrenzverhältnisse, aber auch neue Chancen auf stark wachsenden Märkten. Die Globalisierung führt dabei zu einer verstärkten Gliederung und zu einer räumlichen Neuverteilung von Wertschöpfungsketten – also zu strukturellen Verschiebungen.

Das starke Wachstum einer Reihe von Schwellenländern und politische Krisen haben in jüngster Vergangenheit zu einem deutlichen Preisanstieg von Rohstoffen geführt. Jenseits

kurzfristiger Marktschwankungen ist davon auszugehen, dass sich mittel- bis langfristig bei einer Reihe von Rohstoffen eine Verknappung ergibt. Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ergeben sich damit zusätzliche Anforderungen bei ihrer Produktivität und Ressourceneffizienz.

Die Osterweiterung der Europäischen Union

Die zunehmende Öffnung der osteuropäischen Staaten mit der in 2004 erfolgten Erweiterung der EU stellt - auch aufgrund der räumlichen Nähe - eine zentrale Herausforderung für das Land Berlin dar. Berlin war in der Vergangenheit in besonderer Weise durch die dramatischen politischen Veränderungen betroffen. Zum einen hat die Neuordnung der Wirtschaftsbeziehungen zu einer Entwertung der bestehenden Beziehungen insbesondere im industriellen Bereich geführt. Gleichzeitig hat West-Berlin seinen Sonderstatus innerhalb des föderalen Systems verloren. Aus diesem Status und den wirtschaftsgeographischen Bedingungen resultierte auch eine sektorale Struktur, die sich nach der Öffnung der Märkte nur bedingt als wettbewerbsfähig erwies und stark vom strukturellen Wandel betroffen ist.

Berlin bildet eine Schnittstelle zwischen „alter“ und „neuer“ Europäischer Union. Durch die regionale Nähe besteht die konkrete Gefahr der Verlagerung von Teilen der Wertschöpfungsprozesse aus Kosten- oder Markterschließungsgründen in die neuen Mitgliedsstaaten. Gleichzeitig besteht die Chance, an einem dynamischen Wachstum aktiv teilzuhaben. Für Berlin als wirtschaftlich vergleichsweise höher entwickelte Region entsteht vor allem ein deutlicher Anpassungsbedarf an veränderte Kosten- und Wettbewerbsstrukturen.

Die demographische Entwicklung in Berlin

Für die langfristige regionale Entwicklung ist die demografische Entwicklung eine wichtige Rahmenbedingung. Sie beeinflusst einerseits das Potenzial an qualifizierten Beschäftigten und bestimmt andererseits sozialpolitische Handlungsnotwendigkeiten.

Anders als in anderen Regionen ist für Berlin bis 2020 kein deutlicher Rückgang der Bevölkerungszahl zu erwarten. Die Prognosen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gehen bis 2010 von einem geringfügigen Wachstum der Bevölkerungszahl aus. Danach wird bis 2020 ein leichter Rückgang erwartet. Die Bevölkerungszahl liegt nach der Prognose in 2020 um etwa 16.000 unter der Bevölkerungszahl von 2000 und bleibt damit nahezu unverändert.

Allerdings verändert sich in diesem Zeitraum die Bevölkerungsstruktur spürbar. Ein Trend ist eine zunehmende Alterung. Das Durchschnittsalter soll bis 2020 von 41 auf 43,6 Jahre steigen. Damit verringert sich die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 113.000, was einem Rückgang von etwa 5 Prozent entspricht.¹⁷ Ein weiterer Trend ist die Zunahme der Zahl der nicht-deutschen Einwohner. Aus der allgemeinen demographischen Entwicklung leiten sich somit keine direkten Anforderungen an die Strategie des Programms ab. In einzelnen Bereichen sind die Einzeltrends der Bevölkerungsentwicklung in den Planungen zu berücksichtigen. Die demografische Entwicklung ist in Berlin im Vergleich zu Ostdeutschland und vielen westdeutschen Regionen weniger problematisch. Die Stadt weist zudem eine hohe Attraktivität als Ausbildungsplatz und für qualifizierte Beschäftigte aus. Die demographische Entwicklung ist daher langfristig eher als eine Entwicklungschance für die Stadt einzuordnen.

Wirtschaftliche Verflechtung mit dem Land Brandenburg

Eine wichtige Rahmenbedingung des Programms ist die wirtschaftliche Verflechtung des Stadtstaats Berlin mit seinem Umland. Der Wirtschaftsraum der Metropole geht inzwischen über die Stadt- bzw. Landesgrenze hinaus. In 2004 lag die Einpendlerquote bei knapp 19% - etwa jeder Fünfte in Berlin Beschäftigte wohnt nicht in Berlin, sondern im brandenburgischen Umland. Die Auspendlerquote lag in 2004 bei knapp 12%. Ein erheblicher Anteil der Pendlerverflechtung Berlins konzentriert sich auf den engeren Verflechtungsraum.

Das wirtschaftliche Zusammenwachsen der Länder verpflichtet zu einer engen Abstimmung aller Maßnahmen zur Entwicklung der Metropolregion. Dies betrifft die Wirtschaftsentwicklung und Investorenwerbung genauso wie die Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik. Dabei ist auch mit Konkurrenzsituationen – z.B. bedingt durch das Fördergefälle zwischen den Ländern – konstruktiv umzugehen. Vor dem Hintergrund der historischen Besonderheiten fördern beide Länder gemeinsam die Entwicklung einer europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg mit dem Ziel, ihre regionale Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und europäischen Kontext zu stärken.

Gravierende Haushaltsnotlage

Eine wichtige Rahmenbedingung für das Operationelle Programm ist die gravierende Haushaltsnotlage des Landes. Sie zwingt dazu, Fördermittel nur dort einzusetzen, wo sie den größten Nutzen erwarten lassen. Dabei ist die Konzentration auf die strategischen

¹⁷ Dem liegt allerdings die Annahme zu Grunde, dass die Normalerwerbstätigkeit mit 65 Jahren endet. Nach den jüngsten Planungen zum Rentenversicherungssystem wird sich diese Grenze bis 2029 sukzessive auf 67 Jahre erhöhen.

Ansätze, die die Schaffung von Beschäftigung und zusätzlichen Einkommen erwarten lassen, noch zu verstärken. Des Weiteren wird die Effizienz bei der Umsetzung des Programms verstärkt zum Thema der Programmbegleitung werden. Dabei stehen ein abgestimmter Instrumenteneinsatz und die Kohärenz der fondsspezifischen Programme im Vordergrund.

Schlussfolgerungen

Durch die Wiedervereinigung und die Erweiterung der Union hat sich die Position Berlins in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen grundlegend verändert. Die internationale Arbeitsteilung und die Konkurrenz auch entfernter Regionen hat sich durch politische Entwicklungen und die Liberalisierung der Märkte deutlich intensiviert.

Sowohl Unternehmen als auch Wirtschaftsstandorte müssen ihre Positionen in der internationalen Arbeitsteilung unter deutlichem Konkurrenzdruck immer wieder sichern bzw. neu finden. Dies gilt insbesondere, wenn Wertschöpfungsketten nicht nur aufgrund von Kostenvorteilen, sondern auch aufgrund von wachsenden Kompetenzen bei forschungs- und wertschöpfungsintensiven Gütern und Dienstleistungen neu konfiguriert werden. Die Anpassung an diesen permanenten und räumlich ausgedehnten Strukturwandel erfordert ein hohes Reaktionsvermögen bei den Unternehmen. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen die Unternehmen ihre innovatorischen und qualifikatorischen Kompetenzen aufwerten und ihre geschäftliche Orientierung internationalisieren.

Der Erhalt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Wandel der Märkte ist damit die zentrale Schlussfolgerung dieses Abschnitts. Dabei ist eine statische Anpassung an die bestehende Situation nicht ausreichend. Um die Chancen der Osterweiterung und der Globalisierung mit der Entstehung von großen Wachstumsmärkten zu nutzen, ist vielmehr eine hohes Reaktionsvermögen – die Fähigkeit einer permanenten Anpassung an sich verändernde Bedingungen - notwendig. Zentrale Grundlage hierfür ist in entwickelten Volkswirtschaften die Innovationsfähigkeit der Unternehmen wie auch der Region.

2.6 Zentrale Erkenntnisse der Halbzeitbewertung

Die Halbzeitbewertung und die Aktualisierung der Halbzeitbewertung der Strukturfondsförderung in den Jahren 2000 bis 2006 kommen auf Grundlage der Ergebnisse der bisherigen Förderung zu einer Reihe von Empfehlungen. Diese werden kurz aufgegriffen und gehen in die Programmentwicklung ein. Die Empfehlungen lauten im Einzelnen:

1. Die Kompetenzfelder sollten durch einen überproportionalen Mitteleinsatz und stärkere Ausrichtung auf Innovation weiter ausgebaut werden.
 - Der Anteil der Kompetenzfelder an der Förderung sollte höher sein als ihr Anteil an der Wirtschaft.
2. Neben der Kompetenzfeldförderung sollte auch das Potenzial der Breitenförderung genutzt werden.
 - Die definierten Kompetenzfelder decken das Spektrum der Berliner Innovationspotenziale nicht vollständig ab. Auch diese Wachstumsmöglichkeiten sollten genutzt werden.
 - Zur Behebung einer mangelnden Nutzung des vielfältigen Wissenspotenzials ist im zukünftigen Programm die Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen mit Innovationsbezug notwendig. Dabei muss der „Innovationsbezug“ das zentrale Auswahlkriterium für Projekte darstellen.
3. Mit einer Differenzierung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und einem geeigneten Instrumentenmix sollte dem Fördergefälle zu Brandenburg begegnet werden.
 - Es sollte geprüft werden, ob bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung eine Differenzierung von Förderansätzen nach den Aspekten Innovationsgrad, Beitrag zum Kompetenzfeld sowie „normale“ Investitionsförderung ohne besonderen Innovationsgrad die zukünftige Förderstrategie sinnvoll unterstützen könnte.
 - Der Druck aus dem Standortwettbewerb spricht dafür, dass die einzelbetriebliche Förderung in Berlin eine nennenswerte Rolle spielen muss.
4. Die Infrastrukturinvestitionen sollten auch einen Beitrag zur Lösung der wesentlichen strukturellen Probleme und zur Nutzung der Chancen Berlins leisten (Qualität statt Quantität).
 - Für die gewerbliche und wissenschaftliche Infrastruktur wird es zukünftig darum gehen, das Angebot vor allem in der Qualität zu erweitern, in der Quantität hingegen dürften nur begrenzt Erweiterungen nötig sein.

Bei allen Infrastrukturinvestitionen sollte der Beitrag zur Lösung der strukturellen Probleme und der Nutzung der Chancen Berlins als Maßstab angelegt werden.

5. Die Existenzgründungsförderung sollte systematischer geordnet und besser zwischen EFRE und ESF abgestimmt werden.

- Es ist eine systematische Ordnung der Förderinstrumente zur Existenzgründung in Abstimmung mit den Fonds EFRE und ESF sowie den beteiligten Akteuren in Berlin anzustreben.
- Besonderes Augenmerk sollte bei ESF und EFRE auf die Vorgründungsphase und die Profilierung der Konzepte sowie die Qualifizierung und Beratung der Gründerinnen und Gründer gelegt werden.

Grundsätzlich resümieren die Evaluationen, dass sich die wissensintensiven Wirtschaftszweige trotz einer allgemein schlechten Beschäftigungsentwicklung noch am besten entwickelt haben. Hier bestehe zudem das bedeutendste Wachstums- und Beschäftigungspotenzial. Der Mitteleinsatz solle deshalb auf Wachstumsdeterminanten wie Wissensbasis und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, die Qualität des Humanvermögens sowie die bedarfsgerechte und zielgerichtete Beseitigung von Engpässen in der Infrastruktur fokussiert werden.

2.7 Fazit: Ableitung von strategischen Handlungsansätzen

Die Wettbewerbsvorteile und –nachteile des Landes in den zentralen Handlungsfeldern der Gesamtstrategie sind oben beleuchtet worden. Hieraus lassen sich zusammenfassend eine Reihe von Entwicklungsbarrieren und Entwicklungschancen ableiten, an denen ein Programm zur Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung ansetzen muss.

Handlungsfeld Wissen

Stärken und Entwicklungschancen Berlins liegen in den insgesamt als gut zu bewertenden FuE- und Innovationspotenzialen. Die Chancen ergeben sich hier vor allem aus der sehr guten Ausstattung mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der hohen Anzahl von FuE-Beschäftigten in diesen Einrichtungen. Eine weitere eindeutige Stärke liegt in dem hohen Anteil von wissensintensiven Dienstleistungsunternehmen in der Stadt. Die hohe FuE-Intensität der Industrie ist ein sehr wichtiger Faktor für Innovationen, wird aber eingeschränkt durch das relativ geringe Gewicht der Industrie insgesamt.

Die bestehenden Potenziale mündeten bisher allerdings nicht in eine entsprechende Patentintensität. Dies ergibt sich zum Teil aus dem Patentierungsverhalten der

Unternehmen, lässt aber auch noch Potenziale bei der Umsetzung von neuem Wissen in Innovationen vermuten. Das Transfersystem wird von einer ganzen Anzahl von Einrichtungen getragen, es ist jedoch als teilweise intransparent und schwer zugänglich einzuschätzen. Kooperationsbeziehungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft beruhen mehrheitlich auf eher individuell-zufälligen als systematisch-strategischen Kontakten. Hier ergibt sich ein wichtiger Ansatzpunkt, um die gegebenen Chancen der Wissenschaftsstadt Berlin besser zu nutzen.

Die insgesamt relativ schwache Ausprägung der höherwertigen und der Spitzentechnik ergibt zusammen mit der Industriestruktur und der zunehmenden internationalen Konkurrenz eine Gefahr für die Position Berlins im technologieorientierten Wettbewerb. Andererseits liegt eine spezifische Stärke Berlins bei den wissensintensiven Dienstleistungen. Der Strukturwandel zu einer stärker wissensbasierten regionalen Wirtschaft sollte daher gezielt unterstützt werden.

Handlungsansätze für die Entwicklungsstrategie liegen in

- der Stützung und dem Ausbau der bestehenden FuE-Kapazitäten der Unternehmen. Diese sind von entscheidender Bedeutung für Innovationen; aber gerade in KMU aufgrund von Größennachteilen nur schwer zu schaffen.
- Darüber hinaus sind die Kooperationen und der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft über gemeinsame Vorhaben und über effiziente Institutionen zu unterstützen.
- Die Umsetzung von Wissenspotenzialen in marktgängige Produkte und Verfahren (Innovationen) ist aber auch abhängig von der Fähigkeit, Neuerungen in unternehmerischen Prozessen und am Markt umzusetzen. Damit ist auch die Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und die Förderung von Gründungen ein wesentlicher Handlungsansatz, um die Potenziale der Wissensstadt Berlin zu nutzen.

Handlungsfeld Wirtschaft

Insgesamt sind die Ausgangsbedingungen für eine dynamische Entwicklung der Berliner Wirtschaft eher schwierig. Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft - und damit ihre Fähigkeit Beschäftigung zu schaffen - ist insbesondere durch eine geringe Produktivität, niedrige Investitionen und Strukturprobleme in zentralen Sektoren beeinträchtigt. Dies führt auch zu einer wenig dynamischen Entwicklung bei den Exporten. Die Gründungsintensitäten sind nicht so ausgeprägt, dass sie zu einer strukturellen

Stärkung und zu einem zukünftigen Wachstum über Innovationen einen großen Beitrag leisten könnten. Die zentralen Handlungsansätze sind vor diesem Hintergrund folgende:

- Die Stärkung der Investitionstätigkeit
- Die Erhöhung der Produktivität
- Eine verstärkt internationale Orientierung
- Die gezielte Förderung von Gründungen sind die zentralen Handlungsansätze um die bestehende Wachstumsschwäche zu mindern

Hier kann die hohe Bereitschaft, selbständig Unternehmen zu gründen und zu führen, als regionale Stärke genutzt werden. Darüber hinaus ist die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts auch hinsichtlich seiner infrastrukturellen Ausstattung zu sichern.

Handlungsfeld Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung

Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen verlaufen innerhalb Berlins mit erheblichen Unterschieden. Die Beschäftigung und Wertschöpfung sind unter den Bezirken ungleich verteilt, auch die Anteile an Selbständigen variieren relativ stark. Eine besondere Stärke Berlins liegt in der Kulturwirtschaft. Mit einem Anteil am BIP von 11 % nimmt dieser Bereich eine Schlüsselstellung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Stadt ein.

Auf der anderen Seite sind auch Erwerbslose in der Stadt unterschiedlich verteilt. Besonders hohe Anteile finden sich in Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Mitte und Marzahn-Hellersdorf. Bei kleinräumigerer Betrachtung stechen Problemlagen der sozialen Stadtentwicklung vor allem in Teilen des alten Westberlins, aber auch in den Großsiedlungen am östlichen Stadtrand hervor.

Diese charakteristischen Unterschiede innerhalb der Stadt erfordern auch kleinteiligere Instrumente zur Unterstützung der Entwicklung:

- Integrierte, "von unten" entwickelte Konzepte sind ein wichtiger Bestandteil der Strategie. Dabei lassen sich zur sozialen Stabilisierung vor Ort durchaus auch mit Elementen zur Nutzung vorhandener Stärken - etwa in der Kulturwirtschaft - verbinden. Die Förderung integrierter Konzepte der Stadtentwicklung sowie die Flankierung der städtischen Entwicklung durch gezielte infrastrukturelle Unterstützung sind zentrale Handlungsansätze für diesen Bereich.

- Durch die hohe räumliche Dichte ist eine Reihe von Umweltmedien in Berlin besonders intensiver Nutzung ausgesetzt. Die Wasserqualität ist vergleichsweise schlecht. Auch die Lärmbelastung stellt für die hoch verdichtete Stadt zunehmend ein Problem dar. Die gezielte Reduzierung von Umweltbelastungen ist daher gerade für Berlin von besonderer Bedeutung, um eine nachhaltige Entwicklung erreichen zu können

Die hier abgeleiteten Handlungsansätze decken sich mit den Empfehlungen der Halbzeitbewertung und ihrer Aktualisierung. Diese betont die Ausrichtung auf die „Wissensbasis und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft“ ergänzt um die bedarfsgerechte und zielgerichtete Beseitigung von infrastrukturellen Engpässen.

Die aktuellen ökonomischen Probleme der Stadt, die bestehenden Entwicklungshemmnisse im Unternehmenssektor und die spezifischen Stärken im Bereich Wissen und Innovation lassen eine Fokussierung der Strukturfondsmittel angeraten erscheinen: Zum Einen sind die Wettbewerbsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, um Innovationen am Markt umzusetzen und um Beschäftigung zu schaffen. Zum anderen sind die Entwicklungschancen, die die gute Forschungslandschaft und die wissensintensive Wirtschaft bieten, als Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum zu nutzen.

3. Zielsystem und regionale Entwicklungsstrategie

Die Situationsanalyse hat auf Basis der Stärken und Schwächen Berlins verschiedene Handlungsansätze herausgearbeitet. Diese bilden die zentrale Grundlage für die Strategie des Programms. Die konkrete Förderstrategie für Berlin wird sich außerdem in den Rahmen europäischer und nationaler Strategien einpassen und diese umsetzen. Im Folgenden wird zunächst der strukturpolitische Bezugsrahmen und die Berliner Gesamtstrategie skizziert. Auf dieser Grundlage werden die Entwicklungsstrategie und das Zielsystem des Programms dargestellt.

3.1 Europäischer und nationaler Bezugsrahmen

Die zentralen Bezugspunkte des Programms sind

- die europäische Kohäsionspolitik mit den strategischen Kohäsionsleitlinien und den spezifischen Ansatzpunkten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
- die Prioritäten der Gemeinschaft entsprechend der Beschlüsse des Europäischen Rates in Lissabon und in Göteborg sowie die Neujustierung der Lissabon-Strategie im Jahr 2005
- das Nationale Reformprogramm zur Umsetzung der Lissabon-Strategie in Deutschland und der Nationale Strategische Rahmenplan zum Einsatz der EU-Strukturfonds in Deutschland

Weitere wichtige Referenzpunkte für das EFRE-Programm sind u.a. das siebte Forschungsrahmenprogramm und die Europäische Beschäftigungsstrategie. Bei der Konzeption und Umsetzung einzelner Prioritäten des Programms werden die relevanten spezifischen europäischen und nationalen Strategien einbezogen.

Das Ziel der im Jahr 2000 beschlossenen **Lissabon-Strategie** besteht darin, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Im März 2005 hat die Europäische Kommission einen Neubeginn für die Strategie von Lissabon beschlossen und die Prioritäten neu gewichtet: „Europa muss seine Maßnahmen jetzt stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausrichten, um (...) die Lissabonner Ziele zu erreichen.“

Die **Kohäsionsstrategie** der Europäischen Gemeinschaft durch die große Herausforderung gekennzeichnet, die Balance zwischen zwei Zielsetzungen herzustellen: Die Erweiterung der EU führte zu einem starken Anstieg der Disparitäten in der Union mit den entsprechenden Anforderungen an die Kohäsionspolitik. Gleichzeitig gilt es im Sinne der Lissabon-Strategie, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Länder und Regionen zu erhalten und zu verbessern. Dieser Herausforderung soll durch drei Leitlinien begegnet werden:

- *Die Stärkung der Anziehungskraft Europas und seiner Regionen für Investoren und Arbeitskräfte.* Diese Leitlinie soll durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, durch mehr Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum und durch den verringerten Einsatz herkömmlicher Energieträger umgesetzt werden.
- *Förderung von Wissen und Innovation für Wachstum.* Umsetzungsbereiche sind steigende Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Erleichterung von Innovationen und unternehmerischer Initiative, die Förderung der Informationsgesellschaft und ein besserer Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen.
- *Mehr und bessere Arbeitsplätze.* Schwerpunkte sollen hier ein höheres Beschäftigungsniveau, die verbesserte Anpassungsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen und Investitionen in das Humankapital sein.

Als Hauptziele der Kohäsionspolitik in Städten werden die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine ausgewogene Entwicklung im Vergleich zu den wirtschaftlich stärksten Städten gesetzt. Dabei soll städtespezifischen Problemen im Rahmen von partizipativen, integrierten Entwicklungsstrategien Rechnung getragen werden.

Der **Nationale Strategische Rahmenplan** hat für das Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sechs thematische Prioritäten entwickelt. Die Prioritäten, die sich auf den EFRE beziehen, sind:

- die Förderung einer wissensbasierten, innovationsorientierten Entwicklung,
- die Stärkung der unternehmerischen Basis und
- der Abbau regionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer regionaler Potenziale durch nachhaltige Regionalentwicklung.

Das Operationelle Programm greift diese Prioritäten auf. Eine Ausnahme stellen bestimmte Ansatzpunkte in der dritten thematischen Priorität dar. Für den Stadtstaat Berlin ist eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung besonders wichtig. Dieses Ziel wird daher direkt in den strategischen Zielkatalog integriert. Im NSRP ist die nachhaltige Stadtentwicklung als Querschnittsziel definiert.

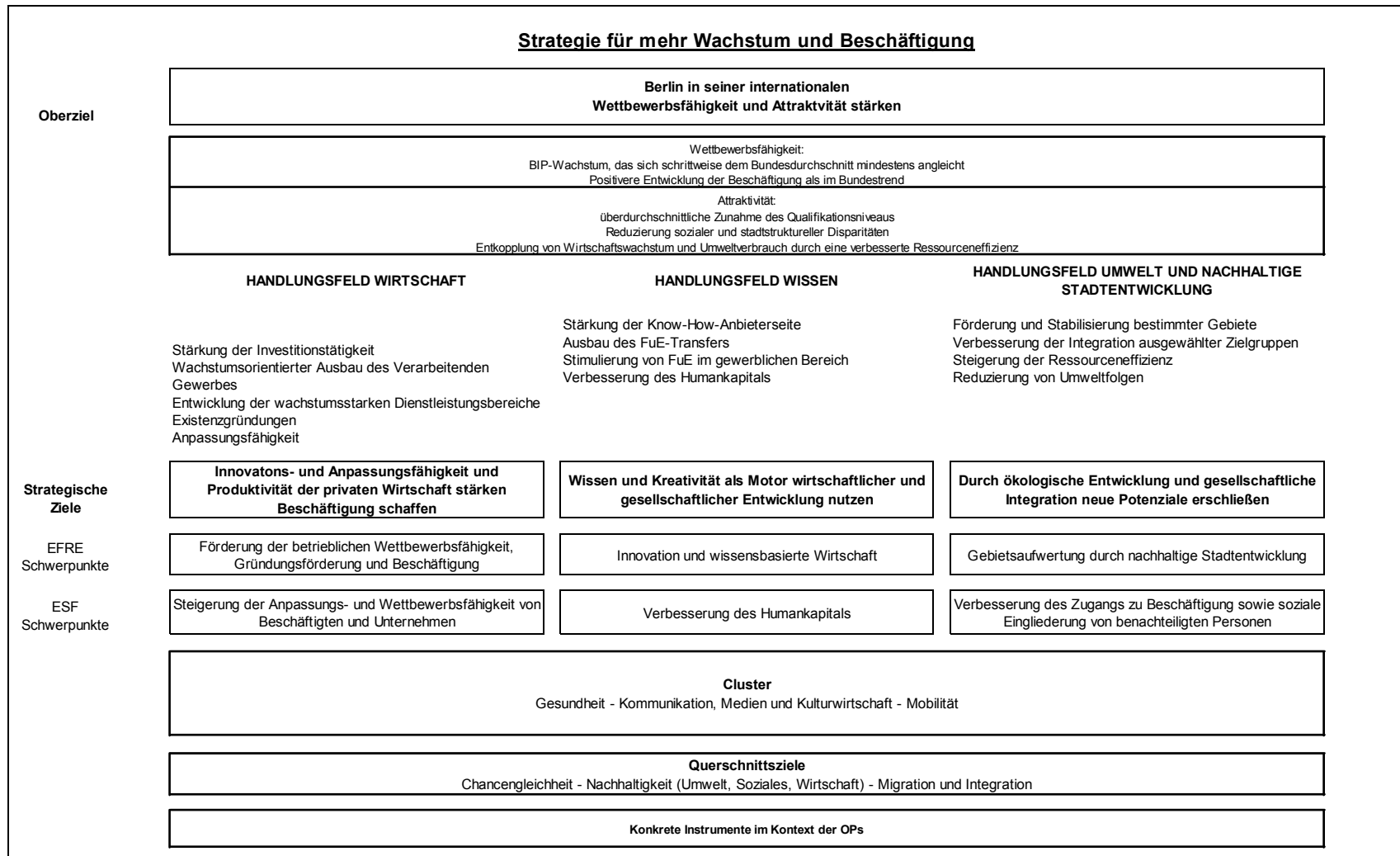
Für das Operationelle Programm ergibt sich aus den genannten strategischen Vorgaben vor allem, dass die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft einen hohen Stellenwert haben sollte. Als zentraler Ansatzpunkt wird hier sowohl durch die Lissabon-Strategie als auch durch die Kohäsionsstrategie die Unterstützung der Innovationsfähigkeit und Innovationstätigkeit von Unternehmen vorgegeben. Dies deckt sich mit den oben skizzierten Entwicklungsmöglichkeiten und Ansatzpunkten der urbanen Ökonomie Berlins.

3.2 Die Berliner Gesamtstrategie für den Einsatz der Strukturfonds

Um einen kohärenten, mit der Landespolitik abgestimmten Strategieansatz zu gewährleisten und um einen integrierten Einsatz von ESF und EFRE zu sichern, ist vom Land Berlin eine Gesamtstrategie zum Einsatz der EFRE- und der ESF-Förderung entwickelt worden. Diese berücksichtigt die strategischen Leitlinien der Europäischen Gemeinschaft und den NSRP der Bundesrepublik Deutschland und steckt den Rahmen und den Einsatzbereich der beiden Fonds ab.

Grundlage der „Gesamtstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist die Analyse der sozio-ökonomischen Lage in Berlin einschließlich eines Metropolenvergleichs. Im Komplementarität zu anderen regionalpolitischen Strategien des Landes wurde hieraus ein Zielsystem abgeleitet (vgl. Abbildung 3.1). Oberziel der Gesamtstrategie ist, **„Berlin in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität stärken“**. Zur Umsetzung der Gesamtstrategie wurden die drei Handlungsfelder „Wirtschaft“, „Wissen“ und „Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung“ bestimmt. In allen drei Handlungsfeldern kommen sowohl der ESF wie auch der EFRE zum Einsatz.

Abbildung 3.1: Berliner Gesamtstrategie für mehr Wachstum und Beschäftigung - Strategie für die EFRE- und ESF-Förderung in Berlin 2007 bis 2013



1. Zentraler Faktor für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Berlins sind wettbewerbs- und anpassungsfähige Unternehmen. Ständiger struktureller Wandel und internationaler Wettbewerb erfordern stetige Reaktionen und Innovationen der Unternehmen, um dauerhaft erfolgreich auf dem Markt agieren zu können. Erstes strategisches Ziel ist es daher, die Innovations- und Anpassungsfähigkeit und die Produktivität der privaten Wirtschaft zu stärken und so Beschäftigung zu schaffen. Der Schwerpunkt des Einsatzes der EFRE-Mittel liegt dabei bei der Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und der Gründungsförderung.
2. Ein bedeutende Stärke der Stadt sind die Wissens- und Innovationspotenziale. Zweiter zentraler Ansatzpunkt der Gesamtstrategie ist die Nutzung dieser Potenziale für die Förderung von Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Ziel ist es, Wissen und Kreativität als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu nutzen. Der EFRE setzt in diesem Handlungsfeld einen Schwerpunkt auf die Förderung von der Innovationsfähigkeit und der wissensbasierte Wirtschaft.
3. Der Erfolg der Berliner Wirtschaft hängt auch davon ab, wie auf lokaler Ebene Entwicklungspotenziale aktiviert werden können und wie sozialen Disparitäten entgegen gewirkt werden kann. Mit diesem Handlungsfeld wird den besonderen Strukturen Berlins als Metropole Rechnung getragen. Die Mittel der Europäischen Strukturfonds sollen dazu genutzt werden, die Defizite in der Stadtentwicklung auszugleichen, sozialer Ausgrenzung entgegen zu wirken und die Umweltsituation zu verbessern. Damit wird ein deutlicher Beitrag zur Erhöhung der Standortattraktivität Berlins geleistet. Das Operationelle Programm des EFRE strebt in diesem Rahmen eine integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung an.

Neben diese strategischen Handlungsfeld stellt die Gesamtstrategie die Querschnittsziele „Chancengleichheit“, „Nachhaltigkeit“ und „Migration und Integration“ Diese Querschnittsziele werden auch durch das EFRE-Programm umgesetzt.

3.3 Die Entwicklungsstrategie des Operationellen Programms

Die Strategie des Operationellen Programms leitet sich aus den bestehenden Entwicklungschancen und –defiziten ab, ordnet sich in die oben skizzierten strukturpolitischen Bezugsrahmen ein und folgt grundsätzlichen regionalökonomischen Kausalitäten. Daraus ergibt sich die übergeordnete strategische Ausrichtung des Programms, die im Folgenden erläutert wird.

Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen stärken

Zusätzliche Einkommen und zusätzliche Beschäftigung entstehen dauerhaft nur in bestehenden und neuen Unternehmen. Diese müssen verschiedene Herausforderungen bewältigen – insbesondere müssen sie sich in einem verschärften internationalen Wettbewerb und einem beschleunigten Strukturwandel behaupten.

Zentrale Voraussetzung für eine dynamische Entwicklung der Region ist daher die Wettbewerbsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen. Durch das Operationelle Programm soll das Reaktionsvermögen kleiner und mittlerer Unternehmen erhöht werden: ihre Möglichkeiten, Wettbewerbspositionen zu verbessern und sich an den Strukturwandel und marktliche Veränderungen anzupassen. Dabei spielt die Unterstützung von Innovationsprozessen eine zentrale Rolle.

Der Einsatz der Strukturfondsmittel konzentriert sich auf kleine und mittlere Unternehmen. Dies ergibt sich aus der regionalen Wirtschaftsstruktur, aus den Größennachteilen dieser Unternehmen und aus der besonderen Bedeutung der KMU für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Partiiell sind dazu auch spezifische Nachteile in den infrastrukturellen Rahmenbedingungen der Stadt auszugleichen.

Innovationsfähigkeit verbessern

Zentraler Bestimmungsfaktor für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft ist die zunehmende Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Dies gilt verstärkt für urbane Ökonomien in Agglomerationsräumen. In der internationalen und interregionalen Arbeitsteilung liegen die komparativen Vorteile von diesen Ökonomien bei wertschöpfungs- und wissensintensiven Gütern und Dienstleistungen. Die Wettbewerbsvorteile entstehen dabei durch hohe Wissens- und Technologieintensität, hohe Dienstleistungsanteile und hohe Qualitätsstandards. Eine spezifische Stärke deutscher Unternehmen ist dabei die ständige Anpassung und Verbesserung hochwertiger Produkte und Verfahren bei vergleichsweise hoher Anwendungs- und Kundenorientierung (inkrementelle Innovationen, Problemlösungen).

Um die Wettbewerbsfähigkeit und das Reaktionsvermögen der Unternehmen am Markt zu erhalten und auszubauen, sind Innovationen - die Umsetzung von neuem Wissen und neuen Technologien in marktfähige Produkte, neue Verfahren, organisatorische Verbesserungen und angepasste Problemlösungen - von zentraler Bedeutung. Die Anwendung von neuem und weiterentwickelten Wissen und Technologien führt zu neuen Produkten, höheren Qualitäten und ermöglicht die kontinuierliche Verbesserung von Produkten und Verfahren. Insbesondere für den Stadtstaat Berlin mit seiner hohen

Integration in die internationale Arbeitsteilung und seinem national und international hohem Lohnniveau ist die permanente Innovationstätigkeit wesentlicher Bestimmungsfaktor für die zukünftige Entwicklung. Damit werden auch die Unterstützung regionaler Innovationsprozesse und der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu einer grundlegenden strategischen Orientierung.

Gleichzeitig bestehen in Berlin mit einem hohen Anteil von qualifizierten Beschäftigten, den FuE-Kapazitäten im Dienstleistungssektor und der Vielzahl von Forschungseinrichtungen sehr gute Potenziale für eine wissens- und innovationsbasierte Entwicklung. Diese Stärken und Chancen sollen gezielt für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung genutzt werden.

Cluster und Kompetenzfelder stärken

Die Berliner Gesamtstrategie für die Förderpolitik greift gezielt die Stärken der Stadt auf, um daraus Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln. Einen Ansatzpunkt hierfür bieten diejenigen Cluster, in denen Berlin besonderes Potenzial hat: Gesundheit Kommunikation, Medien und Kulturwirtschaft sowie Mobilität. Diese Cluster finden sich in allen Handlungsfeldern wieder. Den technologischen Kern der verschiedenen Cluster bilden spezifische Berliner Kompetenzfelder (Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehrssystemtechnik und optische Technologien als Querschnittstechnologie). Sie zu fördern ist auch ein zentrales Anliegen der Berliner Kompetenzfeldstrategie¹⁸. Insbesondere mit Blick auf die Innovationsförderung, aber auch für die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wurden diejenigen Technologiefelder identifiziert, in denen Berlin besondere Potentiale hinsichtlich der erfolgreichen Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft besitzt. Daneben besitzen das Zukunftsfeld Kulturwirtschaft, Kultur und Tourismus sowie verschiedene Bereiche der Umweltwirtschaft besondere Potentiale im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung.

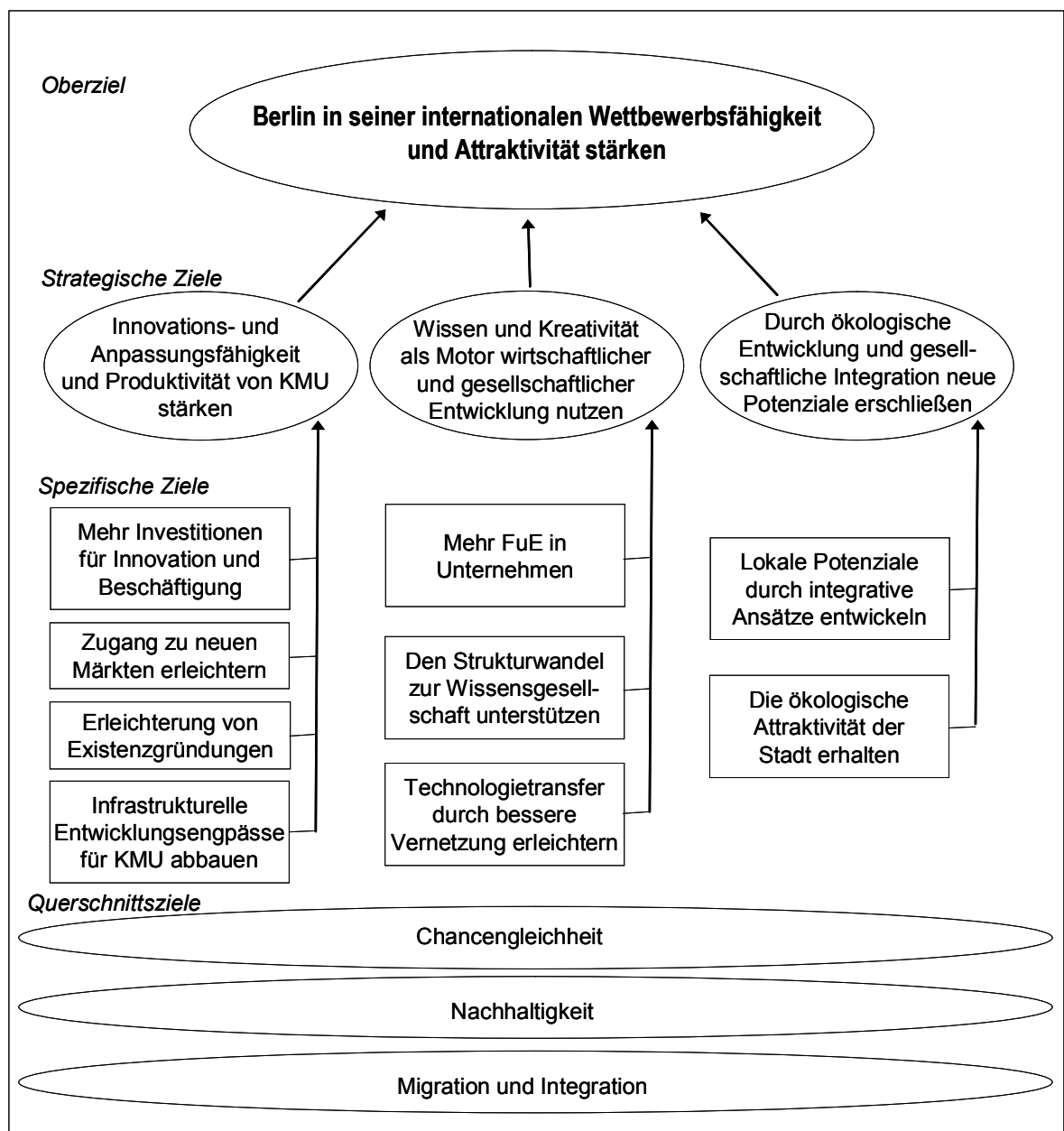
3.4 Das Zielsystem des Operationellen Programms

Die Entwicklungsstrategie konkretisiert sich im Zielsystem mit dem Oberziel, den strategischen Zielen und den spezifischen Zielen (vgl. Abb. 3.2). Diese Ziele werden ergänzt durch die Querschnittsziele des Programms, die in allen Prioritätsachsen handlungsleitend berücksichtigt werden.

¹⁸ Die Definition der Kompetenzfelder ist im Rahmen der „Kohärenten Innovationsstrategie“ vorgenommen worden. Sie basiert auf Diskussionen, die Ende der neunziger Jahre in die RITTS Berlin-Studien mündeten.

Vorrangige Intention des Programms ist es, Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu geben. Hauptziel der Wirtschaftspolitik und der Gesamtstrategie des Landes ist die dauerhafte Steigerung des Einkommens- und Beschäftigungsniveaus. Der zentrale Ansatzpunkt hierzu ist im EFRE-Programm die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Stadt. Unternehmen und Stadt als Wirtschaftsstandort müssen sich in einem verschärften Wettbewerb (Globalisierung, Liberalisierung der Märkte, EU-Osterweiterung), der zunehmend international orientiert ist, behaupten.

Abbildung 3.2: Zielsystem des Operationellen Programms



Oberziel des vorliegenden Programms ist daher die **Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität Berlins**. Diese Zielsetzung leitet sich direkt aus der Gesamtstrategie des Landes zum Einsatz der Strukturfonds ab und entspricht den regionalwirtschaftlichen Notwendigkeiten in der Stadt.

Das Operationelle Programm setzt dabei an den Hebeln an, die aufgrund der sozioökonomischen Ausgangssituation, der gegebenen politischen Rahmenbedingungen und der regionalwirtschaftlichen Kausalitäten die größten Wirkungen im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft haben. Es ergeben sich drei *strategische Ziele*, die die prioritären Handlungsfelder der Förderung beschreiben. Die Ziele entsprechen den strategischen Zielen der Berliner Gesamtstrategie für die Strukturfonds.

Die strategischen Ziele des vorliegenden Programms entsprechen auch den strategischen Zielen des Nationalen Strategischen Rahmenplans (NSRP), soweit sie den EFRE betreffen.¹⁹ Dabei ist das erste Ziel des nationalen Rahmenplans („Innovation und Ausbau der Wissensgesellschaft sowie Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft“) in Berlin in zwei strategische Ziele ausdifferenziert worden. Die Prioritätenachsen des Programms entsprechen den ersten drei „Thematischen Prioritäten“ des NSRP. Auch die Ansatzpunkte der Umsetzung überschneiden sich weitgehend mit den geplanten Aktionen des Operationellen Programms für den EFRE in Berlin.

Die Umsetzung der strategischen Ziele erfolgt in drei Prioritätsachsen (vgl. Abb. 3). Diese Prioritätsachsen umfassen mehrere Aktionsbereiche, für die jeweils ein *spezifisches Ziel* bestimmt wurde. Die spezifischen Ziele ergeben sich aus den oben ermittelten Entwicklungschancen und –hemmnissen Berlins.

¹⁹ Vgl. Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013 vom 27.9.2006, S. 75ff.

Abbildung 3: Ziele und Handlungsebenen des Operationellen Programms

Oberziel: Berlin in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität stärken		
Strategisches Ziel: Innovations- und Anpassungs- fähigkeit und Produktivität der KMU stärken Prioritätsachse 1: Förderung der betrieblichen Wettbe- werbsfähigkeit und von Gründungen	Strategisches Ziel: Wissen und Kreativität als Motor wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung nutzen Prioritätsachse 2: Innovation und wissensbasierte Wirtschaft	Strategisches Ziel: Durch ökologische Entwicklung und gesellschaftliche Integration neue Potenziale erschließen Prioritätsachse 3: Integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung
Spezifisches Ziel: Mehr Investitionen für Innovation und Beschäftigung Aktionsbereich Investitionen und Produktivität	Spezifisches Ziel: Mehr FuE in Unternehmen Aktionsbereich Innovations- und Technologieförderung	Spezifisches Ziel: Lokale Potenziale durch integrative Ansätze entwickeln Aktionsbereich Integrierte Stadtentwicklung
Spezifisches Ziel: Erleichterung von Existenzgründungen Aktionsbereich 1.2: Gründungsförderung	Spezifisches Ziel: Den Strukturwandel zur Wissengesellschaft unterstützen Aktionsbereich Förderung der Informations- und Wissengesellschaft	Spezifisches Ziel: Die ökologische Attraktivität der Stadt erhalten Aktionsbereich Nachhaltige Stadtentwicklung
Spezifisches Ziel: Zugang zu neuen Märkten erleichtern Aktionsbereich Markterschließung und internationale Orientierung	Spezifisches Ziel: Den Technologietransfer durch eine bessere Vernetzung erleichtern Aktionsbereich Förderung des Technologietransfer	
Spezifisches Ziel: Infrastrukturelle Entwicklungs- engpässe für KMU abbauen Aktionsbereich Wirtschaftsnahe Infrastrukturen		

Die Prioritätsachsen und Aktionsbereiche des Programms werden im nächsten Kapitel beschrieben und inhaltlich begründet. Dabei werden die spezifischen Ziele auch mit Ergebnisindikatoren belegt und quantifiziert (vgl. Kap. 4).

4. Die Prioritätsachsen und ihre spezifischen Ziele

Zur Umsetzung des Programms wurden drei Prioritätsachsen mit jeweils spezifischen Zielen bestimmt. Diese konkretisieren den Beitrag des Operationellen Programms zu den strategischen Zielen und dem Oberziel.

Zur Beschreibung und Quantifizierung der spezifischen Ziele sind Ergebnisindikatoren gemäß Art. 37 Allg. VO ausgewählt worden. Diese sind in Abbildung 4.1 zusammen mit den strategischen und spezifischen Zielen und der Quantifizierung dargestellt.²⁰ Die Indikatoren werden in der Beschreibung der Prioritätenachse weiter erläutert.

Für alle Prioritätsachsen sind die internationale Ausrichtung und die Integration in die europäische Gemeinschaft wichtige Orientierungen. Ein verstärkter Erfahrungsaustausch, die gemeinsame Entwicklung von Problemlösungen und gemeinschaftliche Lernprozesse der strukturpolitischen Akteure werden daher in Zukunft weiter forciert werden. Die interregionale Zusammenarbeit wird dabei nicht in einer spezifischen Aktion umgesetzt. Vielmehr wird die Beteiligung Berliner Akteure an transnationalen und interregionalen Kooperationen als horizontale Aufgabe für alle Aktionsbereiche verstanden.

Im Folgenden werden die Prioritätsachsen mit ihren spezifischen Zielen und Aktionsbereichen dargestellt.

²⁰ Das gesamte Indikatorensystem wird im Abschnitt zum Verwaltungs- und Kontrollsystem dargestellt. Es umfasst Programmindikatoren zur Beobachtung des Gesamtprogramms und des Programmumfelds, die genannten Ergebnisindikatoren, die allgemeinen Finanzindikatoren und maßnahmespezifische Indikatoren zur internen Berichterstattung und zur Steuerung der einzelnen Aktionen. Die Programmindikatoren umfassen auch die für Berlin relevanten Hauptindikatoren.

Abbildung 4.1: Prioritätsachsen, spezifische Ziele und Indikatoren

Prioritätsachsen	Spezifische Ziele	Aktionsbereiche	Indikatoren	Quantifizierung
Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und von Gründungen	Mehr Investitionen für Innovation und Produktivität	Investitionen und Produktivität	▪ Induziertes Investitionsvolumen ▪ Geschaffene Arbeitsplätze (brutto)	(folgt)
	Erleichterung von Existenzgründungen	Gründungs-förderung	▪ Zahl der Existenzgründungen ▪ Überlebensrate nach 3 Jahren	(folgt)
	Zugang zu neuen Märkten erleichtern	Markterschließung u. internationale Orientierung	▪ Zahl der Unternehmen mit Markterschließungsprojekten	(folgt)
	Infrastrukturelle Entwicklungsengpässe für KMU abbauen	Wirtschaftsnahe Infrastrukturen	▪ Geschaffene Dienstleistungsflächen in TGZ	(folgt)
Innovation und wissensbasierte Wirtschaft	Mehr FuE in Unternehmen	Innovations- und Technologie-förderung	▪ Zahl der FuE-Projekte (Einzel und Verbund) und Beteiligungsfälle ▪ Investitionsvolumen nach Technologiefeldern	(folgt)
	Strukturwandel zur Wissensgesellschaft unterstützen	Förderung der Informations- und Wissensgesellschaft	▪ Zahl der Nutzer neuer digitaler Angebote	(folgt)
	Technologietransfer durch eine bessere Vernetzung erleichtern	Innovationsnetzwerke und Technologietransfer	▪ Zahl der beteiligten Akteure, darunter Unternehmen	(folgt)
Integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung	Lokale Potenziale durch integrative Ansätze entwickeln	Integrierte Stadtentwicklung	▪ Soziale und stadtstrukturelle Disparitäten ▪ Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen ▪ Arbeitslosigkeit bei Migranten ▪ Zahl der geförderten Kultureinrichtungen ▪ Geschaffene Arbeitsplätze (brutto)	(folgt)
	Die ökologische Attraktivität der Stadt erhalten	Nachhaltige Stadtentwicklung	▪ Schadstoffeinträge in Oberflächengewässer ▪ Energieintensität	(folgt)

4.1 Prioritätsachse 1: Förderung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit und von Gründungen

Das erste strategische Ziel des Programms stellt die Entwicklung von KMU und Gründungen in den Vordergrund. Das Wachstum bestehender KMU und neu gegründeten führt direkt zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen und zu zusätzlichen Einkommen in der Region. Die Prioritätenachse dient damit direkt der Verbesserung der problematischen ökonomischen Situation des Landes. Sein Beitrag ergibt sich auch aus der Bedeutung für die Umsetzung von Innovationen: Mit betrieblichen Investitionen und Gründungen sind Neuerungen bei Produkten, Prozessen und Problemlösungen verbunden. Sie stellen die eigentliche Umsetzung von neuen Ideen in marktgängige Produkte dar.

Die strategischen Ansatzpunkte der Prioritätsachse leiten sich aus der spezifischen Ausgangssituation in Berlin her und sind in Abbildung 4.2 kurz skizziert. Auf die einzelnen Stärken und Schwächen und die resultierenden Handlungsansätze wird in den folgenden Abschnitten genauer eingegangen.

Abbildung 4.2: Strategische Handlungsansätze in Prioritätsachse 1

	Stärke oder Schwäche?	Strategische Handlungsansätze
Produktivität		Private Investitionen und Beratung von KMU
Kapitalausstattung		
Bauten		(punktuell: Infrastrukturen)
Ausrüstungen		Private Investitionen
Investitionsquote		Private Investitionen
Exporte		Markterschließung
Wirtschaftsstruktur		Private Investitionen in Industrie und unternehmensnahen Dienstleistungen
Gründungsgeschehen		Existenzgründungen
Wirtschaftsnahe Infrastruktur		Schwachstellen beseitigen

Ansatzpunkte der Prioritätenachse sind die zentralen Stärken und Schwächen, die die Situationsanalyse ergeben haben. Hinsichtlich der Verbesserung von Reaktionsvermögen und Wettbewerbsfähigkeit von KMU (Handlungsfeld Wirtschaft) sind hier vor allem die

niedrige Produktivität und die Kapitalausstattung - besonders bei den Ausrüstungen – und damit verbunden die Investitionstätigkeit zu nennen. Des Weiteren sind die Exporttätigkeit und das Gründungsgeschehen nicht ausreichend ausgeprägt, um eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Im Folgenden werden die einzelnen Aktionsbereiche der ersten Prioritätsachse begründet, die zugehörigen Indikatoren erläutert und der Beitrag zu den Leitlinien der Gemeinschaft dargestellt.

4.1.1 Investitionen für eine höhere Produktivität und mehr Innovationen

Als ein spezifisches Ziel des Operationellen Programms wurde die Erhöhung der Investitionstätigkeit zur Verbesserung der Produktivität der regionalen Wirtschaft und zur Umsetzung von Innovationen bestimmt (vgl. Abbildung 2). Dieses spezifische Ziel soll vor allem durch den ersten Aktionsbereich des Programms umgesetzt werden.

Die Situationsanalyse hat als ein Hemmnis für eine dynamische Entwicklung der Berliner KMU die geringe Produktivität und die Investitionsschwäche identifiziert. Die geringe Produktivität führt im Zusammenspiel mit dem Lohnniveau u.a. zu relativ hohen Lohnstückkosten und damit zu Nachteilen im Kostenwettbewerb.

Die Produktivitätsentwicklung und die Anteile von FuE-intensiven Unternehmen in der Industrie zeigen, dass Modernisierungsprozesse in Gang gesetzt wurden und teilweise erfolgreich sind. Das Niveau der Produktivität und insbesondere die Beschäftigungsentwicklung zeigen aber auch, dass eine Konsolidierung bisher nicht erreicht wurde. Die Anpassungsprozesse an den Strukturwandel sind nicht vollständig abgeschlossen.²¹ Dies ist insbesondere auf die zu geringe Investitionstätigkeit in der jüngeren und mittleren Vergangenheit zurückzuführen.

Die vergleichsweise niedrige Investitionstätigkeit beschränkt zudem die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Grundvoraussetzung für die Umsetzung von Innovationen und prozessualen und organisatorischen Verbesserungen sind ein moderner Kapitalstock und kontinuierliche betriebliche Investitionen. Da Investitionen und Innovationen in der betrieblichen Realität eng gekoppelt sind, wird mit der Unterstützung von betrieblichen Investitionen auch ein wichtiger Beitrag zur Steigerung der Innovationsdynamik geleistet.

²¹ Die umsatzstärkste Berliner Industriebranche ist weiterhin das Ernährungsgewerbe (einschl. Tabakverarbeitung).

Die Wirtschaftsstruktur der Stadt ist geprägt durch einen geringen Anteil des industriellen Sektors und der unternehmensnahen Dienstleistungen. Letztere liegen zwar über dem Bundesdurchschnitt, sind aber für eine Großstadt unzureichend ausgeprägt. Die Industrie verliert durchgängig an Beschäftigung. Dies ist vor allem auf die starken Umbrüche nach der Vereinigung und die steigende internationale Konkurrenz für die im Laufe der siebziger und achtziger Jahre entstandenen „verlängerten Werkbänke“ zurückzuführen. Die Struktur der Berliner Industrie, in welcher der einfache Fertigungsbereich etwa die Hälfte der Arbeitsplätze ausmacht, ist ein wesentlicher Grund für die geringe Produktivität.²²

Im Ostteil der Stadt hat sich der Anpassungsprozess vor allem über Neugründungen vollzogen. Der Anteil von jungen – und daher kleinen - Unternehmen ist hier relativ hoch. Grundsätzlich sind die Wachstumspotenziale von kleinen und mittleren Unternehmen größer als die von Großunternehmen – insbesondere was die Schaffung von Arbeitsplätzen angeht. Gerade in kleinen und jungen Unternehmen sind aber auch die Möglichkeiten, diese Potenziale zu nutzen deutlich eingeschränkter. Insbesondere bestehen größenbedingte Nachteile hinsichtlich der Finanzierung und Besicherung von Wachstumsprozessen, im Zugang zu neuen Märkten, bei Liquiditätsengpässen und bei einer kontinuierlichen FuE.

Um die skizzierten Anpassungsprozesse zu unterstützen, ist die Investitionstätigkeit der Unternehmen zu stärken und sind die größenbedingten Nachteile in den Wachstumsprozessen von KMU auszugleichen. Der zentrale Hebel zur Umsetzung des ersten spezifischen Ziels ist somit die Unterstützung von betrieblichen Investitionen und von Wachstumsprozessen in KMU. Angesichts der bestehenden strukturellen Schräglage in Berlin und der strukturpolitischen Bedeutung werden Investitionen und Wachstumsprozesse ganz überwiegend im Verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen unterstützt.

Als Instrumente werden hier u.a. die einzelbetriebliche Investitionsförderung nach der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Unterstützung revolvierender Fonds zur Erleichterung der Fremdfinanzierung von Wachstumsprozessen in KMU und bei Gründungen eingesetzt. Grundsätzlich ist hier die Beteiligung an der JEREMIE-Initiative möglich, der Einsatz entsprechender Finanzinstrumente wird geprüft. Ergänzend ist die Beratung von Unternehmen zur Entwicklung unternehmerischer Wachstumspotenziale vorgesehen.

²² Vgl. Bankgesellschaft Berlin (2003): RegionalReport.

Private Investitionen sind ein zentraler Bestimmungsfaktor der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigungssituation. Gleichzeitig bestehen hier in Berlin substanzielle, kontinuierliche Schwächen, die eine dynamische Entwicklung blockieren. Deshalb liegt innerhalb der ersten Prioritätenachse und innerhalb des gesamten Programms ein besonderes Gewicht in diesem Aktionsbereichs: Mehr als die Hälfte der Mittel der ersten Achse werden hier eingesetzt.

4.1.2 Förderung von Neugründungen für Innovationen und strukturelle Modernisierung

Ein weiteres spezifisches Ziel des Operationellen Programms ist die Steigerung der Unternehmensgründungen und die Verbesserung der Erfolgchancen von Neugründungen.

Im permanenten Strukturwandel werden Arbeit und Kapital aus reifen und weniger rentablen Märkten auf Wachstumsmärkte umgeleitet. Einerseits geschieht dies durch Anpassungen in Unternehmen, andererseits durch Schließung alter und die Gründung neuer Unternehmen.²³ Neugründungen stehen dabei vor der Aufgabe, sich Nischen und neuartige Produktfelder zu erschließen. Sie führen so zur Generierung, Adoption und Diffusion von Wissen, neuen Technologien und spezifischen Problemlösungen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht leisten sie daher einen besonderen Beitrag bei der Umsetzung von Innovationen, bei der Erschließung von möglichen Wachstumsmärkten und zur Modernisierung der gesamten Wirtschaft.

Die Gründungsförderung ist somit vor allem aus zwei Gründen wichtig: zum einen wird Ausscheiden von Unternehmen ausgeglichen, zum anderen wird die Innovationsfähigkeit gestärkt. Insgesamt ermöglicht eine hohe Gründungsaktivität es, an den zukünftigen Wachstumsmärkten zu partizipieren.

In Berlin war die Gründungsintensität der erwerbsfähigen Personen in der Vergangenheit stärker ausgeprägt als in den westdeutschen (Flächen-)Ländern, lag aber leicht unter dem Niveau der deutschen Großstädte. Problematisch ist vor allem die Struktur der Gründungstätigkeit: Lediglich im Bereich der konsumnahen Dienstleistungen hat sich das Gründungsgeschehen in Berlin gut entwickelt. In den für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Sparten der technologie- und wissensintensiven Gründungen bleibt die Dynamik dagegen hinter den anderen Städten (Dienstleistungen) bzw. auch hinter den ost- und westdeutschen Flächenländern (Industrie) zurück.

²³ Die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit bestehender Unternehmen im Strukturwandel und an die Umbrüche der neunziger Jahre ist Gegenstand des ersten Aktionsbereichs des Programms.

Grundsätzlich sind der Stadt dabei gute Potenziale für eine hohe Gründungsdynamik zu konstatieren:

- Berlin verfügt über einen hohen Anteil an hoch qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere an Studierenden und Absolventen. Damit besteht eine breite Basis für Gründungen.
- Eine strukturpolitisch wichtige Zielgruppe stellt die große Zahl von FuE-Beschäftigten an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dar (technologie- und wissensintensiven Gründungen).
- Die Ausstattung mit Know-How-Anbietern ist durch die Universitäten und Forschungseinrichtungen sehr gut ausgeprägt.
- Als Großstadt und Hauptstadt verfügt Berlin über die entsprechenden Agglomerationsvorteile bei Verkehrsanbindung, Telekommunikation, Arbeitsmarkt, Kooperationsmöglichkeiten, Interaktionsdichte usw.
- Der hohe Anteil von Selbständigen deutet zudem auf ein gutes Gründungsklima und eine ausgeprägte „Kultur der Selbständigkeit“ hin.

Entwicklungsengpässe für eine höhere Gründungsintensität liegen u.a. in der oft nur geringen Eigenkapitaldecke und den daraus resultierenden beschränkten Möglichkeiten, Sicherheiten zu stellen. Gründungen sind zudem dadurch charakterisiert, dass echte Unsicherheit – hinsichtlich der technologischen Entwicklung, der Marktentwicklung oder der Rahmenbedingungen – besteht. Dies verschlechtert die Finanzierungsmöglichkeiten. Außerdem sind die betriebswirtschaftlichen Kompetenzen bei Gründern aus den technischen, naturwissenschaftlichen und kreativen Bereichen oft unzureichend. Insgesamt besteht sowohl ein Bedarf an orientierenden und qualifizierenden Beratungen wie auch an einer einfachen Finanzierung der ersten geschäftlichen Schritte und der grundlegenden Investitionen.

Um die Hindernisse im Gründungsprozess zu bewältigen, sollen gezielte Hilfestellungen gegeben werden. Die Maßnahmen des zweiten Aktionsbereichs setzen dabei vor allem bei den Finanzierungsproblemen von Gründungen (Eigenkapital, Darlehen, Kapitalkosten) an. So werden z.B. besicherungsfreie Darlehen oder direkte Zuschüsse an Existenzgründer (Existenzgründungsdarlehen) aus verschiedenen Zielgruppen vergeben. Die Förderung ist teilweise an die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen gebunden.

Die Maßnahmen werden durch die beratenden und qualifizierenden Maßnahmen im Operationellen Programm des ESF sowie zielgruppenspezifisch in der integrierten Stadtentwicklung unterstützt. Für Gründungen im Hochtechnologiebereich sind zudem spezifische Maßnahmen im Rahmen der zweiten Prioritätsachse vorgesehen.

4.1.3 Unterstützung der Markterschließung und Stärkung der internationalen Orientierung

Das dritte spezifische Ziel des Operationellen Programms ist die Ausweitung der Exporte der Berliner Unternehmen und ihre verstärkte internationalen Orientierung. Durch den dritten Aktionsbereich der Achse soll dazu vor allem die erstmalige Erschließung von neuen Märkten im Ausland gefördert werden. Zudem sollen die Grundlagen für internationale Kooperationen von KMU und verbessert werden.

Exporte von Gütern und Dienstleistungen führen direkt und durch die wirtschaftlichen Verflechtungen der exportierenden Unternehmen zu zusätzlichen Einkommen in der Region. Gerade bei einer schwachen Binnenentwicklung sind Exporte ein wichtiger Impulsgeber für eine wirtschaftliche Expansion und die Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen.

Angesichts der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung wird die Einbindung in überregionale und internationale Wirtschaftskreisläufe immer wichtiger. Über den Kontakt zu international wettbewerbsfähigen Abnehmern und die Einbindung in Innovationsnetzwerke wird der „state-of-the-art“ vermittelt und wichtige Impulse für Problemlösungen und Innovationen gegeben.

In Berlin sind die Ausfuhren und Handelsbilanzüberschüsse im Niveau unterdurchschnittlich und haben sich relativ wenig dynamisch entwickelt. Die Exportquote der Industrie lag 2005 mit gut 30% deutlich unter der westdeutschen Quote (gut 42%). Bei der Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe besteht somit ein erheblicher Rückstand.

Die Schaffung von neuen Kontakten in etablierten Märkten und ein erstmaliger Markteintritt sind mit hohen Kosten und unsicheren Erträgen verbunden. Die Etablierung von Geschäftsbeziehungen und Kooperationen ist gerade im Auslandsgeschäft eine längerfristige Aufgabe. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben hier größenbedingte Nachteile. Berliner Unternehmen sind darüber hinaus immer noch durch die historisch bedingte Entwertung langfristig gewachsener Auslandskontakte und internationaler Netzwerke benachteiligt.

Gleichzeitig bietet Berlin als europäische Metropole gute Möglichkeiten für die Integration auch von KMU in internationale Wertschöpfungsketten. Dazu zählen die geographische Lage im Zentrum Europas und der erweiterten Europäischen Union, die Agglomerationsvorteile hinsichtlich der Einbindung in transeuropäische und globale Verkehrsnetze, die Verfügbarkeit von qualifizierten, oft internationalen Arbeitskräften, aber auch die Weltoffenheit und internationale Prägung der Stadt.

Aufgrund der regionalen Nähe und der schon bestehenden Verflechtungen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern stellen diese Wirtschaftsräume ein besonderes Potenzial für die Erschließung von neuen Märkten da. Die gezielte Unterstützung von Kooperationen in diese Märkte stellt daher einen Schwerpunkt des Aktionsbereichs dar. So wird u.a. die erstmalige Erschließung eines neuen Absatzmarktes durch die Unterstützung von Messeauftritten gefördert. Ein anderer inhaltlicher Schwerpunkt ist die Unterstützung von technologieorientierten, innovierenden Unternehmen. Diese sollen sowohl bei ihrer Suche nach Kooperationspartnern als auch bei der frühzeitigen Erschließung von internationalen Absatzkanälen für neue Produkte unterstützt werden.

4.1.4 Abbau von Engpässen bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur

Innerhalb der ersten Prioritätsachse ist die Beseitigung infrastruktureller Entwicklungsengpässe das vierte spezifische Ziel. Auch wenn dieser Bereich keinen strategischen Schwerpunkt des Programms bildet, ist es dennoch für eine erfolgreiche Strategie für Wachstum und Beschäftigung unerlässlich, die infrastrukturellen Grundlagen zu erhalten.

Leistungsfähige Infrastrukturen beeinflussen wesentlich das langfristige regionale Wachstumspotenzial. Sie gehen als mittel- bis langfristig stabile Potenzialfaktoren komplementär zu den Produktionsfaktoren in die wirtschaftlichen Prozesse der Unternehmen ein. Sie sind damit ein Bestimmungsfaktor der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Dies gilt insbesondere für KMU, die nahezu keine Möglichkeit haben, ihr infrastrukturelles Umfeld zu gestalten. Gleichzeitig ist die infrastrukturelle Ausstattung von hoher Bedeutung für die Attraktivität der Stadt als Wirtschaftsstandort.

In Berlin ist hier inzwischen in den meisten Infrastrukturbereichen eine gute Anfangsausstattung vorhanden. Für bestimmte, hoch entwickelte Wirtschaftszweige und Technologiefelder sind über die Anfangsausstattung hinaus spezifische, attraktive Infrastrukturen Voraussetzung. Dies gilt insbesondere für die Kompetenzfelder der Berliner Wirtschaft. Des Weiteren werden durch spezifische Infrastrukturen in ausgewählten Wirtschaftsfeldern auch die Grundlagen für die weitere Entwicklung spezifischer endogene Potenziale verbessert. Die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit

von KMU wird daher durch die punktuelle und zielgerichtete Aufwertung der wirtschaftsnahen Infrastrukturen flankiert. Diese erfolgt in Bereichen mit einem hohen Technologie- und Kompetenzfeldbezug oder hohen endogenen Potenzialen.

Die infrastrukturelle Förderung innerhalb der Prioritätsachse 1 wird gezielt zur Unterstützung der Aktionsbereiche 1 bis 3 eingesetzt. Dabei wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Infrastrukturausstattung in Berlin insgesamt bereits relativ gut ist. Die Förderung wird gezielt dort eingesetzt, wo spezifische Schwachstellen bestehen oder konkrete Potenziale entwickelt werden können. Dies sind unter anderem die folgenden Bereiche:

- Die gezielte Stärkung innovationsorientierter, auch gründungsorientierte Standorte bilden den Schwerpunkt der infrastrukturellen Förderung. Da Berlin eine gute Ausstattung von Gewerbezentren hat, wird hier keine allgemeine Förderung mehr angestrebt. Allerdings wird die Landschaft der Gewerbe- und Gründerzentren insbesondere dort, wo eine Nähe zu Hochschulen besteht, gezielt weiterentwickelt. Daneben werden auch jene Standorte, die besondere Bedeutung für innovative und wissensintensive Investitionen und Gründungen haben gezielt weiterentwickelt.
- Zur Stärkung der Anpassungsfähigkeiten der bestehenden Unternehmen unterstützt dieser Aktionsbereich neben der rein infrastrukturellen Förderung auch Ansätze zur Stärkung der Kooperation zwischen Unternehmen. So werden etwa Regionalmanagements und Clusterbildung unterstützt.
- Punktuell und bei konkretem Bedarf können auch weitere infrastrukturelle Aspekte, wie etwa Investitionen in den Bereich der beruflichen Bildung, Investitionen zur Vorbereitung und Flankierung touristisch relevanter Projekte, oder gewerbestandortbezogene Infrastrukturen auch außerhalb der oben genannten wichtigen Großstandorte Eingang in die Förderung finden.

Insgesamt besteht somit die Grundausrichtung der infrastrukturellen Förderung darin, Engpässe zu beheben, durch die Entwicklungspotenziale blockiert werden. Etwa ein Drittel der Mittel der Prioritätsachse sollen hier eingesetzt werden. Strategisch ist die Förderung mit dieser Ausrichtung vor allem auf die Handlungsfelder der ersten Prioritätsachse ausgerichtet. Sie berührt aber durch die Förderung von Kompetenzfeldstandorten wie Buch und Adlershof oder die Förderung wissensorientierter Gewerbe- und Gründungszentren auch Aspekte, die im Bereich der zweiten Prioritätsachse liegen.

4.1.5 Indikatoren

Die Ergebnisse der ersten Prioritätsachse werden u.a. über die Indikatoren

- Induziertes Investitionsvolumen bei privaten Unternehmen,
- Schaffung von Arbeitsplätzen (brutto),
- Höhe der geförderten Darlehen bei KMU,
- Zahl der Unternehmen, die Markterschließungsprojekte mit Ausrichtung auf Auslandsmärkte durchgeführt haben
- Anzahl der Existenzgründungen und
- Überlebensrate der Gründungen nach drei Jahren

abgebildet. Die Liste der Indikatoren wird noch ergänzt.

4.1.6 Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm

Der erste Aktionsbereich der Prioritätenachse zielt darauf, die Produktivität der regionalen Wirtschaft zu erhöhen und Innovationen am Markt zu etablieren. Sie leistet einen direkten und deutlichen Beitrag zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Berlins und damit auch zu dem Ziel der Lissabon-Strategie – der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Union. Dabei wird sowohl ein Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsvorteile der industriellen Basis (Leitlinie 10) als auch KMU-freundlichen Gestaltung des Wirtschaftsumfelds (Strategische Leitlinie 1.2.4 „Besserer Zugang zu Finanzmitteln“, Leitlinie 15) geleistet. Über die Unterstützung von Investitionen wird zudem ein deutlicher Beitrag zur Umsetzung von neuem Wissen, Technologien in marktgängige Produkte und Prozesse (Innovationen) geleistet (1.2.2 Innovationen erleichtern und unternehmerische Initiative fördern).

Mit der Unterstützung von Wachstumsprozessen und Investitionen in KMU wird der Neuausrichtung und Konzentration der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung und der Umsetzung in den Kohäsionsleitlinien („Offensive für Vollbeschäftigung und höhere Produktivität“) gezielt Rechnung getragen.²⁴

²⁴ Die geplanten Aktionen entsprechen den Inhalten der „spezifischen Bereiche für vorrangige Maßnahmen“ des Ratsbeschlusses vom März 2006.

Gründungen erschließen neue Tätigkeitsfelder und Marktnischen und sind regelmäßig mit der Einführung von innovativen Produkten und Verfahren verbunden. Sowohl die Kohäsionsleitlinien (1.2.2 „Innovationen erleichtern und unternehmerische Initiative fördern“) als auch die Integrierten Leitlinien der Europäischen Union (Leitlinie 15: „Förderung der unternehmerischen Kultur“) fordern daher explizit die Unterstützung von Existenzgründungen. Auch die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Neubelebung der Lissabon-Strategie (März 2006) sehen in der Förderung des Unternehmergeistes einen spezifischen Bereich für vorrangige Maßnahmen.

Die Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten verbessert den Austausch von Know-how und Technologien. Die Förderung der internationalen Einbindung damit einen direkten Beitrag zu den Kohäsionsleitlinien, wenn die Forschungszusammenarbeit von KMU untereinander oder mit öffentlichen Forschungseinrichtungen unterstützt wird (Leitlinie 1.2.2). Der Aktionsbereich ist „als Bereitstellung von Unternehmensdiensten, damit ... vor allem KMU ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und internationaler werden...“ einzuordnen.

4.2 Prioritätsachse 2: Innovationen und wissensbasierte Wirtschaft

Das Augenmerk des zweiten strategischen Ziels liegt auf der regionalen Innovationsfähigkeit und den regionalen Innovationsprozessen. Diese Zielsetzung ergibt sich aus der zentralen Bedeutung von Innovationen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Region insgesamt in der internationalen und der nationalen Arbeitsteilung. Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, sind sowohl die Umsetzung von neuem Wissen und neuen Technologien in marktfähige Produkte, wie auch die Entwicklung von Produktverbesserungen (produktbegleitende Dienstleistungen, Qualitätsverbesserung, organisatorische Innovationen) und angepasste, kundenorientierte Problemlösungen zentrale Voraussetzung.

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der weiteren Öffnung der osteuropäischen Märkte einerseits und des hohen Lohnniveaus in Berlin andererseits. Hier besteht ein deutliches Potenzial für Berlin, sich in der Arbeitsteilung als zentraler Innovationsstandort mit großen Wissenschafts- und Dienstleistungspotenzialen zu positionieren.

Dem zweiten strategischen Ziel kommt auch deswegen große Bedeutung zu, weil Berlin als Stadtstaat und Agglomeration besondere Stärken und Potenziale für eine hohe Innovationsdynamik und eine wissensbasierte Regionalwirtschaft aufweist. Die Vorteile von Agglomerationen wie Berlin liegen in der Vielfalt von Wissens- und Technologieträgern, qualifizierten und kreativen Beschäftigten und der schnellen Interaktion zwischen den Akteuren (Urbanisationseffekte). Lose gekoppelte Verbünde von

moderner Industrie und wissensintensiver Dienstleistungswirtschaft vereinfachen Neukombinationen von Wissen und die Entstehung von Innovationen.

Diese spezifischen Stärken sollen durch die Maßnahmen in der zweiten Prioritätsachse weiter entwickelt werden. Gleichzeitig entspricht die Fokussierung auf Innovationsprozesse der Strategie der Europäischen Union zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Regionen. Die Handlungsansätze in diesem strategischen Ziel ergeben sich aus den spezifischen Stärken und Schwächen des Berliner Innovationssystems. Demnach stehen vor allem die Steigerung der FuE in Unternehmen und die Verbesserung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft im Vordergrund, wie Abbildung 4.3 zeigt.

Abbildung 4.3: Strategische Handlungsansätze in Prioritätsachse 2

	Stärke oder Schwäche?	Strategische Handlungsansätze
FuE-Personal und FuE-Aufwendungen an Forschungseinrichtungen und Hochschulen (2002)		Punktuelle Verstärkung der Forschungsinfrastrukturen
Transfersystem		Transferförderung - Projektbezogen und Infrastrukturell Vernetzungsförderung
Besatz mit Hochtechnologieunternehmen		FuE-Förderung (projektbezogen)
Besatz mit wissensintensiven Dienstleistungen		FuE-Förderung (projektbezogen)
FuE-Intensität des Verarbeitenden Gewerbes		FuE-Förderung (projektbezogen)
Patentgeschehen		FuE-Förderung Patentförderung
Breitbandanschlüsse und Internetnutzung		punktueller Unterstützung (infrastrukturell)

In der zweiten Prioritätsachse wird an den zweifelsohne vorhandenen Stärken des Berliner Forschungsstandorts angeknüpft. Außerdem sollen Schwächen vor allem mit Hinblick auf Innovationsaktivitäten in den Unternehmen und den Transfer

wissenschaftlicher Erkenntnisse in Innovationen in der Wirtschaft überwunden werden. Das Instrumentarium der Prioritätsachse umfasst:

- die Förderung von Forschung und Entwicklung in Unternehmen,
- die Förderung von wissensintensiven Dienstleistungen und technologisch innovativer Unternehmen in der Frühphase,
- die Unterstützung des Technologietransfers.
- die Förderung der Forschungsinfrastruktur, soweit Grundlage für kommerzielle FuE und
- die Entwicklung von Clustern und Netzwerken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Die Innovationsprozesse in der Stadt werden – insbesondere über die Förderung betrieblicher Investitionen - auch durch die EFRE-Maßnahmen der ersten Prioritätsachse unterstützt. Zudem leistet der ESF durch die Förderung des Wissenstransfers und durch die Qualifizierung von Beschäftigten einen Beitrag zu Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Berlin.

Diese Prioritätsachse umfasst neben den drei Aktionsbereichen zur Stärkung von FuE und zur Förderung der Wissensgesellschaft auch einen Mittelansatz zur Finanzierung innovativer Förderansätze. Durch die Erprobung neuer Förderansätze und Instrumente will die EFRE-Förderung zur Steigerung der Effizienz und Effektivität des Fördermitteleinsatzes beitragen. Bei der Entwicklung und Auswahl der zu fördernden Ansätze arbeitet die Verwaltungsbehörde eng mit den an der EFRE-Förderung beteiligten Fachreferaten sowie den an der Begleitung des Programms beteiligten Partnern zusammen.

4.2.1 Innovations- und Technologieförderung in Unternehmen

Als ein spezifisches Ziel des Operationellen Programms wurde die Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den Unternehmen festgelegt. Dieses Ziel soll vor allem durch den ersten Aktionsbereich der Prioritätsachse umgesetzt werden. Außerdem wird über Verbundprojekte zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zugleich der Technologietransfer unterstützt.

Unternehmen, die nicht in der Lage sind, sich einen Technologievorsprung zu erarbeiten und neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen, haben gegenüber der Konkurrenz mittel- und langfristig nur geringe Überlebenschancen. Innovationen bilden eine zwingende Voraussetzung für die nachhaltige Existenzsicherung und wirtschaftliche Wachstum der Unternehmen. Forschung und Innovation machen sich im Hinblick auf das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze langfristig bezahlt.

Obwohl Berlin ein großes Potential universitärer und außeruniversitärer Forschung aufzuweisen hat, ist die Forschung und Entwicklung in den Unternehmen schwach ausgeprägt. Die Forschungspotentiale in Berlin sind stärker als im bundesdeutschen Durchschnitt auf Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen konzentriert. Bundesweit sind 64 Prozent der FuE-Beschäftigten im Wirtschaftsbereich tätig, in Berlin sind es dagegen nur 49 Prozent. Das FuE-Personal in der Wirtschaft ging bis 2003 erheblich zurück. Nationale Spitzenwerte, die Berlin beim Anteil des FuE-Personals an den Gesamtbeschäftigten und beim FuE-Anteil am Umsatz erreicht, sind bedingt durch den gleichzeitigen Abbau vieler Arbeitsplätze und den Umsatzrückgang im verarbeitenden Gewerbe. Es kommt nun darauf an, die vorhandenen FuE-Potentiale in der Wirtschaft weiter zu stärken und auszubauen. Die Realisierung anspruchsvoller und risikobehafteter Innovationen wird oft durch unzureichende Finanzierungskraft der Unternehmen und den schwierigen Zugang zu Fremdfinanzierungen beeinträchtigt oder sogar verhindert.

Mit den Maßnahmen dieses Aktionsbereichs – für den die Hälfte der EFRE-Mittel dieser Prioritätsachse aufgewendet werden - sollen regionale FuE-Kapazitäten in den Unternehmen gestärkt und ausgebaut werden. Neben der Stärkung der unternehmerischen Tätigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen werden so Humankapital und Zukunftsbranchen längerfristig aufgebaut und sichern den notwendigen Strukturwandel in der Berliner Wirtschaft. Unternehmen mit eigener FuE-Tätigkeit treten zudem als Nachfrager von Forschungsleistungen der universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf und stärken dadurch indirekt den Wissenschaftsstandort Berlin.

Ziel einer wichtigen Maßnahme ist es, eine Verbesserung der technologischen und wissensbezogenen Basis und eine Stärkung der Innovationskraft der Berliner Unternehmen in zukunftssträchtigen Feldern zu erreichen, die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in vorwettbewerbliche Entwicklung zu beschleunigen und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft anzuregen. Aktuelles Kerninstrument ist das Programm ProFIT, auf das rund 30 Prozent der EFRE-Mittel dieser Prioritätsachse entfallen. Im Rahmen dieser Maßnahme werden technologische Neu- und

Weiterentwicklungen gefördert. Dabei können alle Phasen des Innovationsprozesses von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung gefördert werden. Antragsberechtigt sind innovative Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Es werden FuE-Einzelprojekte von Unternehmen oder Verbundprojekte zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen gefördert. Die Mittel werden dabei je nach Innovationsphase als nicht rückzahlbarer Zuschuss oder zinsverbilligtes Darlehen und/oder als Beteiligungen zur Verfügung gestellt.

Ziele von Coaching- und Qualifizierungsmaßnahmen für technologieorientierte Unternehmen sind der Ausbau regionaler FuE-Kapazitäten durch Unterstützung von KMU und Existenzgründern und der Aufbau langfristig tragfähiger Strukturen in den Unternehmen. Gefördert werden Coaching- und Beratungsleistungen für Existenzgründer/innen, jungen und etablierten Unternehmen bei betriebswirtschaftlichen Fragestellungen und technologisch orientierten Problemen.

Ziel eines innovationsorientierten Risikokapitalfonds (ausgestattet mit rund 10 Prozent der Mittel) ist es, Unternehmensgründungen anzuregen und bestehende Technologieunternehmen in der Wachstumsphase zu unterstützen (in der Seed- und Start-up-Phase). Risikokapital soll als offene Beteiligung und ggf. ergänzend als stille Beteiligung bereitgestellt werden. Darüber hinaus werden die Unternehmen in der Aufbauphase betriebswirtschaftlich betreut und beraten.

Um das besondere Potenzial Berlins, das kreative Image der Stadt und die große Dynamik der Creative Industries zu nutzen, sollen kreative Unternehmen, die besondere Wachstumschancen aufweisen, durch einen speziellen Risikokapitalfonds gezielt gefördert werden. Im Fokus liegen dabei vor allem die Stärkung der Vertriebskraft der Unternehmen und deren betriebswirtschaftliche Professionalisierung. Der Fonds für Creative Industries hat das Ziel, ausgewählten Unternehmen mit besonderen Wachstumsperspektiven eine bedarfsgerechte Finanzierungsmöglichkeit zu bieten. Dadurch soll der bisher fehlende Zugang zu weiteren Finanzierungsquellen geöffnet werden.

4.2.2 Förderung der Informations- und Wissensgesellschaft

Dieser Aktionsbereich ordnet sich ebenfalls in das Handlungsfeld Wissen der Berliner Förderstrategie ein und zielt auf eine breite Unterstützung des Strukturwandels zur Informations- und Wissensgesellschaft. Insgesamt befindet sich Berlin durch das vor allem öffentliche Forschungspotential und den Besatz mit wissensintensiven Dienstleistungen in einer guten Ausgangsposition, um eine stärker wissensbasierte, innovationsorientierte Entwicklung zu unterstützen. In einigen Teilbereichen ist Berlin

technologischer Vorreiter in Deutschland. So ist die Hauptstadtregion eine der ersten Regionen weltweit, die den Übergang vom analogen zum digitalen terrestrischen Fernsehen vollendet hat. Der Ballungsraum Berlin ist zudem hervorragend geeignet als Test- und Erprobungsmarkt für neue digitale Inhalte und Anwendungen. An diese Stärken knüpfen die Maßnahmen des Aktionsbereichs an.

Wissen steht in der heutigen Industriegesellschaft als Produktionsfaktor und Innovationsmotor an erster Stelle. Die Informations- und Kommunikationstechnologien bilden die Grundlage für Veränderungen in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Einzelvorhaben können als große Modernisierungsprojekte zur Verbreitung von Wissen und Innovation begriffen werden. Das Management der Ressource Wissen ist besonders für Unternehmen notwendig, um Wettbewerbsvorteile erzielen zu können. Es ist deswegen erforderlich, dass Unternehmen eine Wissenskultur entwickeln und ihr Personal entsprechend qualifizieren.²⁵

„Projekt Zukunft“ heißt die aktuelle Berliner Landesinitiative für den Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft und umfasst auch die Creative Industries. Auf diese Initiative entfallen gemeinsam mit dem Digitalisierungsfonds etwa 2 Prozent der EFRE-Mittel dieser Achse. Zu den geplanten Aktivitäten gehören die Informationsbereitstellung über die Berliner Medien- und IT-Wirtschaft und die Entwicklung des Standorts, Öffentlichkeitsarbeit, Initiierung von Internetportalen, Brancheninitiativen und anderen Projekten sowie der Aufbau und die Betreuung von einschlägigen Netzwerken. „Projekt Zukunft“ und der Digitalisierungsfonds setzen an den Stärken der Berliner Wirtschaft an (wissensintensive Dienstleistungen, Creative Industries, Medien und IKT), die Unterstützung bei der Entwicklung neuer innovativer Inhalte benötigen. Der Übergang zu digitalen Übertragungswegen für den Rundfunk ist wirtschaftlich von großer Bedeutung. Er eröffnet Chancen auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette, zum Beispiel durch die Entwicklung von interaktiven Anwendungen, durch neue Datendienste oder auch neue Rundfunkangebote.

Durch Investitionen in Bibliotheken sollen diese zu leistungsfähigen Brokern für den Zugang der breiten Bevölkerung zur Wissensgesellschaft werden. Neben der allgemeinen Lotsenfunktion beim Zugang zu dem vorgehaltenen und vor Ort zugänglich gemachten Wissen steht vor allem auch der Ausbau der Stellung der Bibliotheken im System lebenslangen Lernens an. Bibliotheken sollen nicht nur ihre Rolle als Lernort für individuelle Weiterbildung ausbauen, sondern auch zunehmend in die formalisierte Qualifizierung von Arbeitnehmern eingebunden werden.

²⁵ DIHK (2005): Innovationsfaktor Wissen. Editorial von Ludwig Georg Braun.

Die Vermittlung von Medienkompetenz im Schul-, Bildungs- und Weiterbildungssystem entscheidet über die individuelle Teilhabe an den Möglichkeiten der modernen Informations- und Kommunikationstechniken und damit an der modernen Gesellschaft. Berlin kann einen zukunftssträchtigen Spitzenplatz im Bildungswesen und damit die Standortvorteile für die Wirtschaft nur sichern, wenn in einer lernenden Gesellschaft die Chancen der neuen informations- und kommunikationstechnischen Werkzeuge und Medien für das Lernen konsequent erkannt und genutzt werden. Deren konsequente Integration in den Bildungseinrichtungen im Rahmen einer neuen Lernarchitektur ist ein entscheidender Beitrag zur Überwindung der digitalen Spaltung der Gesellschaft.

4.2.3 Förderung von Innovationsnetzwerken und Technologietransfer

Ein weiteres spezifisches Ziel des Programms ist die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, um die Diffusion von Forschungsergebnissen zu verbessern und den Technologietransfer zu erleichtern. Dieser Aktionsbereich erhält deutlich mehr als ein Drittel der EFRE-Mittel dieser Prioritätsachse. Das vorhandene leistungsfähige Forschungspotential in Berlin wird von der Wirtschaft nur unzureichend genutzt. Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft ergeben sich in Berlin eher individuell-zufällig als systematisch-strategisch.²⁶ Außerdem ist die Landschaft der Transfereinrichtungen unübersichtlich. Ziel ist es, die Forschungsanbieter und Unternehmen besser zusammenzubringen und Netzwerke sowie Verbundprojekte zwischen ihnen anzustoßen.

Innovation ist die Frucht komplexer, interaktiver Abläufe und schließt auch die Fähigkeit von Unternehmen ein, komplementäres Wissen von anderen Marktbeteiligten, Organisationen und Forschungseinrichtungen zu erschließen. Die Möglichkeiten dazu verbessern sich durch Kooperation, Innovationsnetzwerke und die Bildung von Clustern. Eine effiziente Clusterbildung setzt branchenübergreifende Verbindungen und Unternehmen mit unterschiedlichen Profilen voraus. Erfolgreiche Cluster kombinieren Unternehmen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen, Wissenschafts- und Technologieparks und Innovationsagenturen oder öffentlichen Verwaltungen.

Kommerzieller Erfolg erfordert dabei nicht nur den Input von Wissenschaft und Technologie. Voraussetzung sind auch innovative Managementmethoden, basierend auf Vernetzung und gemeinsamen Aktivitäten von Unternehmen innerhalb von Clustern. Gemeinsame Aktivitäten lassen Vertrauen und einen Geist der Initiative und

²⁶ Vgl. Stechow, Friedrich Leopold von (Hrsg.): Eine Marke und ihre Vermarktung. Berlin Wissenschaft 2015: Teil 1 Bestandsaufnahme Stärken und Schwächen des Wissenschaftsstandortes Berlin. Februar 2005. S. 16-21.

Zusammenarbeit sowie kollektives Wissen entstehen. Da die Wirksamkeit eines regionalen Innovationssystems vom Reaktionsvermögen der vielen daran beteiligten Akteure abhängt, kommt es auf reibungslose Beziehungen unter ihnen an. Wichtiger Erfolgsfaktor ist ein funktionierendes Netzwerk- oder Clustermanagement, das auch strategische Planungen in die Fortentwicklung der Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft einbezieht.

Dabei geht es auch um die Stabilisierung und Weiterentwicklung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen als Know-how-Anbieter. Sie sollen durch Investitionen besser in die Lage versetzt werden, auf Bedarfe aus der Wirtschaft reagieren zu können und Lücken zu schließen, die bei Anforderungen der Wirtschaft an die Drittmittelforschung, wissensintensive Dienstleistungen oder Produkte der Forschungseinrichtungen entstehen. Dafür werden voraussichtlich knapp ein Drittel der EFRE-Mittel dieser Prioritätsachse eingesetzt. Die gezielte Stützung und Entwicklung der Anbieterseite wird Impulse auch für die gewerbliche Verwertung von Wissen setzen. Grundlagenforschung und Forschungsinfrastruktur werden in den Schwerpunktbereichen der Kompetenzfelder gefördert, deren Ergebnisse potentiell eine Grundlage für FuE in Unternehmen darstellen.

Außerdem wird der Transferprozess von Wissen in Innovationen und letztlich die Entwicklung erfolgreicher Produkte, Dienstleistungen und Verfahren unterstützt. Für den Technologietransfer sind Verbundprojekte unterschiedlicher Partner (auch aus anderen europäischen Regionen, z. B. im EU-Forschungsrahmenprogramm) sowie Netzwerktätigkeiten zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen das zentrale Instrument.

Der Zukunftsfonds fördert innovative Leitprojekte, deren Nutzen über den der beteiligten Partner hinausgeht und der weitere Innovationen ermöglicht. Davon werden Innovationsschübe auf Schwerpunkttechnologiefeldern erwartet. Erreicht werden soll eine weitergehende regionale Profilierung durch Stärkung der vorhandenen Kompetenzfelder Berlins. Die Maßnahme ist das Hauptinstrument für die Umsetzung größerer Projekte im Rahmen der Masterpläne der Berliner Kompetenzfeldstrategie.

In den anderen Maßnahmen dieses Aktionsbereichs werden einerseits bestehende Netzwerke in den Berliner Kompetenzfeldern u.a. durch Managementleistungen und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Andererseits sollen Mittel bereitgestellt werden, um die Neubildung von Netzwerken in noch unbekannten oder im Entstehen begriffenen Kompetenzfeldern und Clustern (z.B. in der Gesundheitswirtschaft) zu fördern. Oft ist eine Anschubfinanzierung notwendig, um letztlich stabile Netzwerke zu bilden. Dazu gehören auch Maßnahmen, die bei der Identifizierung von Themen- und Forschungsfeldern helfen,

die Unternehmen und Wirtschaft gleichermaßen interessieren. Daraus sich ergebende Kooperationsideen und Verbundprojekte (auch mit internationaler Beteiligung) sollen in der Anfangsphase unterstützt werden, z.B. durch Moderation des Transferprozesses.

4.2.4 Indikatoren

Zum Monitoring und zur Begleitung der Förderung in dieser Prioritätsachse werden folgende Indikatoren herangezogen:

- Anzahl der geförderten Projekte, darunter Einzel- und Verbundprojekte, Beteiligungsfälle
- Höhe des unterstützten Projekt- bzw. Investitionsvolumens, nach Technologiefeldern
- Gesamtfinanzierungsvolumen (bezogen auf Beteiligungsfälle)
- Zahl der Nutzer von neuen digitalen Angeboten
- Anzahl der an den Vorhaben beteiligten Akteure, darunter Unternehmen, Forschungseinrichtungen
- Gesicherte und neu geschaffene Arbeitsplätze in den geförderten Unternehmen und Einrichtungen
- Erzielte Umsatzsteigerung in den geförderten Unternehmen
- Anzahl der Neu- und Ausgründungen
- Jährliches Drittmittelvolumen pro geförderte Forschungseinrichtung

4.2.5 Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm

Zentraler Ansatzpunkt der Lissabon-Strategie ist die Nutzung von Wissen und Innovation als Motor für nachhaltiges Wachstum. Diese Prioritätsachse ist daher unmittelbar mit den Zielen der Kohäsionsleitlinien und der Lissabon-Strategie verbunden. Die Stärkung der wirtschaftlichen Verwertung von Know-How, die Umsetzung von Wissen in neue Produkte, Dienstleistungen und Verfahren ist hier der Hauptansatzpunkt. Sie leistet damit einen direkten Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Berlins. Die Wettbewerbsfähigkeit hängt wesentlich von ihrer Fähigkeit ab, neues Wissen so schnell wie möglich marktfähig zu machen. Die Maßnahmen zielen auch auf eine Anhebung der

geringen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den Unternehmen (Leitlinie 2.1: mehr und gezieltere Investitionen in Forschung und technologische Entwicklung). Forschung und Entwicklung setzt eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen voraus, um eine kritische Masse zu erreichen. Die Aktionsleitlinien sehen eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie tertiären Bildungseinrichtungen vor, z.B. durch die Schaffung und Unterstützung von regionalen Clustern und Netzwerken.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Förderung von Wissen und Innovation ist der einfachere Zugang zu Finanzmitteln (Leitlinie 2.4). Die Förderung von alternativen Finanzinstrumenten wie Darlehen und Risikokapital für Innovationen findet sich ebenfalls direkt in den Aktionsleitlinien wieder.

Der Aufbau einer erfolgreichen Informationsgesellschaft in Europa ist ein zentraler Punkt des in Lissabon beschlossenen Ziels der EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsregion der Welt zu werden. Der Einsatz der IKT in der gesamten Wirtschaft ist ein wichtiger Hebel zur Produktivitätssteigerung (vgl. Leitlinie 2.3: Förderung der Innovationsgesellschaft für alle). Darüber hinaus ist es erforderlich, die Fertigkeiten zu entwickeln, die in der wissensbasierten Wirtschaft benötigt werden und Inhalte durch Anwendungen und Dienste (e-health, e-learning, e-government u.a.) zu entwickeln.

4.3 Prioritätsachse 3: Integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung

Das dritte strategische Ziel des Operationellen Programms trägt den besonderen Bedingungen von urbanen Ökonomien und den spezifischen Entwicklungen in städtischen Zentren gezielt Rechnung. Die hohe räumliche Konzentration wirtschaftlicher Tätigkeit und gesellschaftlichen Lebens in einer Metropole schaffen strategisch relevante Anknüpfungspunkte. Zum einen gilt grundsätzlich, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse im Stadtgebiet stark miteinander in Beziehung stehen: Auf der einen Seite sind ausreichende Erwerbsmöglichkeiten eine wichtige Basis auch für eine problemlose soziale Stadtentwicklung, auf der anderen Seite können die sozialen Bedingungen, wie sie etwa kreative Milieus schaffen, auch wirtschaftliche Impulse setzen. Neben dieser besonderen Verflechtung sozialer und ökonomischer Aspekte hat eine städtische Ökonomie auch besondere Herausforderungen durch die intensive Nutzung von Umweltgütern zu bestehen.

Der Gesamterfolg der Strategie, die über eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Attraktivität die regionale Entwicklung forciert, hängt somit auch von geordneten

sozialen Strukturen und einem lebenswerten Umfeld ab. Im Rahmen dieses Ziels werden spezifische Entwicklungspotenziale der Stadt erschlossen und die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt verbessert.

Die Disparitäten innerhalb der Stadt erfordern einen spezifischen Ansatz zur Unterstützung der lokalen und regionalen Entwicklung. Integrierte Konzepte sind dabei ein wichtiger Bestandteil der Strategie. Sie bündeln verschiedene Aktivitäten in einer, dem lokalen Bedarf angemessenen Weise. Während die Prioritätsachsen 1 und 2 jeweils funktionale Aspekte der Berliner Ökonomie in den Blick nehmen, stellt die Prioritätsachse 3 daher im Schwerpunkt auf die Entwicklung lokaler Potenziale durch integrierte lokale Entwicklungsansätze ab.

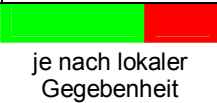
Aus der Analyse der Situation und der Bewertung der Stärken und Schwächen leiten sich insbesondere die folgenden strategischen Handlungsansätze ab:

- Im Rahmen derartiger integrierter Konzepte sollen die jeweils spezifischen Potenziale einzelner Gebiete gezielt entwickelt und gestärkt werden. Je nach konkreter Situation ist dabei das Mischungsverhältnis von Potenzial orientierten, eher auf die wirtschaftliche Entwicklung zielenden Ansätzen und Instrumenten, die eher die Bewältigung sozialer Problemlagen in den Mittelpunkt stellen unterschiedlich. Beides, die Entwicklung wirtschaftlicher Potenziale sowie die Bewältigung sozialer Problemlagen sind wichtige strategische Anknüpfungspunkte, die in einem jeweils lokal ausgewogenen Verhältnis zum Einsatz kommen.
- Der Bereich Kulturwirtschaft ist gerade für Berlin ein wichtiger strategischer Ansatzpunkt. Wirtschaftliche Bereiche, die sich ganz überwiegend in städtischem Umfeld entwickeln, wie etwa der Multimedia-Bereich, haben in einer lebendigen künstlerisch-kreativen Szene ihre Basis. Daneben ist die Kulturwirtschaft auch als Ideenlieferant für die allgemeine Stadtentwicklung sowie als Faktor für den Tourismus von Bedeutung. Die Stärkung der Kulturwirtschaft ist daher Ansätzen der integrierten Stadtentwicklung ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt.
- In Berlin als städtischem Verdichtungsraum sind die Umweltmedien einer besonders intensiven Nutzung ausgesetzt. Um die Attraktivität der Stadt zu verbessern und eine nachhaltige Entwicklung erreichen zu können, ist die gezielte Reduzierung von Umweltbelastungen daher gerade für Berlin von besonderer Bedeutung.

Diese strategischen Handlungsansätze sind in Abbildung 4.4 kurz dargestellt. Sie werden im Weiteren genauer beschrieben. Dabei werden die Ansätze integrierter Stadtentwicklung und die kulturwirtschaftlichen Ansätze in einem Aktionsbereich

zusammengefasst, der vor allem auf die integrierte, soziale und wirtschaftliche Aspekte umfassende Entwicklung durch die Stärkung lokaler Potenziale zielt. Der zweite Aktionsbereich dieser Prioritätsachse konzentriert sich dann auf die Integration von ökologischen und ökonomischen Aspekten.

Abbildung 4.4: Strategische Handlungsansätze in Prioritätsachse 3

	Stärke oder Schwäche?	Strategische Handlungsansätze
Wirtschaftliche Stadtentwicklung		Integrierte Stadtentwicklung
Kulturwirtschaft		gezielte Stärkung kulturwirtschaftlicher Potenziale
soziale Stadtentwicklung		Integrierte Stadtentwicklung
Umwelt		Umweltbezogene Förderung

4.3.1 Integrierte Stadtentwicklung und Kulturwirtschaft

Spezifisches Ziel für diesen Aktionsbereich ist die Verbesserung der sozialen Integration, wobei der Aktionsbereich auch zur Erschließung endogener, lokaler Potenziale beitragen will. Die Förderung wird insbesondere auf ausgewählte Gebiete konzentriert, die in besonderem Maße von sozioökonomischen Schwächen gekennzeichnet sind, spezifische wirtschaftliche Chancen oder Probleme aufweisen oder mit besonderen städtebaulichen Herausforderungen zu kämpfen haben. Dort, wo Tendenzen hin zu einem problematischeren Entwicklungspfad sichtbar sind, sind auch präventive Ansätze vorgesehen.

Um gezielt die spezifischen lokalen Potenziale zu entwickeln, setzt dieser Handlungsbereich vor allem auf Ansätze der integrierten Stadtentwicklung, die vorwiegend relativ kleinräumig ausgerichtet sind. Darüber hinaus wird auf der Ebene der Bezirke die Arbeit der bezirklichen Bündnisse für Beschäftigung unterstützt. Aufgrund ihrer engen Verknüpfung sowohl mit der integrierten Stadtentwicklung wie auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Allgemeinen bildet die gezielte Förderung wirtschaftlich relevanter kultureller Handlungsansätze den dritten Baustein dieses Handlungsbereichs

Der zentrale Ansatz dieses Aktionsbereichs - auf den etwa drei Viertel des Mittelansatzes entfallen - konzentriert sich darauf, auf kleinräumigere Entwicklungsprozesse Einfluss zu nehmen. Der überwiegende Teil der Mittel soll in Ansätze der integrierten

Stadtentwicklung fließen. Mit dieser Maßnahme werden umfassende lokale Entwicklungsstrategien gefördert. Die Förderung kommt vor allem in den Stadtgebieten zum Einsatz, die besondere Entwicklungsprobleme haben. Die zentralen Ansatzpunkte sind folgende:

- Förderung der lokalen Ökonomie und Beschäftigung: Gezielte lokale Entwicklungsmaßnahmen, besondere Berücksichtigung der ethnischen Ökonomien sowie gezielte Qualifizierung helfen, lokale Entwicklungspotenziale zu erschließen.
- Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Als Grundlage für eine bessere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungsdynamik werden lokale Vernetzung und interkulturelle Konfliktfähigkeit gefördert.
- Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen: Die Entwicklung von Sozial - und Bildungsangeboten und -einrichtungen ist ein wesentliches Rückgrat für die Stadtentwicklung.
- Verbesserung der Qualität der städtischen Umwelt: Gezielte, punktuelle infrastrukturelle Flankierung lokaler Entwicklungsprozesse, umfassende Entwicklung von Brachflächen von der Sanierung bis zur Vermarktung.

Das Ziel dieser Aktivitäten ist es, Einschränkungen bei der Verwirklichung von Lebenschancen zu vermeiden und gezielt lokale Potenziale zu aktivieren. Im Rahmen umfassender lokaler Strategien wird künftig insbesondere der Vernetzung der lokalen Ökonomie sowie der Bildung und dem lebenslangen Lernen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Alle genannten Ansatzpunkte werden im Rahmen lokaler Strategien konkretisiert und in der Verantwortung lokaler Akteure durchgeführt. Die Förderung baut auf den Erfahrungen vorangegangener Programme, insbesondere auch der Gemeinschaftsinitiative URBAN auf.

Es ist vorgesehen, im Bereich der Stadtentwicklung neben den klassischen Zuschussinstrumenten auch die Initiative JESSICA zum Einsatz zu bringen. In einzelnen Bereichen, wie etwa bei der Qualifizierung im Zusammenhang mit der Entwicklung lokaler Ökonomien, bei der Stärkung der interkulturellen Kommunikation und zum Teil auch im Bereich sozial-präventiver Angebote für Jugendliche kann die Förderung auch ESF-typische Fördertatbestände umfassen. Gegebenenfalls wird in Höhe von bis zu 15 Prozent des Mittelansatzes für die Prioritätsachse von der Flexibilitätsklausel des Art. 34, 2 der Allgemeinen Verordnung Gebrauch gemacht.

Ergänzt wird das Instrumentarium durch gezielte Maßnahmen, die im Rahmen der bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit umgesetzt werden. Unter Einbeziehung bezirklicher Akteure werden in diesen Bündnissen Maßnahmen zur Unterstützung der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung definiert. Der EFRE unterstützt diese lokalen Strategien durch die gezielte Finanzierung der wirtschaftsorientierten Maßnahmen (wie etwa des Geschäftsstraßenmanagements).

Durch gezielte, vergleichsweise kleinere Maßnahmen werden die Instrumente zur Förderung lokaler Ansätze flankiert und unterstützt. Dabei kommt der Förderung der Kulturwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Kulturschaffende und Kultureinrichtungen haben eine vermittelnde Funktion. Einerseits ist der Bereich der Kulturwirtschaft ein wichtiger Wachstumsbereich der Berliner Wirtschaft mit positiven Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft. Andererseits ist die Kulturwirtschaft - jenseits der großen Unternehmen - stark auch in die lokalen Entwicklungsprozesse eingebunden: Kultureinrichtungen können als Begegnungszentren der lokalen Entwicklung fungieren, Kulturschaffende stellen ein Kreativitätspotenzial weit über die wirtschaftliche Dimension hinaus dar. Gezielte Investitionen etwa in kulturelle Infrastruktur, Stärkung der Qualifikationen von Kulturschaffenden, sowie des Innovationspotenzials der Kultur können daher die OP-Strategie der lokalen Entwicklung gezielt unterstützen.

Weitere flankierende Instrumente, wie etwa die Verbesserung der Geodateninfrastruktur zur gezielten Nutzung für Verwaltung und Wirtschaft ergänzen dieses Bündel von Instrumenten zur Stärkung der städtischen Entwicklung.

4.3.2 Nachhaltige Stadtentwicklung

Die ökologische Attraktivität der Stadt zu erhalten ist das spezifische Ziel für diesen Bereich. Zur Sicherung der nachhaltigen Entwicklung sind gerade in einer Metropole mit ihrer hohen Nutzungsintensität auch Instrumente zur gezielten Gestaltung einer umweltverträglichen Entwicklung unverzichtbar.

Die Förderung in diesem Bereich unterstützt gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation. Sie will damit einen Beitrag zur allgemeinen Verbesserung der Standortqualität leisten. Der Schwerpunkt liegt auf infrastrukturellen Maßnahmen, gezielt können aber auch andere Instrumente, wie etwa die Förderung von Umwelttechnologien oder Umweltmanagement eingesetzt werden. Die Förderung hat einen Schwerpunkt im Bereich Wasser. Hier soll insbesondere dazu beigetragen werden, die Qualität der Oberflächengewässer in Berlin zu verbessern.

4.3.3 Indikatoren

Zum Monitoring und zur Begleitung der Förderung in dieser Prioritätsachse werden die folgenden Indikatoren herangezogen:

- Reduzierung der sozialen und stadtstrukturellen Disparitäten (Auswertung des Indikatorensets des 2-jährlichen Monitorings Soziale Stadtentwicklung)
- Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen
- Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei Migranten (Ausländern)
- Unmittelbar geschaffene Arbeitsplätze
- Zahl der geförderten Kultureinrichtungen
- Schadstoffeinträge in die Oberflächengewässer
- Energieintensität

4.3.4 Beitrag zu Kohäsionsleitlinien und Lissabon-Programm

Der Beitrag der Prioritätsachse 3 zu den kohäsionspolitischen Leitlinien besteht vorrangig darin, die spezifischen Bedingungen städtischer Entwicklung aufzugreifen und daraus Förderansätze abzuleiten. Insbesondere die integrierten Ansätze städtischer Entwicklung, die den mit Abstand größten Anteil an dieser Prioritätsachse haben, sind hier von zentraler Bedeutung. Die Prioritätsachse wird damit auch der für den Erfolg der Lissabon-Strategie als wichtig erachteten Einbindung lokaler und regionaler Akteure gerecht. Daneben leistet die Prioritätsachse 3 Beiträge zu den folgenden kohäsionspolitischen Leitlinien:

- Durch die Förderung lokaler Ökonomien, lokal definierte Angebote zur Qualifizierung und Ausbildung, gezielte Angebote zur Integration von Problemgruppen sowie die Unterstützung bezirklicher Bündnisse für Beschäftigung leistet die Prioritätsachse einen Beitrag zur Leitlinie "1.3.1 Mehr Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten und die Sozialschutzsysteme zu modernisieren".

- In Verbindung mit den Potenzialen der Kulturwirtschaft, aber auch zur Stärkung lokaler Ökonomien können aus der Förderung außerdem Beiträge zur Leitlinie "1.2.3 Förderung der Informationsgesellschaft für alle" entstehen.
- Durch spezifische Ansätze zur Stärkung lokaler Ökonomien, aber auch durch gezielte Unterstützung besonderer Teile der Wirtschaft (etwa ethnische Ökonomien) und durch die Förderung der Kulturwirtschaft als kreative Basis leistet die Prioritätsachse einen Beitrag zur Leitlinie "1.2.2 Innovationen erleichtern und unternehmerische Initiative fördern".
- Schließlich tragen die umweltbezogenen Förderansätze dieser Priorität - zumindest in Teilen - zur Umsetzung der Leitlinie "1.1.2 Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum" sowie "1.1.3 Eine Lösung für Europas intensiven Einsatz traditioneller Energiequellen".

Die konkrete Ausrichtung der lokalen Aktivitäten kann außerdem dazu führen, dass punktuell in der Umsetzung weitere Bezüge zu anderen kohäsionspolitischen Leitlinien auftreten können.

4.4 Prioritätsachse 4: Technische Hilfe

Zur Sicherung einer hohen Wirksamkeit der Interventionen und für eine effiziente Umsetzung des Programms werden Maßnahmen zur Vorbereitung, Verwaltung, Begleitung, Bewertung, Information und Kontrolle des Programms durchgeführt. Für diese Aufgabe wird die Technische Hilfe des Operationellen Programms eingerichtet. Die Technische Hilfe hat zum Ziel, die Qualität der geförderten Projekte zu erhöhen, den Förderverlauf zu optimieren, etwaige Probleme in der Steuerung zu erkennen und ggf. zu beheben.

Die Aktionen der Technischen Hilfe umfassen insbesondere

- die administrative Begleitung der Interventionen einschließlich eines datentechnischen Systems,
- Kontrollen der Interventionen auf der Primär- und Sekundärebene
- Evaluationen und Studien zu Effektivität und Effizienz der Interventionen,
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und

- den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der Ermittlung von best practise - Beispielen.

Für die Maßnahmen der Technischen Hilfe werden 4% der gesamten EFRE-Mittel eingesetzt. Für Teilaufgaben können qualifizierte externe Dienstleister einbezogen werden.

5. Die Querschnittsziele des Programms

Der Gesamtstrategie des Landes Berlin folgend sollen in den Handlungsfeldern des Programms die Querschnittsziele „Chancengleichheit“, „Nachhaltigkeit“ und „Migration und Integration“ berücksichtigt werden. Neben den strategischen und spezifischen Zielen dienen die Querschnittsziele als zentrale Orientierungen für die Umsetzung des Programms.

Zur Beobachtung und Kontrolle der Umsetzung der Querschnittsziele wird in Berlin ein Scoringmodell eingesetzt. Dieses beobachtet die Querschnittsziele sowohl für den Einsatz der EFRE-Mittel, wie auch der ESF-Mittel. Das gemeinsame Scoring liefert im Laufe der Programmumsetzung auch Ansatzpunkte für eine weitere Integration der Querschnittsziele.

5.1 Chancengleichheit von Frauen und Männern

Eine auf gleiche Chancen von Männern und Frauen zielende Politik ist Grundlage der gesamten Förderstrategie des Landes Berlin für den Einsatz der Strukturfonds. Die relative Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist hinsichtlich der Erwerbstätigenquote und der Erwerbslosigkeit in Berlin zwar besser als in vielen anderen Bundesländern. Im Rahmen der SWOT-Analyse musste jedoch auch festgestellt werden, dass Frauen weiterhin in zentralen Bereichen benachteiligt sind. Wichtige Indikatoren sind die unterdurchschnittlichen Anteile in Führungspositionen, der höhere Anteil an flexibleren und somit unsichereren Beschäftigungsverhältnissen, die niedrigere Entlohnung und die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Chancengleichheit von Männern und Frauen ist daher weiterhin eine Querschnittsaufgabe des Operationellen Programms. Die Verfolgung des Querschnittsziels wird im Sinne einer aktiven thematischen Integration des Gender Mainstreaming in die Schwerpunkte des EFRE verstanden. Gender Mainstreaming bedeutet, dass bei der Vorbereitung, Durchführung, Begleitung und Bewertung aller allgemeinen Maßnahmen die Auswirkungen auf die jeweiligen Situationen der Frauen und Männer erkennbar und aktiv berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Planung, Durchführung, Begleitung und Bewertung von gezielten Maßnahmen zur Förderung der

Gleichstellung und zur Unterstützung von Frauen, damit diese gleichberechtigt teilnehmen und profitieren können.

Die im Nationalen Strategischen Rahmenplan genannten wesentlichen Betrachtungsschwerpunkte für den Ausgleich bestehender struktureller geschlechtsspezifischer Benachteiligung gelten dabei auch für das Land Berlin und können als spezifische Ziele für die kommende Strukturfondsperiode definiert werden:²⁷

- die Gestaltung von Lebensräumen und die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer,
- die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Potenziale von Frauen, Männern und Familien,
- die Steigerung der Frauenerwerbsbeteiligung, Abbau der beruflichen horizontalen und vertikalen Geschlechtersegregation,
- die Stärkung des Unternehmertums und der Existenzgründung von Frauen sowie
- die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation.

Diese spezifischen Ziele sollen im Rahmen der ESF-Programme und der EFRE-Programme verfolgt werden. Die bisherigen Erfahrungen mit der Implementation des Querschnittsziels der Chancengleichheit weisen jedoch darauf hin, dass die Gesamtentwicklung stark von Rahmenbedingungen außerhalb der Strukturfonds abhängt und die Einfluss- und Wirkungsmöglichkeiten des EFRE (im Gegensatz zum ESF) in Bezug auf mehr Chancengleichheit und somit in Bezug auf den oben genannten Zielkanon begrenzt sind.²⁸

In Kenntnis dieses Hintergrunds verfolgt das Land Berlin beim Querschnittsziel der Chancengleichheit wie in der bisherigen Förderung eine Doppelstrategie: neben der Umsetzung des Gender Mainstreaming sollen in ausgewählten Fördermaßnahmen auch besondere Anstrengungen zur Verfolgung der spezifischen Ziele unternommen werden.

²⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2006), Nationaler Strategischer Rahmenplan für die Bundesrepublik Deutschland, Version 27.9.2006, S. 47 f.

²⁸ Vgl. dazu auch die Schlussfolgerungen aus der Halbzeitbewertung des GFK: GEFRA et al. (2003), Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts 2000-2006 (GFK) für den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins; Endbericht, S. 324 ff.

Im Rahmen des Umsetzungsprozesses des Operationellen Programms müssen die konzeptionellen Ansätze und Instrumente zur Implementation des strategischen Ansatzes noch weiter entwickelt werden. Die Operationalisierung soll dabei weniger durch zentrale Vorgabe als durch spezifische Regelungen auf der Ebene der einzelnen Maßnahmen erfolgen. Dabei werden die im Land Berlin eingerichteten Gremien (wie derzeit beispielsweise der Gender-Beirat) beteiligt.

Die Handlungsoptionen und Interventionen zur verbesserten Integration der Chancengleichheit sollen dabei grundsätzlich danach Kriterien geprüft werden,

- inwieweit sie sich praktisch und konkret unterhalb der Schwerpunkt- und Maßnahmebereiche operationalisieren und letztlich in konkrete Projekte umsetzen lassen,
- inwieweit sie mit dem ausdrücklich auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit abzielenden Zielkanon des OPs übereinstimmen und
- inwieweit ihre Implementation verhältnismäßig und angemessen im Hinblick auf einen schlankeren und vereinfachten Verwaltungs- und Begleitungsaufwand ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich Anknüpfungspunkte für eine bessere Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt besonders in den folgenden Bereichen des Operationellen Programms festmachen:

- In der Prioritätsachse 1 gibt es z.B. spezifische Ansatzpunkte bei der Mobilisierung und Sensibilisierung von Gründern. Hier sind konkrete Vorhaben zur Aufschlüsselung des bestehenden Gründungspotenzials für Frauen vorgesehen, die durch entsprechende Coachingangebote vor, während und nach Gründungsphase flankiert werden sollen. Im Rahmen der Investitionsförderung ist die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen ein Kriterium für einen erhöhten Fördersatz.
- Diese Möglichkeiten bestehen auch in der Prioritätsachse 2, in der der Focus u.a. auf der Unterstützung technologieorientierter Unternehmen liegt. Besonders in den sog. Creative Industries bestehen gute Möglichkeiten durch die Kombination von Beratung und der Bereitstellung von Finanzierungsinstrumenten vermehrt qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen zu schaffen.
- In der Prioritätsachse 3 können insbesondere bei der Planung und bei der Nutzung der im Rahmen der städtischen Dimension geförderten Infrastrukturen und Einrichtungen Genderaspekte konkret berücksichtigt werden, v.a. durch die

vorgesehene Beteiligung, Integration und Aktivierung der Bewohner- und Nutzergruppen in der integrierten Stadtentwicklungspolitik.

Ein weiterer Ansatzpunkt für gleichstellungsfördernde Aktivitäten stellt die gezielte Unterstützung von ausgewählten Clustern dar. Diese umfassen Bereiche – insbesondere in der Gesundheitswirtschaft – mit hohen Anteilen von weiblichen Beschäftigten.

5.2 Nachhaltigkeit

Wie bereits in der Berliner Gesamtstrategie für die Strukturfonds festgelegt wird die Förderung möglichst so ausgerichtet, dass ein nachhaltiger Entwicklungsprozess in Gang kommt. Nachhaltigkeit wird im Sinne der nationalen "Strategie für nachhaltige Entwicklung" definiert: Demnach soll die Entwicklung einer Gesellschaft so gestaltet sein, dass jede Generation ihre Aufgaben löst, ohne den nachfolgenden Generationen Belastungen zu hinterlassen. Dies gilt für die wirtschaftliche Entwicklung, den Umweltzustand sowie die sozialen Gegebenheiten. Die Hauptaufgabe für die Strategie des EFRE ist in diesem Zusammenhang, den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess, der durch Strukturwandel in Folge technischer Entwicklung und internationalen Wettbewerbs geprägt ist, ökologisch und sozial verträglich zu gestalten.

Die Entwicklungsbedingungen einer Metropole erfordern in besonderem Maße die Berücksichtigung einer nachhaltigen Entwicklung, da hier ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungen besonders eng miteinander verwoben sind. Wie die Situationsanalyse gezeigt hat, ist die wirtschaftliche Entwicklung Berlins in den letzten Jahren äußerst unbefriedigend verlaufen. Dies hat - vor allem über das Fehlen von Beschäftigungsmöglichkeiten - unmittelbar auch zur Verschärfung sozialer Problemlagen beigetragen. Hinsichtlich des Verhältnisses von Wirtschaft und Umwelt ist generell zu konstatieren, dass der - wirtschaftlich problematische - radikale Schrumpfungsprozess der Industrie dazu beigetragen hat, den Nutzungsdruck auf viele Umweltbereiche zu reduzieren. Dennoch bleiben einzelne umweltbezogene Handlungsfelder, wie etwa Wasser oder Lärm für eine nachhaltige Entwicklung zentral.

Vor diesem Hintergrund greift das EFRE-OP die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit in mehrfacher Weise auf:

- Die Strategie setzt sich aus einem ausgewogenen Bündel von Aktivitäten zusammen. Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung von ökonomischem Wachstum. Für Berlin ist dies aufgrund der unmittelbaren Folgen wirtschaftlicher Problemlagen (hohe Arbeitslosigkeit, geringeres Einkommen) von hervorragender Bedeutung. Auch für die Bewältigung eines der zentralen, intergenerationell relevanten Probleme Berlins -

die gravierende Haushaltsnotlage - ist wirtschaftliches Wachstum ein wichtiger Beitrag.

- Der Grundgedanke der Förderung ist die Unterstützung der Modernisierung des Kapitalstocks sowie von Innovationen. Damit wird auch die Nachhaltigkeit der Entwicklung unterstützt: Innovationen und höherer Produktivitäten gehen einher mit einer Steigerung der Ressourceneffizienz, Öko-Innovationen und der Entwicklung von Umwelttechnologien.
- Ergänzend umfasst die Strategie auch spezifische Instrumente zur Förderung der integrierten lokalen Entwicklung sowie zur Linderung der ökologischen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Insbesondere die Ansätze der integrierten Stadtentwicklung in Prioritätsachse 3 setzen auf eine nachhaltige und auf lokaler Ebene definierte Entwicklungsstrategie. Die Berücksichtigung aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen ist Grundlage für die Entwicklung derartiger Strategien.
- In das Monitoringsystem der Strukturfonds wird die Beobachtung sozialer und ökologischer Entwicklungen integriert. Damit werden die Begleitgremien auch in die Lage versetzt, gezielt auf Veränderungen im Nachhaltigkeitsprofil der Berliner Entwicklung zu reagieren. Dabei wird das Ziel verfolgt, die EFRE-Förderung stets so zu gestalten, dass sie zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.

5.3 Integration und Migration

Neben den beiden strukturfondsspezifischen Querschnittszielen Chancengleichheit und Nachhaltigkeit hat die Berliner Gesamtstrategie als drittes Querschnittsziel die Verbesserung der Integration vor allem von Personen mit Migrationshintergrund aufgegriffen.

Hintergrund der Benennung dieses Zieles ist die besondere Situation Berlins: Hohe Anteile von Personen mit Migrationshintergrund bedingen - gerade in der hohen räumlichen Verdichtung einer Metropole wie Berlin - spezifische Chancen und Probleme für die zukünftige Entwicklung.

Im Rahmen der Ansätze lokaler integrierter Entwicklung der Prioritätsachse 3 werden die Handlungsdimensionen des Querschnittsziels deutlich: Zum einen ist dies die Entwicklung des wirtschaftlichen Potenzials dieser Gruppen. So genannte ethnische Ökonomien sollen

gestärkt und ausgebaut werden. Zum anderen soll auch die soziale Integration und gesellschaftliche Teilhabe der Migrant(inn)en unterstützt werden.

Neben den konkreten Ansätzen der dritten Prioritätsachse werden künftig die bestehenden Aktionen verstärkt auf ihre Wirkungen hinsichtlich der Integration überprüft. Darüber hinaus wird die Begleitung des Programms auch auf die Entwicklung neuer Ansätze Wert legen, um die Rolle von Migrant(inn)en besser zu berücksichtigen.

6. Kohärenz des Operationellen Programms mit nationalen und gemeinschaftlichen Zielsetzungen

Im Folgenden wird die Kohärenz der Entwicklungsstrategie des Operationellen Programms mit dem Nationalen Strategischen Rahmenplan, den Strategischen Leitlinien zur Kohäsionspolitik sowie den Zielen von Lissabon nachgewiesen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Vereinbarkeit mit den anderen, seitens der EU kofinanzierten Entwicklungsprogrammen.

6.1 Kohärenz mit nationalen und europäischen Strategien

6.1.1 Nationaler Strategischer Rahmenplan

Das Operationelle Programm steht im Einklang mit den Zielsetzungen des Nationalen Strategischen Rahmenplans (NSRP) der Bundesrepublik Deutschland. Im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern wurden für den EFRE im Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sechs thematische Prioritäten festgelegt. Von diesen sind drei inhaltlich dem EFRE zuzuordnen:²⁹

- Förderung einer wissensbasierten, innovationsorientierten Entwicklung
- Stärkung der unternehmerischen Basis
- Abbau regionaler Disparitäten und Ausbau spezifischer regionaler Potenziale durch nachhaltige Regionalentwicklung

Diese thematischen Prioritäten decken sich in hohem Maße mit den Prioritätenachsen des EFRE-OP für das Land Berlin. Sie entsprechen den strategischen Zielen der Gesamtstrategie Berlins zum Einsatz der Strukturfonds wie auch den strategischen Ziele

²⁹ Vgl. Nationaler Strategischer Rahmenplan für den Einsatz der EU-Strukturfonds in der Bundesrepublik Deutschland 2007-2013 vom 27.9.2006, S. 75ff.

des Operationellen Programms. Auch in der konkreten Ausgestaltung der Prioritäten mit Ansatzpunkten zeigt eine hohe Übereinstimmung mit den Aktionsbereichen der Prioritätenachsen.

So sieht der NSRP ebenso wie das Operationelle Programm des EFRE in Berlin die Förderung von FuE, die Intensivierung des Technologietransfers, die Förderung produktiver Investitionen zur Beschleunigung des Strukturwandels, die Verbesserung des Gründungsklimas und der Finanzierungsmöglichkeiten, die Förderung innovativer Dienstleistungen, Produkte und Produktionsverfahren oder die Förderung integrierter Strategien zur Clusterentwicklung (Vernetzung / Clustermanagement) vor.

Die dritte Prioritätenachse wird dabei den spezifischen Gegebenheiten Berlins als Stadtstaat angepasst. Insbesondere wird in Berlin der integrierten Stadtentwicklung und der Entwicklung von Synergien bei Umweltschutz und wirtschaftlichen Wachstum in hoch verdichteten Räumen ein besonderes Gewicht beigemessen.

Im NSRP wurden die Querschnittsziele Umwelt, Chancengleichheit und Stadtentwicklung bestimmt. Hier besteht Kohärenz mit dem Operationellen Programm bezüglich der ersten beiden Querschnittsziele, die auch in Berlin ausgewählt wurden. Eine gesonderte Betonung der nachhaltigen Stadtentwicklung als Querschnittsziels erübrigt sich in Berlin. Dieses Ziel wird als explizites strategisches Ziel des Programms über alle Prioritätenachsen und insbesondere über die dritte Prioritätenachse umgesetzt. Die Stadt Berlin hat sich aufgrund der besonderen städtischen Problemlagen als weiteres Querschnittsziel die Integration von Migranten gesetzt.

6.1.2 Strategischen Leitlinien zur Kohäsionspolitik und Lissabon-Strategie

Der strategische Ansatz des NSRP orientiert sich an der Lissabon-Strategie der Europäischen Union aus dem Jahr 2000, welche auf die Zielvorgabe ausgerichtet ist, binnen eines Zeitraums von 10 Jahren den wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu schaffen. Für die zweite Halbzeit wurde nach Überprüfung der bisherigen Ergebnisse eine verstärkte Konzentration auf Wachstum und Beschäftigung festgelegt.

Die Europäische Kommission hat in ihren Leitlinien zur Kohäsionspolitik im Zeitraum 2007-2013 den Beitrag der Strukturfonds zum Wachstums- und Beschäftigungsziel der Lissabonstrategie beschrieben. Allen voran werden Investitionen in Bereiche mit hohem Wachstumspotenzial bzw. in Wachstums- und Beschäftigungsmotoren herausgestellt. Im Rahmen des Ziels „Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ sollen 75% der Mittel auf

die Lissabon-Strategie ausgerichtet werden. Als besonders relevant für den EFRE sind gemäß der Integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung die Förderung

- von Forschung und Entwicklung, insbesondere in Unternehmen sowie in alle Innovationsformen;
- der Verbreitung und effizienten Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie;
- die Stärkung der Wettbewerbsvorteile der industriellen Basis;
- von Unternehmenskulturen und dem Umfeld von KMU;
- die nachhaltige Ressourcennutzung und Verstärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum und
- die Ausdehnung, Verbesserung und Verbindung der europäischen Infrastruktur und der Abschluss grenzüberschreitender Projekte.

Das Land Berlin orientiert sich im Operationellen Programm des EFRE ebenfalls an einer auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichteten regionalen Entwicklungsstrategie. Berlin wird dabei seine Anstrengungen auf die Innovations- und die KMU-Förderung konzentrieren. Die dritte Säule einer umfassenden Wachstums- und Beschäftigungsstrategie - die Förderung der Humanressourcen - wird maßgeblich durch das Operationelle Programm des ESF umgesetzt und an den Schnittstellen mit diesem abgestimmt.

Der Beitrag des Operationellen Programms zu den Kohäsionsleitlinien und zur Lissabon-Strategie ist für die einzelnen Prioritätenachsen bereits ausführlich dargestellt worden (vgl. Kap. 4). An dieser Stelle werden die einzelnen Beiträge kurz zusammengefasst und den einzelnen Leitlinien zugeordnet.

Leitlinie 7: Verstärkte und effizientere Investitionen in FuE, insbesondere im Privatsektor

Die betriebliche Technologie- und Innovationsförderung wird deutlich gesteigert, und zwar von knapp 10% der EFRE-Mittel im OP 2000-2006 auf etwa 16 % für die neue Förderperiode. Auch die Mittel für verschiedene Maßnahmen für Förderung des Innovationsklimas und des Technologietransfers wurden deutlich erhöht. Insgesamt wird durch das Operationelle Programm etwa ein Drittel des EFRE für die private und

öffentliche Innovationsförderung eingeplant. Dies ist eine deutliche Erhöhung gegenüber der aktuellen Förderperiode.

Leitlinie 8: Förderung aller Formen von Innovationen

Die Entwicklung einer wissensbasierten Ökonomie ist das zentrale Anliegen der zukünftigen Strukturpolitik des Landes Berlin. Die Innovationsförderung wird gegenüber der Vorperiode finanziell ausgeweitet. Dabei werden neue Instrumente generiert, die das Angebotsspektrum für KMU erweitern. Dies betrifft die Unterstützung von Netzwerken ebenso wie die Auflegung von neuen bzw. die Aufstockung von bestehenden Finanzierungsinstrumenten (VC-Fonds). Darüber hinaus sollen auch in anderen Bereichen (Kultur) Initiativen zur Stärkung des Innovationspotenzials ergriffen werden.

Leitlinie 9: Förderung der Verbreitung und effizienten Nutzung der IKT und Aufbau einer Informationsgesellschaft, an der alle teilhaben

Mit der neuen Förderperiode werden auch die Anstrengungen zur Förderung und Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien intensiviert. Dies betrifft neue Instrumente wie die Berliner Landesinitiative Projekt Zukunft ebenso wie die Einführung eines Digitalisierungsfonds. Die Unterstützung von IKT über den eEducation Masterplan sowie im Bereich der Hochschulen wird fortgeführt. Mit der Verbreitung und Anwendung moderner IuK-Technologien sollen die qualifikatorischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für einen schnellen und breiten Übergang zur Wissensgesellschaft geschaffen werden.

Leitlinie 10: Stärkung der Wettbewerbsvorteile der industriellen Basis

Das Operationelle Programm des Landes Berlin setzt weiterhin deutliche Schwerpunkte in der Stärkung der industriellen Basis: dabei werden verschiedene, auf die jeweiligen Bedürfnisse der Unternehmen angepassten Finanzierungsinstrumente eingesetzt. Darüber hinaus wird über die Weiterentwicklung der Innovationsförderung ebenfalls zur Stärkung der industriellen Basis beigetragen. Ziel ist es, langfristig wettbewerbsfähige Cluster in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu unterstützen.

Leitlinie 11: Förderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung und Stärkung der Synergien zwischen Umweltschutz und Wachstum

Das Land Berlin führt auch in der neuen Strukturfondsperiode das Umweltentlastungsprogramm fort. Eine zentrale Zielsetzung ist die Stärkung des umwelttechnischen und betriebsorganisatorischen Innovationspotentials. Es sollen

Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Institutionen und andere Organisationen veranlasst werden, verstärkt umweltentlastende Verfahren und Technologien oder entsprechende organisatorische Konzepte und Managementsysteme zu entwickeln und einzusetzen. Dies gilt insbesondere auf den Gebieten der Nutzung Erneuerbarer Energien, Erhöhung der Energieeffizienz, des sauberen Verkehrs und innovativer Managementsysteme.

Leitlinie 15: Förderung der unternehmerischen Kultur und KMU-freundlichere Gestaltung des Wirtschaftsumfeldes

In der neuen Förderperiode werden die Finanzierungsinstrumente für KMU weiter differenziert. Dazu gehört insbesondere der verbesserte Zugang zu Risikokapital. Darüber hinaus werden KMU weiterhin umfangreiche Beratungsangebote gewährt (Organisation, Management, Außenwirtschaft, Technologietransfer), die zur Verbesserung der betrieblichen Wettbewerbsposition beitragen.

6.1.3 Nationales Reformprogramm Deutschland

Die Landesregierung setzt sich zum Ziel, die Aspekte Unternehmensentwicklung, Innovation und Humanressourcen in einem integrierten Ansatz umzusetzen. Im Bezug auf das EFRE-Programm bedeutet dies, Handlungsfelder und Maßnahmen so zu gestalten, dass sie zugleich die Innovationskraft als auch die Unternehmensentwicklung in der Region fördern.

Der strategische Ansatz steht damit auch in Kohärenz zum Nationalen Reformprogramm Deutschland. Für das EFRE-OP des Landes Berlin sind insbesondere die folgenden vier der insgesamt sechs Prioritäten von Relevanz:

- Wissensgesellschaft ausbauen: Forschung und Entwicklung stärken, Innovation und Spitzentechnologie vorantreiben, Bildungssysteme stärken --- Chancen eröffnen, durch lebenslanges Lernen Wettbewerbsfähigkeit und Teilhabe stärken;
- Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit verbessern: mehr Freiräume für private Initiative schaffen, Finanzplatz Deutschland stärken, junge und kleine Unternehmen unterstützen; Steuern wachstumsorientiert gestalten, Corporate Governance, Infrastruktur ausbauen;
- Ökologische Innovation als Wettbewerbsvorteil nutzen: umweltfreundliche Technologien als strategischer Wettbewerbsfaktor, Energieeffizienz als Schlüssel für

langfristige Wettbewerbsfähigkeit, Antriebstechnologien und Kraftstoffe für den Verkehr von morgen;

- Arbeitsmarkt auf neue Herausforderungen ausrichten- demographischen Veränderungen begegnen: Strukturreformen am Arbeitsmarkt konsequent umsetzen, Arbeitsmarktpolitik demographiefest gestalten, Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit am Arbeitsmarkt stärken, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

6.2 Kohärenz mit der Entwicklungsstrategie des ESF

Das Land Berlin verfolgt für den Einsatz der Strukturfonds in der Förderperiode 2007-2013 eine abgestimmte Gesamtstrategie, die sich auf die drei zentralen Handlungsfelder Wirtschaft, Wissen, sowie Umwelt und nachhaltige Stadtentwicklung konzentriert. In den drei Handlungsfeldern kommen entsprechend den zentralen Zielgruppen jeweils Instrumente der Wirtschafts- und Technologieförderung, der Umweltförderung und der nachhaltigen Stadtentwicklung, die vorwiegend aus dem EFRE mitfinanziert werden sowie Instrumente der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die vorwiegend aus dem ESF finanziert werden, zum Einsatz. Ziel ist dabei eine komplementäre Vorgehensweise, um möglichst hohe Synergieeffekte zu erzielen.³⁰

Die Handlungsfelder der Gesamtstrategie werden im Rahmen des Operationellen Programms für den ESF in drei Schwerpunkten konkretisiert, die mit den Prioritätsachsen des EFRE-OP korrespondieren. Anhand der ESF-Schwerpunkte lassen sich das Zusammenspiel aber auch die Abgrenzung der Fonds aufzeigen.

Steigerung der Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit

In diesem Schwerpunkt werden einerseits vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (Mittelstandsoffensive) sowie Niedrigqualifizierte in ihren Weiterbildungsaktivitäten unterstützt. Darüber hinaus wird ein zielorientiertes Coaching von Gründern angeboten. Diese Maßnahmen ergänzen die im Rahmen des EFRE bereitgestellten Finanzierungsinstrumente für KMU und Gründer und dienen somit dem gemeinsamen Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft sowie der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Förderung von Existenzgründung / Unternehmertum im Hochschulbereich unterstützt gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und Aufbaustudiengänge an Hochschulen als auch

³⁰ Gesamtstrategie, S. 17

Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch Qualifizierung und Gründerstipendien sowie eine zielgerichtete Forschung im Bereich Unternehmertum. Diese Förderlinie korrespondiert mit den strategischen Ansatz des EFRE, technologieorientierte Unternehmen durch ausgewählte Finanzierungsinstrumente zu unterstützen.

Steigerung des Humankapitals

In diesem Schwerpunkt werden neben verschiedenen Maßnahmen in der beruflichen Erstausbildung (u.a. Ausbildungsverbünde) und Weiterbildung (u.a. Modell- und Pilotprojekte) auch spezielle Weiterbildungsmaßnahmen an Hochschulen in Form beruflicher Zusatzqualifizierungen und Aufbaustudiengänge gefördert. Es bestehen somit konkrete Anknüpfungspunkte zum EFRE und der dortigen Priorität der Förderung von Innovationsnetzwerken und des Technologietransfers. Sie dient dazu, das vorhandene leistungsfähige Forschungspotential in Berlin stärker als bisher für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Qualifizierungsvorhaben im ESF können diese Zielstellung sinnvoll unterstützen.

Auch die im EFRE verankerte Zielstellung der Förderung der Informations- und Wissensgesellschaft (u.a. Creative Industries) wird durch den ESF flankiert, z.B. durch die geplanten kulturwirtschaftlichen Maßnahmen, welche darauf abzielen, die Entwicklung des Potentials der Berliner Kreativen in Bezug auf Beschäftigung und Innovation zu fördern.

Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung / Soziale Eingliederung von Benachteiligten

Dieser Schwerpunkt hat eine in erster Linie sozialpolitische Ausrichtung. Potenziale zu einer Verknüpfung von ESF- und EFRE-spezifischen Maßnahmen finden sich vor allem im Bereich der integrierten Stadtentwicklung. Im EFRE wird die Förderung auf diejenigen Gebiete konzentriert, die in besonderem Maße von sozioökonomischen Schwächen und Problemlagen gekennzeichnet sind. Im ESF ergänzen die geplanten innovativen Maßnahmen zur sozialen Integration auf lokaler Ebene die Entwicklungskonzepte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die strategischen Ansätze des EFRE und des ESF komplementär zueinander verlaufen und mit der Schaffung und Sicherung von Beschäftigung zentrale gemeinsame Zielsetzungen verfolgen. Die Operationellen Programme weisen eine Reihe von Schnittstellen auf, bei denen es über die jeweiligen Interventionen zu Synergieeffekten kommen wird, die insgesamt zu einer höheren Effektivität des gesamten Mitteleinsatzes führen können.

6.3 Abstimmung mit der Entwicklungsstrategie des Landes Brandenburg

Die Länder Berlin und Brandenburg bilden in der Hauptstadtregion einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, der durch enge Verflechtungen im Bereich des Arbeitsmarktes, der Unternehmensbeziehungen, von Wissenschaft und Forschung aber auch im Bereich verschiedener Infrastrukturen gekennzeichnet ist. Beide Länder kooperieren seit Jahren in zentralen raumwirksamen Fragestellungen und in einzelnen Fachpolitiken. Seit 1996 betreiben sie eine gemeinsame Raumordnungspolitik und Landesentwicklungsplanung. Das Gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg weist eine abgestimmte Vorgehensweise in zentralen raumplanerischen Fragestellungen (Siedlungsentwicklung, Verkehrsinfrastruktur etc.) aus.³¹

Für die gemeinsame Landesplanung wurde ein Leitbild für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg entwickelt. Ziel dieses Leitbildes ist es, eine stärkere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Region zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion im nationalen und internationalen Kontext zu stärken.³²

Die Gemeinsame Landesplanungskonferenz der Länder Berlin und Brandenburg, hat am 1.6.2006 den Entwurf des Leitbildes „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ beraten und den Landesregierungen empfohlen, den Entwurf des Leitbildes zu beschließen.

Das Leitbild identifiziert die vorhandenen Stärken und Potenziale dieser Region, beschreibt die Ziele der gemeinsamen Entwicklung und benennt Schritte zur Umsetzung. Damit soll den Bürgerinnen und Bürgern, der Politik, den Regierungen und Verwaltungen, der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, den Verbänden, Kammern und Institutionen ein gemeinsamer Orientierungsrahmen geboten werden.

Die Strukturfondsprogramme des Landes Brandenburg und des Landes Berlin können einen signifikanten Beitrag dazu liefern, die zentrale Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion zu erreichen. Die Gesamtstrategie für den Einsatz der Strukturfondsmittel in Brandenburg benennt als Oberziel „Verbesserung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Voraussetzung für die dauerhafte Steigerung des Einkommens- und Beschäftigungsniveaus“.

Dazu wurden die folgenden drei Schwerpunkte gebildet:

³¹ Gemeinsames Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg, Fassung vom 1.11.2003.

³² www.hauptstadtregion-berlin-brandenburg.de/leitbildprozess.htm.

- Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Unternehmenssektors
- Entwicklung innovations- und technologie- und bildungsorientierter Infrastrukturen
- Unterstützung infrastruktureller Potenzialfaktoren für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung

Die Ziele und die Schwerpunkte beider Strukturfondsprogramme haben somit einen sehr hohen Deckungsgrad und weisen strategisch in die gleiche Richtung.

In Bezug auf die konkreten Interventionsfelder der beiden aus dem EFRE kofinanzierten Operationellen Programme ergibt sich eine Reihe von zentralen Schnittmengen und Handlungsfelder, in denen Wettbewerbsvorteile für die Gesamtregion generiert werden:

In diesem Zusammenhang sind die Abstimmungen in der Innovations- und Technologiepolitik von besonderer Relevanz: hier verfolgen beide Länder bereits einen gemeinsamen strategischen Ansatz der systematischen Stärkung ausgewählter Technologie- und Innovationsfelder, in denen hohe wissenschaftliche und unternehmerische Potenziale und damit günstige Voraussetzungen und Chancen zur wirtschaftlichen Entwicklung durch Technologietransfer und Innovation liegen. Eine gemeinsame Potenzialanalyse benennt Synergien und gemeinsame Chancen in den Bereichen Medizintechnik, Biotechnologie, Medien/IuK, Optik, Luft- und Raumfahrt, Bahnsystemtechnik, Kraftfahrzeugtechnik, Telematik/Logistik und Wasseraufbereitung.

In diesen Feldern liegen besondere Chancen einer überregionalen Profilschärfung. Beide Länder verfolgen deshalb eine gemeinsame Strategie der Netzwerkförderung, der durch kompetenzfeldbezogene Ansiedlungsaktivitäten ergänzt wird. Ziel der innovationsorientierten Ansiedlungsstrategie ist es, Unternehmen für die Gesamtregion zu gewinnen, die dazu beitragen, die Wertschöpfungsketten zu wettbewerbsfähigen Clustern zu entwickeln.

In beiden Ländern stellt die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Investitionstätigkeit von KMU einen zentralen Ansatz dar. Beide Länder werden dabei auch innovative Finanzierungsinstrumente anbieten. Zur Förderung von KMU wird außerdem beispielsweise die Erschließung neuer Märkte zwischen den Ländern abgestimmt und inhaltlich angepasst. Ein Teil der Gründungsförderung wird von beiden Ländern gemeinsam durchgeführt.

In der bisherigen Förderperiode (bis 2006) bildet Berlin zusammen mit umliegenden Teilen Brandenburgs eine gemeinsames Fördergebiet (B-Fördergebiet) gemäß der

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Die übrigen Teile Brandenburgs sind bisher als A-Fördergebiete mit höheren Beihilfesätzen ausgewiesen. In Zukunft wird Brandenburg vollständig dem A-Fördergebiet zugeordnet, während Berlin als C- bzw. D-Fördergebiet mit entsprechend geringeren Höchstsätzen eingestuft wird. Zwischen Berlin und seinem direkten Umland entsteht somit ein Fördergefälle. Die damit verbundene „Konkurrenzsituation“ soll dadurch entschärft werden, dass für bestimmte Branchen eine gemeinsame Ansiedlungspolitik verfolgt wird, um Synergien zum Nutzen des gesamten Wirtschaftsraums zu erzeugen.

Auch im Bereich der Hochschulentwicklung und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erfolgt eine enge Abstimmung beider Länder in Bezug auf die Weiterentwicklung, die Modernisierung und den Ausbau der Fachrichtungen bzw. Technologiefelder. Ziel ist es, die gemeinsamen Stärken beider Teilgebiete zu nutzen und Synergien zu schaffen, damit überregional ausstrahlende Kompetenzen entstehen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtregion fördern.

In der Infrastrukturpolitik ist der Flughafen Berlin Brandenburg International (BBI) das überragende Projekt für die Gesamtregion. Durch den Ausbau Berlins als Drehscheibe im internationalen Flugverkehr werden erhebliche Impulse für die regionale Wirtschaftsentwicklung erwartet. Dies erfordert eine gemeinsame Strategie bezüglich der verkehrlichen Anbindung des BBI und der Erschließung von Gewerbeflächen für flughafenaffine Logistikdienstleistungen und sonstiges Gewerbe, für welches die räumliche Nähe zum Großflughafen eine besondere Relevanz aufweist. Neben dem BBI verfolgt das Land Brandenburg auch an anderen Standorten im Verflechtungsraum mit Berlin die Ausweisung von Industriegewerbeflächen an verkehrsgünstigen Standorten, um somit die Chancen der Gesamtregion für größere überregionale Akquisitionen zu verbessern (z.B. auf dem Gebiet der Distributionszentren).

Es lässt sich resümieren, dass die Länder Berlin und Brandenburg in den zentralen, für die wirtschaftliche Entwicklung relevanten Handlungsfeldern eine enge Zusammenarbeit bereits beschlossen haben bzw. konkret planen. Beide Programme wirken in diesen Bereichen komplementär und lassen für den Durchführungszeitraum Synergieeffekte in Bezug auf Wachstum und Beschäftigungsaufbau erwarten. In einzelnen Themenfeldern sind dabei im Fortlauf der Planung noch konkrete Absprachen zur Operationalisierung der Zusammenarbeit notwendig.

7. Finanztabellen

Tabelle1: Jährliche Höchstbeträge der Gemeinschaftsbeteiligung

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Gesamt
Gemeinschafts- beteiligung (EFRE) (Mio. €)	117,777	120,133	122,536	124,986	127,486	130,036	132,636	875,590

Tabelle 2: Gemeinschaftsbeteiligung, nationale Beiträge und Beteiligungssätze nach Prioritätsachsen (einschließlich der vorläufigen Aufschlüsselung der nationalen privaten Ausgaben)

	Mittel insgesamt (Mio. €)	Gemeinschafts- beteiligung (Mio. €)	Nationale öffentliche Mittel (Mio. €)	Nationale private Mittel (Mio. €)	Beteili- gungs- satz	EIB
Prioritätsachse 1	537,92	268,96	236,68	32,28	50 %	
Prioritätsachse 2	562,34	281,17	247,43	33,74	50 %	
Prioritätsachse 3	580,92	290,46	255,60	34,86	50 %	
Technische Hilfe	70,00	35,00	35,00		50 %	
Insgesamt	1751,18	875,59	774,72	100,87	50 %	

Der Anteil der nationalen privaten Mittel beträgt 6% der Mittel jeder Prioritätsachse und 5,76% der gesamten Mittel. Rundungsbedingte Abweichungen in der Darstellung der Gesamtsummen der nationalen öffentlichen und nationalen privaten Mittel.

Gegebenenfalls finden in den Prioritätsachsen von den Flexibilitätsregeln nach Art. 34 der "Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999" bzw. nach Art. 8 der „Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999" Anwendung.

8. Indikative Liste der Großprojekte

Zum derzeitigen Zeitpunkt bestehen keine Planungen zu Großprojekten, bei denen Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zum Einsatz kommen.

9. Verwaltungs- und Kontrollsystem

10. Beteiligung der Partner

11. Ex-ante Bewertung

12. Strategische Umweltprüfung